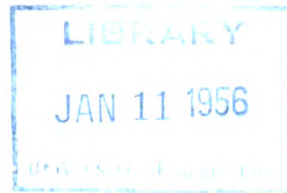


AL
DUPLICATE
FOR LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

27 / HEFT 38/39

BERLIN, DEN 29. SEPTEMBER

60 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Edinburgh / Stalin: Über die internationale Lage / Losowski: Die Krise der
chinesischen Revolution / Koenen-Berlin: Die neuen deutschen Wucherzölle
Vurm: Die Abkehr vom Marxismus / Kitaigorodski: Die Lage der Arbeiter-
klasse in der Türkei / Bücher- und Zeitschriftenschau

BIBLIOTHEK

In die Postzeitungsliste eingetragen

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL D ETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 38/39 29. SEPTEMBER

I N H A L T

	Seite
Edinburgh	1825
J. Stalin: Über die internationale Lage	1829
J. T. Murphy: Die neue Lage in Irland	1862
A. Losowski: Die Krise der chinesischen Revolution	1869
John Pepper: Analyse und Lehren der internationalen Sacco-Vanzetti-Kampagne	1877
W. Koenen-Berlin: Die neuen deutschen Wucherzölle	1884
Ch. Wurm: Die Abkehr vom Marxismus	1897
Kjai Samin: Neue Stürme in Indonesien im Anzuge	1904
J. Kitaigorodski: Die Lage der Arbeiterklasse in der Türkei	1911
A. Schami: Die politische Lage in Aegypten	1918
PK. Turkey:	1923
f: Noch ein linker Pazifist	1924

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar "

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

EDINBURGH

Der Gewerkschaftskongreß von Edinburgh wird in die Geschichte eingehen. Das schwarze Blatt des Verrats des Generalrates, das zur Zeit des Generalstreiks im Vorjahre eröffnet wurde, hat auf diesem Kongreß seinen vollen Abschluß gefunden. In den letzten Jahren verfolgte die englische kapitalistische Presse die Kongresse der Trade-Unions mit Unruhe. Die auf diesen Kongressen gefaßten Resolutionen wurden von der kapitalistischen Presse richtig als Symptome neuer Schwingungen in den Tiefen der gewerkschaftlichen Massen eingeschätzt, welche sich allmählich Bahn brechen und früher oder später einen revolutionierenden Einfluß auf die Politik der Gewerkschaften ausüben müssen. Diesmal sprach ganz umgekehrt die kapitalistische Presse ruhig und sicher ihre Hoffnung aus, daß der neue Kongreß keinen Anlaß zur Beunruhigung oder Gärung geben wird. Die Aufmerksamkeit der kapitalistischen Presse war ebenso wie der breiten Massen der Arbeiterklasse auf eine Frage konzentriert, die Frage des Anglo-Russischen Komitees. Die gut informierte kapitalistische Presse „prophezeit“, daß dieses Komitee liquidiert und diese „traurige“ Seite in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung abgeschlossen werde.

Die Prophezeiung ging vollständig in Erfüllung. Der Kongreß bestätigte die Ansicht des Generalrates, daß „es keinerlei Anzeichen von irgendwelchen Absichten des WZSPS* gibt, jene Bedingungen einzuhalten, deren Erfüllung eine absolute Notwendigkeit für das Fortbestehen des Anglo-Russischen Komitees sind“. Diese recht kurze Formel des Generalrates, welche 2 550 000 gegen 620 000 Stimmen bei 800 000 Enthaltungen erhielt, wurde bestätigt.

Worin liegt das politisch Wesentliche dieses Aktes? Der „Daily Herald“ sagt, daß die Ursache des Kongreßbeschlusses, das Anglo-Russische Komitee zu sprengen, in dem Umstand liegt, daß „im gegenwärtigen Augenblick die russischen Methoden mit den Methoden und Traditionen der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht harmonieren“. Die „Times“ dechiffriert den Sinn dieser Anspielung auf Aesop betreffs der „Harmonie“ ehrlicher. Sie schreibt: „Das Anglo-Russische Einheitskomitee hat zweifellos im Sinne einer verstärkten Aktivität auf die englische Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre eingewirkt.“ Aber auch die Ausdrucksweise der „Times“ ist nicht als vollkommen erschöpfend zu bezeichnen. Es ist schwer zu begreifen, warum eine „Verstärkung der Aktivität“ eine so große Unannehmlichkeit für eine lebendige Bewegung sein soll. Eben deshalb scheint es uns, daß man sich zwecks Aufklärung am allerbesten an die unverfälschte Schwarzhundertzzeitung der englischen Diehards wenden muß — die „Daily-Mail“. Diese Zeitung, welche offen den Faschismus predigt, besitzt die Mannhaftigkeit, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Sie sagt, daß der Kongreß, der unter dem Vorsitz des linken Schönredners George Hicks tagte, der so viel hohlklingende Phrasen vom ersten sozialistischen Staat vortrug, die

* WZSPS = allrussischer Zentralrat der Gewerkschaften.

Politik der englischen Regierung in bezug auf die USSR billigte und unterstützte.

Diese Erklärung bedarf weder eines Kommentars noch einer Bestätigung. Die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees bedeutet sowohl der Form als dem Wesen nach eine Wiederholung und Fortsetzung der Politik des Abbruches der diplomatischen Beziehungen und des Handelsvertrages mit der USSR seitens der Regierung Baldwin-Hicks.

Es ist kein Zufall, daß der gleiche Kongreß, der die Verantwortung für die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees auf sich nahm, einen Antrag zur chinesischen Frage zu Fall brachte, wobei als Vertreter des englischen Imperialismus in China kein anderer als Ben Tillet auftrat, welcher in der Zeit des imperialistischen Krieges sich als Werbe-Agent der englischen Regierung Ruhm erwarb, und in der weiteren Folge Mitglied jener Delegation war, welche an der Gründung des Anglo-Russischen Komitees teilnahm.

Fügen wir noch hinzu, daß die Tätigkeit des Kongresses zum Ruhm des Imperiums vollkommen Schritt hielt mit der tollen Kampagne voll Bosheit und Haß gegen die englischen Kommunisten und gegen die Minderheitsbewegung.

Den Edinburgher Kongreß und seine Beschlüsse muß man im Lichte jener Ereignisse betrachten, deren Zeugen wir in England im Laufe der letzten Jahre sind.

Die Kongresse der englischen Gewerkschaften werden bis zum heutigen Tage auf Grund der Konstitution gebildet, welche der reaktionäre Führer der englischen Gewerkschaften, Herr Maudsley im Jahre 1894 ausarbeitete. Maudsley hatte in erster Linie im Sinn, den Kongreß gegen das Eindringen neuer Ideen und Schwingungen der englischen Arbeiterschaft zu wappnen und ihn zum verläßlichen Instrument in den Händen unabsetzbarer Beamten zu machen, welche erlernt haben, treu und rechtschaffen den Interessen der herrschenden Klasse zu dienen. In vereinzelter Perioden der englischen Geschichte gelang es den englischen Arbeitern, durch die Stärke ihres Druckes den Schlagbaum dieser reaktionären Institution zu überschreiten und mit ihren Wünschen und Bestrebungen zur Tribüne des Kongresses vorzudringen. Die wichtigste Periode dieser Art ist die zwischen dem Plymouther (1923) und Bornemouther (1926) Kongreß.

Der Plymouther Kongreß rief allgemeinen Unwillen in der englischen Gewerkschaftsbewegung hervor. In den Gewerkschaften besprach man die Notwendigkeit einer radikalen Reorganisation der Trade-Unions im allgemeinen und der Gewerkschaftskongresse im besonderen. Der Plymouther Kongreß wurde vollkommen richtig als — Waschhaus für schmutzige Wäsche bezeichnet. Die Gewerkschafter vermerkten, daß man auf diesem Kongresse vollkommen die Lage der englischen Arbeiter vergessen hatte und nur an die Streitigkeiten und Konflikte zwischen den einzelnen Führern, den einzelnen Gewerkschaftszünften, welche nach der Erweiterung ihrer Einflußsphäre strebten, gedacht hatte.

Der Plymouther Kongreß fiel mit dem Augenblicke eines scharfen Umschwungs in der Stimmung der englischen Arbeiter zusammen. Um diese Zeit begannen die englischen Arbeiter bereits, sich von den Schlägen zu erholen, welche dem „Schwarzen Freitag“ des Jahres 1921 gefolgt waren. Der Plymouther Kongreß verlief im wesentlichen noch unter der Führung jener

bürokratischen Bande, welche den „Schwarzen Freitag“ als die Beendigung aller Nachkriegs-Erschütterungen und als Beginn der Rückkehr der englischen Gewerkschaftsbewegung zu den alten Wegen des Reformismus und Konservatismus hinnahmen. Es ist ganz natürlich, daß im Anschluß an den Plymouther Kongreß der Kampf gegen das alte Gewerkschafts-Beamtentum sich merklich verschärfte und daß zum Zeitpunkte des Huller Kongresses (1924) die alten Beamten angesichts der wachsenden Unzufriedenheit der breiten proletarischen Massen vollkommen den Kopf verloren.

Die alten Beamten zogen sich sozusagen auf kurze Zeit in den Hintergrund zurück. In den Vordergrund traten die erfahrenen Gaukler und geschickten Schönredner, welche sich bemühten, mit Hilfe klingender Phrasen und schöner Losungen in der einen oder anderen Form sich den neuen Strömungen der Arbeiterklasse anzupassen.

Das gleiche Bild, aber in noch vollendeterer Ausgabe, erblicken wir auf dem Kongreß von Scarborough. In der Zwischenzeit zwischen diesen beiden Kongressen wurde auch das Anglo-Russische Komitee gegründet.

Die Ereignisse, welche dem Kongreß von Scarborough folgten, stellten jedoch eine neue Situation her. Den englischen Bürokraten gelang es, den Versuch des „Schwarzen Freitags“ in erweitertem Maßstabe zu wiederholen. In den Apriltagen des Jahres 1921 gelang es den Thomas und Williams, den Streik a b z u w e n d e n und so die Bergarbeiter zu isolieren, sie so der Niederlage zu weihen. Im Jahre 1926 wurde der Generalstreik zur Tatsache, aber er wurde in der grausamsten und gemeinsten Weise verraten. Nach diesem Verrate setzt die Konsolidierung des alten Beamtentums von neuem ein, welches wiederum versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die englische Gewerkschaftsbewegung in ein einfaches Anhängsel des Apparates der kapitalistischen Macht zu verwandeln.

Im Zeichen des „Sieges“ der Bürokratie der englischen Gewerkschaften verlief der Kongreß des Jahres 1926 (in Bornemouth), der letzte Kongreß aber, der 59., der eben jetzt in Edinburgh zu Ende ging, ist sozusagen die Krönung der Politik des schwarzen Verrates vom 12. Mai.

Die Konsolidierung des reaktionären Beamtentums in den Jahren 1926 bis 1927 unterscheidet sich scharf von jener Konsolidierung, die wir in den Jahren, welche dem „Schwarzen Freitag“ gefolgt waren, beobachten konnten. Der wichtigste neue Faktor in der englischen Arbeiterbewegung ist unbestritten die Minderheitsbewegung, welche sich unmittelbar nach dem Plymouther Kongreß zu sammeln begann und welche auch jetzt eine wachsende Organisation darstellt, welche die aktionsfähigen revolutionären Elemente der englischen Gewerkschaftsbewegung vereinigt, verbindet und, was die Hauptsache ist, o r g a n i s i e r t. Auf den letzten Kongressen in Bornemouth und Edinburgh war nicht nur die Konsolidierung der reaktionären Bürokratie zu vermerken, sondern auch eine genaue Differenzierung der englischen Arbeiterbewegung. Die alten Gewerkschaftsbürokraten halten noch zähe und fest die Macht in ihren Händen, kontrollieren den ganzen Apparat der Gewerkschaftsbewegung. Aber der Boden unter den Füßen dieser alten, unabsetzbaren Bürokratie beginnt zu schwinden. Der Hauptsieg, der wesentlichste Erfolg der Minderheitsbewegung liegt darin, daß sie in das Prinzip der Unabsetzbarkeit der Beamten der Gewerkschaftsbewegung eingegriffen hat. Bis jetzt sehen wir den Beginn des Wechsels der Führer nur in der

Bergarbeitergewerkschaft. Die englischen Bürokraten aber verstehen, daß es sich hier nicht um eine zufällige und isolierte Bewegung handelt, sondern um den Beginn eines neuen Prozesses, der sie ganz über Bord zu werfen droht. Gerade deshalb zeichnet sich der Kampf der Bürokratie der englischen Gewerkschaftsbewegung auf den letzten Kongressen durch eine solche besondere Anstrengung aus. Die Bürokratie kämpft für sich selbst, um ihre warmen Plätze, um ihre fernere Existenz.

Von diesem tierischen Instinkt der Selbsterhaltung sind alle Aktionen der Beamtschaft der englischen Gewerkschaftsbewegung und die ganze Tätigkeit des Generalrates und seiner Anhänger vom Augenblick des 12. Mai bis auf den heutigen Tag durchflochten.

Es versteht sich von selbst, daß der Generalrat auch jetzt lavieren und sich den Stimmungen der Arbeitermassen anpassen muß. Er versucht, die Sache so darzustellen, als ob die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees durch das Begrüßungstelegramm des WZSPS zum Edinburger Kongreß und die Antwort des Präsidiums des WZSPS auf die Anklageschrift des Generalrates provoziert worden wäre.

Ueberflüssig zu beweisen, daß diese Gedanken ausgeklügelt sind. Die Sprengung des Anglo-Russischen Komitees war beschlossen und schon lange vorbeschlossen, ehe das Präsidium des WZSPS an die Zusammenstellung der Antwort auf die Anklageschrift des Generalrates und das Begrüßungstelegramm an den Edinburger Kongreß schritt.

Die Anklageschrift selbst stellte im Wesen gleichsam die ideologische Vorbereitung des Bruches dar. Es war kein Zufall, daß der gleiche Generalrat, der so energisch gegen die Veröffentlichung der Korrespondenz seitens des WZSPS protestierte, es für zulässig hielt, seine Anklageschrift gegen den WZSPS zu publizieren, ohne auch nur die Antwort abzuwarten. Im übrigen haben die verwegenen Reaktionäre des Generalrats keineswegs verborgen, daß sie den Bruch des Anglo-Russischen Komitees im voraus beschlossen hatten.

Wir haben schon oben bemerkt, daß die „Daily Mail“ das Grundziel und die Grundbestimmung der Sprengung des Anglo-Russischen Komitees richtig formuliert. Es ging darum, der konservativen Regierung in Sachen der Organisation des Krieges gegen die U.S.S.R. zu helfen. Zweifellos jedoch haben auch noch andere Gründe den Generalrat zu diesem Schritt getrieben.

Gegen den Willen des Generalrats, ungeachtet seiner beständigen und zähen Sabotage war das Anglo-Russische Komitee ein Instrument der Verbindung zwischen den Arbeitern Englands und der U.S.S.R. Dieses Bündnis stand im schreienden Gegensatz zum neuen Kurs des Generalrates. Dabei konnte der Generalrat unmöglich übersehen, daß der Einfluß der Ideen und Ansichten, welche der WZSPS innerhalb des Anglo-Russischen Komitees vertrat, immer größere Sympathien inmitten der breiten Massen finden und gleichzeitig die Position des Generalrats schwächt.

Der Edinburger Kongreß bedeutet eine Probe jener Linie, welche die Komintern in der Frage des Anglo-Russischen Komitees bezogen hat. Die Führer der Opposition (der WKP) versuchten, uns auf dem Mai-Plenum der Komintern glauben zu machen, daß das Anglo-Russische Komitee einen

Mühlstein am Halse der Arbeiter der USSR bedeutet. Genosse Trotzki müßte jetzt — wenn er konsequent bleiben will — eine Dankadresse an Thomas, Clynes und Hicks dafür zusammenstellen, daß sie den Mühlstein vom Hals des russischen Arbeiters abgenommen haben.

Die Opposition wird dennoch kaum eine solche Adresse zusammenstellen, sie wird irgendeine neue sophistische Rechtfertigung ihrer These ausklügeln; daß die Arbeiter der Sowjetrepublik aus eigener Initiative dieses Instrument hätten vernichten müssen, das den herrschenden Klassen Englands und ihren Lakaien so viel Unannehmlichkeiten bereitete.

Doch diese Sophismen interessieren uns wenig. Der Gang und der Ausgang des Edinburgher Kongresses beweisen, daß der Kampf für das Anglo-Russische Komitee ein Kampf gegen die englischen Reformisten und ihre Chefs war. Der Kampf gegen das Anglo-Russische Komitee war Sache der englischen konservativen Regierung und deren Leutnants vom Generalrat.

Unsere richtige Stellungnahme in dieser Frage wird die Tatsache zur Folge haben, daß die Annäherung zwischen den englischen Arbeitern und dem Proletariat der USSR fort dauern und sich verstärken wird, trotz der Bemühungen der Generalräter, die so real und verächtlich den Willen ihrer kapitalistischen Chefs erfüllen.

J. Stalin:

ÜBER DIE INTERNATIONALE LAGE

REDE AUF DEM PLENUM

DES ZK UND DER ZKK DER KPSU AM 1. AUGUST 1927*

I. Die Angriffe der Opposition gegen die Sektionen der Komintern

Genossen, ich möchte zunächst bei der Frage der Angriffe der Genossen Kamenew, Sinowjew und Trotzki gegen die Sektionen der Komintern, gegen die polnische Sektion der Komintern, gegen die österreichische, englische und chinesische Sektion verweilen, weil die Oppositionellen hier im Trüben zu fischen und über unsere Bruderparteien einen blauen Dunst vorzumachen versuchen, während wir hier Klarheit brauchen — und nicht den oppositionellen Klatsch.

Die Frage der polnischen Partei. Genosse Sinowjew hat hier kühn erklärt, daß, wenn in der polnischen Partei eine rechte Abweichung vorhanden ist, die durch den Genossen Warski repräsentiert wird, die Kommunistische Internationale, die jetzige Führung der Komintern daran schuld sei. Er behauptete, die Komintern sei daran schuld, wenn Genosse Warski eine Zeitlang auf dem Standpunkt der Unterstützung der Truppen Pilsudskis

* Wir veröffentlichen die Rede mit einigen Kürzungen.

stand, was Genosse Warski auch wirklich getan hat. Genossen, das ist ganz falsch, das widerspricht vollkommen den Tatsachen. Ich brauchte mich bloß auf Tatsachen zu berufen, auf die Ihnen bekannten Stellen aus dem Stenogramm des Plenums des ZK und der ZKK vom Juli vorigen Jahres, brauchte mich bloß auf das Zeugnis eines solchen Genossen, wie Dserschinski zu berufen, der schwarz auf weiß erklärt hat, daß, wenn in der polnischen Partei eine rechte Abweichung vorhanden war, sie niemand anders als Sinowjew kultiviert hat.

Das war in den Tagen des sogenannten Pilsudski-Aufstandes, als wir, die Mitglieder der polnischen Kommission des EKKI und des ZK unserer Partei, zu denen auch Dserschinski Unschlicht, ich, Sinowjew u. a. gehörten, die Direktive für die kommunistische Partei Polens ausarbeiteten. Genosse Sinowjew brachte als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale damals den Entwurf eines Antrages ein, in dem er u. a. erklärte, daß in dem betreffenden Moment in Polen, wenn der Kampf seinen Höhepunkt erreicht, der Kampf der Kräfte Pilsudskis und der polnischen Regierung Vitos — daß in einem solchen Moment eine Politik der Neutralität der Kommunistischen Partei unzulässig sei und daß man zu nächst keine scharfen Aktionen gegen Pilsudski unternehmen dürfe.

Einige von uns, auch Genosse Dserschinski, erhoben Einwendungen dagegen und erklärten, daß diese Direktive nicht richtig sei, daß sie die kommunistische Partei Polens nur irreführen werde. Man müsse sagen, daß nicht nur eine Politik der Neutralität unzulässig sei, sondern auch eine Politik der Unterstützung Pilsudskis. Nach einigen schwachen, unsicheren Einwendungen wurde diese Direktive mit den von uns vorgeschlagenen Abänderungen angenommen. Ich will damit sagen, daß kein besonderer Mut dazu gehört, gegen Warski aufzutreten, der damals einen Fehler gemacht hat und dafür tüchtig gerüffelt worden ist. Aber die eigene Schuld auf andere abzuwälzen, die ganze Schuld auf die Kultivierung der rechten Abweichung der polnischen Partei zu schieben, die Schuld des Genossen Sinowjew auf die Komintern abzuwälzen, — das heißt ein Verbrechen gegen die Komintern begehen. Um es aber nicht bei bloßen Behauptungen bewenden zu lassen, gestatten Sie mir, das Zeugnis Dserschinskis und Unschlichts hier wörtlich anzuführen:

„Erklärung der Genossen Unschlicht und Dserschinski.

Am 3. Juni erklärte Genosse Molotow im Politbüro bei der Behandlung der Frage der englischen Ereignisse u. a. folgendes: ‚Vor mir habe ich die Direktive, die von der polnischen Kommission ausgearbeitet und dann vom Politbüro und der Komintern angenommen worden ist. Sie fängt so an: ‚Eine Politik der Neutralität wäre für unsere Partei unzulässig. Eine Unterstützung Pilsudskis ist ebenfalls unzulässig.‘ (Offenbar alles in Ordnung. Aber sehen Sie, der zweite Satz ist nicht vom Genossen Sinowjew eingefügt worden, er ist im ursprünglichen Entwurf des Genossen Sinowjew nicht vorhanden. Bestreiten Sie das, Genosse Sinowjew? Sinowjew: Jawohl, ich bestreite das.)

Als Sekretär und Mitglied der Polnischen Kommission wohnte ich am 15. Mai der Sitzung bei, in der die oben erwähnte Direktive für das ZK der KP Polens ausgearbeitet wurde. Deshalb kann ich für die vom Genossen Molotow aufgeworfene Frage folgendes erklären:

Der Entwurf der Direktive ist vom Genossen Sinowjew eigenhändig verfaßt worden. Der ursprüngliche Text begann mit folgenden Worten: ‚Eine Politik der Neutralität unserer Partei wäre unzulässig.‘ Und weiter: ‚Ohne zunächst scharfe Aktionen gegen Pilsudski zu unternemen . . .‘

Nach stattgefundenem Meinungs-austausch wurden zum Entwurf des Genossen Sinowjew eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, insbesondere wurden nach dem ersten Satz folgende Worte eingefügt: „Eine Unterstützung Pilsudskis ist ebenfalls unzulässig“.

Diese Abänderung wurde auf Verlangen des Genossen Stalin in den Entwurf der Direktiven eingefügt.

5. 6. 1926

Unschlicht.

Die Sache verhält sich gerade so, wie Genosse Unschlicht sie hier geschildert hat.

F. Dserschinski.“

Sie werden vielleicht sagen, das sei eine Kleinigkeit und ich gebe mich vergebens damit ab. Nein, Genossen, das ist keine Kleinigkeit. Der Kampf gegen die rechte Abweichung der polnischen Partei dauert fort und wird noch fort dauern. Genosse Sinowjew hat, — um es milde zu sagen —, die Kühnheit, zu behaupten, daß die rechte Abweichung durch die jetzige Führung der Komintern unterstützt werde. Aber die „Erklärung“ der Genossen Dserschinski und Unschlicht besagt das Gegenteil, und zwar, daß Genosse Sinowjew die Komintern verleumdet und die eigene Schuld auf andere abwälzt. Das ist Sinowjew zur Gewohnheit geworden, das ist nichts neues bei ihm. Unsere Pflicht aber besteht darin, diese Verleumdermanieren jedesmal zu entlarven.

O e s t e r r e i c h. Genosse Sinowjew hat hier behauptet, daß die Oesterreichische Kommunistische Partei schwach sei, daß sie es nicht verstanden habe, die Führung der Aktion, die wir unlängst in Wien erlebt haben, zu übernehmen. Das ist zugleich richtig und unrichtig. Daß die Kommunistische Partei Oesterreichs schwach ist, stimmt. Aber zu bestreiten, daß sie richtig gehandelt habe, heißt, sie verleumden. Jawohl, sie ist noch schwach, aber schwach gerade, weil wir dort noch keine tiefe revolutionäre Krise des Kapitalismus gehabt haben, die die Massen aufrüttelt, die Sozialdemokratie desorganisiert, die Chancen des Kommunismus schnell erhöht; weil sie jung ist, weil in Oesterreich seit langem bereits die Herrschaft der sozialdemokratischen „Linken“ sich festgesetzt hat, die unter dem Deckmantel linker Phrasen eine rechte opportunistische Politik durchzuführen versteht; weil man die Sozialdemokratie mit einem einzigen Schlag nicht zertrümmern kann. Worauf aber will Genosse Sinowjew eigentlich hinaus? Er wagte nicht, es direkt zu sagen, spielte aber darauf an, daß die Komintern, wenn die Kommunistische Partei Oesterreichs schwach ist, daran schuld sei. Das hat er offenbar sagen wollen, aber das ist ein Attentat mit untauglichen Mitteln. Das ist eine Verleumdung. Gerade das Gegenteil ist der Fall, gerade seitdem Sinowjew nicht mehr Vorsitzender der Komintern ist, ist die Kommunistische Partei Oesterreichs von Schikanierungen, von grundlosen Einmischungen in ihr inneres Leben befreit worden und hat also die Möglichkeit erhalten, vorwärts zu marschieren, sich zu entwickeln. Ist etwa die Tatsache, daß sie es verstanden hat, den aktivsten Anteil an den Wiener Ereignissen zu nehmen und sich die Sympathie der Arbeitermassen zu erobern, — spricht etwa diese Tatsache nicht dafür, daß die Kommunistische Partei Oesterreichs wächst und sich in eine Massenpartei verwandelt? Wie kann man diese offensichtlichen Tatsachen bestreiten?

Die Angriffe gegen die Kommunistische Partei Englands. Genosse Sinowjew versicherte, daß die Kommunistische Partei

Englands beim Generalstreik und dem Bergarbeiterstreik nichts gewonnen habe, daß sie angeblich geschwächt aus dem Kampf hervorgegangen sei. Das ist absolut falsch. Falsch deswegen, weil das spezifische Gewicht der Kommunistischen Partei Englands von Tag zu Tag wächst. Das können nur Blinde leugnen. Das ist schon allein aus der Tatsache zu ersehen, daß die englische Bourgeoisie, die früher der Kommunistischen Partei keine Aufmerksamkeit würdigte, sie jetzt dagegen wütend verfolgt und daß nicht nur die englische Bourgeoisie, sondern auch der Generalrat und die Arbeiterpartei einen wütenden Feldzug gegen „ihre“ Kommunisten organisieren. Warum hat man bisher die englischen Kommunisten mehr oder weniger geduldet? Weil die Kommunistische Partei Englands schwach war, weil ihr Einfluß auf die Massen schwach war. Warum hat man aufgehört, die Kommunistische Partei Englands zu dulden, warum hat man angefangen, sie wütend zu verfolgen? Weil man die Kommunistische Partei als Kraft fürchtet, weil die Führer der englischen Arbeiterpartei und des Generalrats sie wie ihren Totengräber fürchten. Das vergißt Genosse Sinowjew.

Ich bestreite nicht, daß im allgemeinen die westeuropäischen Sektionen der Komintern immer noch mehr oder weniger schwach sind. Das kann man nicht bestreiten. Worin liegen die Ursachen dafür? Die wichtigsten Ursachen dafür liegen in dem, was ich eben gesagt habe: erstens, im Fehlen einer tiefen revolutionären Krise, die die Massen aufrüttelt, sie auf die Beine bringt und sie auf einmal zum Kommunismus treibt; zweitens, in der Tatsache, daß in allen Ländern Westeuropas die sozialdemokratischen Parteien zunächst die vorherrschende Kraft unter den Arbeitern sind. Das sind Parteien, die älter sind, als die Kommunistischen Parteien, die erst unlängst entstanden sind und von denen man nicht verlangen kann, daß sie auf einen Schlag alle sozialdemokratischen Parteien zertrümmern. Wachsen denn nicht trotz all dieser Tatsachen die Kommunistischen Parteien des Westens, steigt nicht ihre Popularität unter den Arbeitermassen, sind nicht einige bereits zu wirklichen Massenparteien des Proletariats geworden, während andere sich dahin entwickeln?

Es gibt aber noch eine Ursache, die das schnelle Wachstum der Kommunistischen Parteien im Westen behindert. Das ist die Spaltungsarbeit der Opposition, derselben Opposition, die hier in diesem Saale sitzt. Was ist notwendig, damit die Kommunistischen Parteien sich in raschem Tempo entwickeln?

Eine unerschütterliche Einheit der Komintern, keine Spaltungen in den Sektionen. Was aber macht die Opposition? Sie hat in Deutschland eine zweite Partei geschaffen, die Partei der Maslow und Ruth Fischer. Sie versucht, ebensolche Spaltungsgruppen in anderen Ländern Europas zu schaffen. Unsere Opposition hat eine zweite Partei in Deutschland geschaffen mit einem Zentralkomitee, einem Zentralorgan, einer Parlamentsfraktion; sie hat in der Komintern die Spaltung organisiert, obwohl sie sehr gut wußte, daß die Spaltung in diesem Falle das Wachstum der Kommunistischen Parteien hemmen muß, — jetzt aber erhebt sie ein großes Geschrei darüber — und deutet dabei auf die Komintern — daß die Kommunistischen Parteien im Westen sich langsam entwickeln. Das ist wirklich eine Unverfrorenheit, die keine Grenzen kennt . . .

Die Kommunistische Partei Chinas. Die Oppositionellen schreien, daß in der Kommunistischen Partei Chinas oder, genauer gesagt, in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas sozialdemokratische, menschewistische Fehler vorhanden sind. Das stimmt und das macht man nun der Führung der Komintern zum Vorwurf. Das aber stimmt schon gar nicht. Im Gegenteil, die Komintern hat die Fehler der Führung der Kommunistischen Partei Chinas systematisch korrigiert. Das können nur Blinde bestreiten. Sie wissen das aus der Presse, aus der „Prawda“, aus der „Kommunistischen Internationale“, sie wissen das aus den Beschlüssen der Komintern, sie wissen das aus den Referaten Bucharins. Niemals hat die Opposition auch nur eine einzige Direktive, auch nur eine einzige Resolution der Komintern angeführt — und wird auch niemals dazu imstande sein —, die eine menschewistische Abweichung im ZK der Kommunistischen Partei Chinas fördern konnte, weil solche Direktiven einfach nicht existieren. Es wäre eine Dummheit, anzunehmen, daß die Komintern unbedingt schuld daran sein müsse, wenn irgendwo in einer Kommunistischen Partei oder ihrem ZK eine menschewistische Abweichung entstanden ist. Genosse Kamenew fragt, woher die menschewistischen Fehler der Kommunistischen Partei Chinas kommen konnten und antwortet darauf, daß sie nur infolge der falschen Führung der Komintern entstehen konnten. Ich aber frage: Woher die menschewistischen Fehler der Kommunistischen Partei Deutschlands während der Revolution im Jahre 1923? Woher die Brandlerei? Wer hat sie unterstützt? Ist es etwa nicht eine Tatsache, daß die menschewistischen Fehler des ZK der KPD von dem jetzigen Führer der Opposition, dem Genossen Trotzki, unterstützt worden sind? Warum hat Genosse Kamenew damals nicht davon gesprochen, daß die Brandlerei durch die falsche Führung der Komintern zu erklären sei? Kamenew und Trotzki haben die Lehren der revolutionären Bewegung des Proletariats vergessen. Sie haben vergessen, daß bei dem ersten Aufschwung der Revolution unbedingt in den Kommunistischen Parteien eine rechte und linke Abweichung entstehen muß, von denen die erste nicht mit der Vergangenheit brechen will, während die zweite mit der Gegenwart nicht rechnen will. Sie haben vergessen, daß keine Revolution ohne diese Abweichung vor sich geht. Wie war es denn bei uns im Oktober 1917? Hatten wir etwa damals nicht in unserer Partei eine rechte und linke Abweichung? Haben wirklich die Genossen Sinowjew und Kamenew dies vergessen? Genossen, erinnern Sie sich nicht an die Geschichte der menschewistischen Abweichung Kamenews und Sinowjews im Oktober? Wie kamen damals diese Fehler zustande? Wer war an diesen Fehlern schuld? Konnte man dafür Lenin oder das ZK der Leninistischen Partei verantwortlich machen? Wie konnte die Opposition diese und ähnliche Tatsachen „vergessen“? Wie konnten die Oppositionellen „vergessen“, daß beim Aufschwung der Revolution stets innerhalb der Partei eine rechte und linke Abweichung vom Marxismus entsteht. Worin besteht in einem solchen Falle die Aufgabe der Marxisten, die Aufgabe der Leninisten? Sie besteht darin, die linken und rechten Abweichungen zu bekämpfen.

Mich überrascht die Anmaßung des Genossen Trotzki, der nun einmal die geringsten Fehler der Kommunistischen Parteien des Westens und des Ostens nicht zu ertragen imstande ist. Er ist, sehen Sie, überrascht darüber, daß die junge Kommunistische Partei Chinas, die kaum zwei Jahre lang existiert,

solche menschwistische Fehler machen konnte. Wieviel Jahre lang aber irrte Genosse Trotzki selbst unter den Menschewiki umher? Hat er das vergessen? Er hat doch ganze 14 Jahre lang — von 1903 bis 1917 — unter den Menschewiki herumgeirrt. Warum hat er sich selber eine Frist von 14 Jahren gegeben und ist nach dem Herumirren unter verschiedenen antileninistischen „Strömungen“ zu den Bolschewiki gekommen, während er den jungen chinesischen Kommunisten nicht einmal eine Frist von vier Jahren geben will? Warum ist er anderen gegenüber von einer solchen Anmaßung und vergißt seine eigenen Verirrungen? Warum? Wo ist hier sozusagen die „Gerechtigkeit“?

2. China

Gehen wir jetzt zur chinesischen Frage über. Ich will mich nicht über die Fehler der Opposition in der Frage des Charakters und der Perspektiven der chinesischen Revolution verbreiten. Ich will das nicht tun, weil bereits genügend darüber gesagt worden ist, weil das bereits überzeugend genug gesagt worden ist und hier nicht wiederholt zu werden braucht. Ich werde mich auch nicht über die Behauptung verbreiten, nach der die chinesische Revolution im jetzigen Stadium eine Revolution für die Erlangung der Zollautonomie (Trotzki) sein soll. Es lohnt auch nicht, auf die Behauptung einzugehen, daß in China angeblich keine feudalen Ueberreste existieren, daß sie aber, wenn sie existieren, keine ernste Bedeutung haben sollen. Die Agrarrevolution in China würde auf diese Weise überhaupt unverständlich werden. (Trotzki und Radek.) Ueber diese und ähnliche Fehler der Opposition in der chinesischen Frage sind Sie bereits aus unserer Parteipresse unterrichtet.

Gehen wir jetzt zu den Grundsätzen des Leninismus über, die bei der Entscheidung der Frage der Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern die wichtigsten sind.

Wovon geht die Komintern, wovon gehen die Kommunistischen Parteien überhaupt bei der Behandlung der Fragen der revolutionären Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern aus?

Der Ausgangspunkt besteht in der strengen Unterscheidung zwischen der Revolution in den imperialistischen Ländern, die andere Völker unterdrücken, und der Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern, die unter dem imperialistischen Joch anderer Staaten stehen. Die Revolution in den imperialistischen Ländern, deren Bourgeoisie andere Völker unterdrückt und in allen Stadien der Revolution konterrevolutionär ist, in Ländern also, in denen das nationale Moment des Befreiungskampfes fehlt, ist etwas ganz anderes, als die Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern. Hier ist das Joch des Imperialismus anderer Staaten einer der Faktoren der Revolution, hier muß dieses Joch auch die nationale Bourgeoisie treffen, hier kann die nationale Bourgeoisie in einem bestimmten Stadium und für eine bestimmte Zeit die revolutionäre Bewegung ihres Landes gegen den Imperialismus unterstützen, hier ist das nationale Moment, als Moment des Kampfes für die Befreiung, ein Faktor der Revolution. Wenn man diese Unterscheidung nicht macht, diesen Unterschied nicht begreift, die Revolution in den imperialistischen Ländern mit der Revolution in den

kolonialen Ländern identifiziert, — so verläßt man die Bahn des Marxismus, des Leninismus, und gerät auf den Weg der Anhänger der II. Internationale

In seinem Referat über die nationale und die koloniale Frage sagte Lenin auf dem II. Kongreß der Komintern darüber:

„Was ist die wichtigste und grundlegendste Idee unserer Thesen? Die Unterscheidung zwischen unterdrückten und unterdrückenden Völkern. Wir heben diesen Unterschied hervor im Gegensatz zur II. Internationale und zur bürgerlichen Demokratie.“* (Lenin, Werke, Band 17, Seite 274.)**

Der Hauptfehler der Opposition besteht darin, daß sie diesen Unterschied zwischen dem einen und dem anderen Typus der Revolution nicht versteht und nicht zugibt.

Der Hauptfehler der Opposition besteht darin, daß sie die Revolution von 1905 in Rußland, die in einem imperialistischen Lande vor sich ging, das andere Völker unterdrückte, mit der Revolution in China identifiziert, einem unterdrückten, halbkolonialen Lande, das gegen das imperialistische Joch anderer Staaten kämpfen muß.

Bei uns in Rußland richtete sich die Revolution 1905 gegen die Bourgeoisie, gegen die liberale Bourgeoisie, trotzdem die Revolution eine bürgerlich-demokratische war. Weshalb? Weil die liberale Bourgeoisie eines imperialistischen Landes konterrevolutionär sein muß. Gerade deshalb war bei den Bolschewiki damals keine Rede davon — und konnte auch keine Rede davon sein —, daß man zeitweilig Blocks bilden und Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie schließen könne. Indem die Opposition davon ausgeht, behauptet sie, daß dasselbe auch in China in allen Stadien der revolutionären Bewegung getan werden müsse, daß vorübergehend Abkommen und Blockbildungen mit der nationalen Bourgeoisie nie und unter keinen Umständen in China zugelassen werden dürfen. Die Opposition vergißt aber, daß so nur Leute reden können, die den Unterschied zwischen der Revolution in den unterdrückten Ländern und der Revolution in den Unterdrückerländern nicht verstehen und nicht anerkennen, daß so nur Leute reden können, die mit dem Leninismus brechen und zu Anhängern der II. Internationale werden.

Ueber die Zulässigkeit von zeitweiligen Abkommen und Blockbildungen mit der bürgerlichen Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern sagte Lenin:

„Die Kommunistische Internationale muß zeitweilige Abkommen oder sogar Bündnisse mit der bürgerlichen Demokratie der kolonialen und rückständigen Länder abschließen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung, auch wenn sie nur in den allerersten Anfängen vorhanden ist, erhalten.“ (Lenin, Werke, Bd. 19, Seite 270.)

„Wir als Kommunisten müssen und werden die bürgerliche Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern nur in dem Falle unterstützen (von uns gesperrt. J. Stalin.), wenn diese Bewegung wirklich revolutionär ist, wenn die Vertreter dieser Bewegung uns nicht daran hindern werden, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geiste zu erziehen und zu organisieren.“ (Lenin, Werke, Band 17, Seite 275—276.)

Wie konnte es „kommen“, daß Lenin, der Blitz und Donner gegen Abkommen mit der Bourgeoisie in Rußland schleuderte, die Zulässig-

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

** Alle angeführten Stellen werden nach den russischen Ausgaben zitiert. Anmerkung der Redaktion.

keit solcher Abkommen und Blocksbildungen in China anerkennt? Hat sich vielleicht Lenin geirrt? Hat er vielleicht eine Schwenkung von der revolutionären Taktik zur opportunistischen vollzogen? Gewiß nicht. Es ist „so gekommen“, weil Lenin den Unterschied zwischen der Revolution in einem unterdrückten Lande und der Revolution in einem Unterdrückerlande verstanden hat. Es ist „so gekommen“, weil Lenin verstanden hat, daß in einem gewissen Stadium der Entwicklung die nationale Bourgeoisie in den kolonialen Ländern die revolutionäre Bewegung ihres Landes gegen den ausländischen Imperialismus unterstützen kann. Das will die Opposition nicht begreifen, sie will nicht verstehen, daß sie mit der revolutionären Taktik Lenins bricht, mit der revolutionären Taktik des Leninismus einen Bruch vollzieht.

Haben Sie bemerkt, wie die Führer der Opposition in ihren Reden diese Hinweise Lenins sorgfältig umgingen, sich fürchteten, sie zu streifen, trotzdem Genosse Bucharin in seinem Referat ihnen diese Hinweise Lenins vor die Nase gehalten hat? Warum umgehen sie diese allen bekannten taktischen Hinweise Lenins über die kolonialen und abhängigen Länder? Warum fürchteten sie diese Hinweise? Weil sie vor der Wahrheit Angst haben. Weil die taktischen Hinweise Lenins die gesamte politische Einstellung des Trotzismus in den Fragen der chinesischen Revolution umstoßen.

Jetzt einiges über die Etappen der chinesischen Revolution. Die Opposition hat sich so weit verirrt, daß sie jetzt überhaupt das Vorhandensein irgendwelcher Etappen in der Entwicklung der chinesischen Revolution leugnet. Gibt es aber eine Revolution ohne bestimmte Etappen in ihrer Entwicklung? Hat etwa die Entwicklung unserer Revolution nicht ihre Etappen gehabt? Nehmen Sie die Aprilthesen Lenins und Sie werden sehen, daß Lenin in unserer Revolution zwei Etappen sah: die erste Etappe war die der demokratischen Revolution mit der Agrarbewegung als ihrer Hauptachse; die zweite Etappe war die Oktoberrevolution mit der Ergreifung der Macht durch das Proletariat als ihrer Hauptachse. Welches sind die Etappen der chinesischen Revolution? Meiner Ansicht nach sind es drei: die erste Etappe war die Revolution der allgemeinen nationalen Einheitsfront, die Kantonperiode, als die Revolution ihren Schlag in erster Linie gegen den ausländischen Imperialismus richtete und die nationale Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung unterstützte; die zweite Etappe war die der bürgerlich-demokratischen Revolution, als nach dem Vordringen der nationalen Armeen in die Ebene des Jangtse die nationale Bourgeoisie von der Revolution abrückte, die Agrarbewegung aber zu einer gewaltigen revolutionären Bewegung von Dutzenden Millionen Bauern anwuchs. (Jetzt befindet sich die chinesische Revolution in der zweiten Etappe ihrer Entwicklung.) Die dritte Etappe ist die Revolution der Sowjets, die noch nicht da ist, die aber kommen wird. Wer nicht begriffen hat, daß es keine Revolution ohne bestimmte Etappen in ihrer Entwicklung gibt, wer nicht begriffen hat, daß die chinesische Revolution drei Etappen hat, hat nichts vom Marxismus, nichts von der chinesischen Frage begriffen.

Was ist der charakteristische Zug der ersten Etappe der chinesischen Revolution?

Der charakteristische Zug der ersten Etappe der chinesischen Revolution besteht darin, daß sie erstens eine Revolution der allgemein nationalen Einheitsfront war, zweitens, daß sie hauptsächlich gegen das ausländische imperialistische Joch gerichtet war (der Streik in Hongkong u. a.). War damals Kanton das Zentrum, der Sammelplatz der revolutionären Bewegung in China? Unbedingt! Das können jetzt nur Blinde leugnen.

Ist es richtig, daß die erste Etappe der kolonialen Revolution gerade einen solchen Charakter tragen muß? Ich glaube, das ist richtig. In den „Ergänzungsthesen“ des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, die über die Revolution in China und Indien handeln, heißt es direkt, daß in diesen Ländern „die Gewaltpolitik der Ausländer die ganze Zeit hindurch die Entwicklung des sozialen Lebens hemmt“ und daß „deshalb der erste Schritt der Revolution in den Kolonien bestehen muß im Sturze des ausländischen Kapitalismus.“

(Siehe Stenogramm des II. Kongresses der KI, S. 605.)

Ein charakteristischer Zug der chinesischen Revolution besteht in der Tatsache, daß sie diesen „ersten Schritt“, diese erste Etappe ihrer Entwicklung, die Periode der Revolution der nationalen Einheitsfront durchgemacht hat, und die zweite Etappe ihrer Entwicklung, die Periode der Agrarrevolution begonnen hat.

Ein charakteristischer Zug z. B. der türkischen Revolution (Kemalisten) besteht dagegen darin, daß sie beim „ersten Schritt“, in der ersten Etappe ihrer Entwicklung, in der Etappe der bürgerlichen Befreiungsbewegung stecken geblieben ist, ohne zu versuchen, ihre zweite Etappe, die Etappe der Agrarrevolution zu beginnen.

Was war die Kuomintang und ihre Regierung in der ersten Etappe der Revolution, in der Kantonperiode? Sie stellte einen Block der Arbeiter, Bauern, bürgerlichen Intelligenz und nationalen Bourgeoisie dar. War damals Kanton das Zentrum der revolutionären Bewegung, der Sammelplatz der Revolution? War damals die Politik der Unterstützung der Kantonschen Kuomintang, als der Regierung des Freiheitskampfes gegen den Imperialismus, richtig? Waren wir im Recht, als wir Kanton in China und, sagen wir, Angora in der Türkei unterstützten, als Kanton und Angora den Kampf gegen den Imperialismus führten? Jawohl, wir waren im Recht. Wir hatten recht, und gingen damals in den Fußtapfen Lenins, denn der Kampf Kantons und Angoras zersplitterte den Imperialismus und erleichterte damit die Sache der Entwicklung des Herdes der Weltrevolution, die Entwicklung der USSR. Stimmt es, daß die jetzigen Führer der Opposition damals mit uns zusammen Kanton und Angora unterstützt und ihnen eine gewisse Hilfe erwiesen haben? Jawohl, das stimmt. Wer will versuchen, das in Zweifel zu stellen?

Wie ist aber die Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie in der ersten Etappe der kolonialen Revolution aufzufassen? Bedeutet das, daß die Kommunisten den Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Gutsbesitzer und die nationale Bourgeoisie nicht verschärfen dürfen, daß das Proletariat auch nur in einem ganz geringen Grade, auch nur auf einen Augenblick, seine Selbständigkeit opfern muß?

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

Nein, das bedeutet es nicht. Die Einheitsfront kann eine revolutionäre Bedeutung nur dann und nur unter der Bedingung haben, wenn sie die kommunistischen Parteien nicht daran hindert, ihre selbständige politische und organisatorische Arbeit durchzuführen, das Proletariat zu einer selbständigen politischen Kraft zu organisieren, die Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer zu erheben, die Revolution der Arbeiter und Bauern offen zu organisieren und auf diese Weise auch die Bedingungen für die Hegemonie des Proletariats vorzubereiten. Ich glaube, daß Genosse Bucharin in seinem Referat auf Grund allgemeiner bekannter Dokumente vollkommen den Beweis erbracht hat, daß die Komintern der Kommunistischen Partei Chinas gerade diese Auffassung der Einheitsfront eingehämmert hat.

Die Genossen Kamenew und Sinowjew haben sich hier auf ein Telegramm nach Schanghai vom 26. Oktober 1926 berufen, in dem es heißt, daß zunächst vor der Einnahme Schanghais die Agrarbewegung nicht verschärft werden soll. Ich bin weit davon entfernt, dieses Telegramm für richtig zu halten. Ich habe niemals unser ZK. für unfehlbar gehalten und tue das auch jetzt nicht. Einzelne Fehler kommen vor, und auch dieses Telegramm ist zweifellos ein Fehler gewesen. Aber erstens haben wir selbst dieses Telegramm nach einigen Wochen (November 1926), annulliert, ohne irgendwelche Hinweise der Opposition. Zweitens, warum hat die Opposition sich an dieses Telegramm erst nach 9 Monaten erinnert, und warum verheimlicht sie vor der Partei, daß dieses Telegramm von uns vor 9 Monaten annulliert worden ist? Es wäre also eine böswillige Verleumdung, wenn man annehmen wollte, daß dieses Telegramm die Linie unserer Führung bestimmt hat. In Wirklichkeit war das ein einzelnes episodisches Telegramm, das absolut nicht charakteristisch war, für die Linie der Komintern für die Linie unserer Führung. Ich wiederhole: das kann man auch daraus ersehen, daß dieses Telegramm nach einigen Wochen durch eine Reihe von Dokumenten annulliert wurde, die Direktiven gaben und zweifelsohne für unsere Führung charakteristisch sind.

Gestatten Sie mir, mich auf diese Dokumente zu berufen.

Nehmen wir z. B. eine Stelle aus der Resolution des 7. Plenums der Komintern vom November 1926, d. h. einen Monat nach dem oben erwähnten Telegramm:

„Die Eigentümlichkeit der jetzigen Situation besteht in ihrem Uebergangscharakter, wo das Proletariat zwischen der Perspektive eines Blocks mit großen Schichten der Bourgeoisie und der Perspektive der weiteren Festigung ihres Bündnisses mit den Bauern wählen muß. Wenn das Proletariat nicht ein radikales Agrarprogramm aufstellt, so wird es nicht imstande sein, die Bauernschaft in den revolutionären Kampf hineinzurücken und wird die Hegemonie in der internationalen Befreiungsbewegung verlieren.“ (Von uns gesperrt. J. Stalin.)

Weiter:

„Die Volksregierung von Kanton kann nicht die Macht in der Revolution behaupten, kann nicht den vollen Sieg über den ausländischen Imperialismus und die Reaktion im Innern davontragen, solange die Sache der nationalen Befreiung nicht mit der Agrarrevolution zusammenfällt. (Siehe Resolution des 7. Erw. Plenums des EKKI.)“

Das ist ein Dokument, das wirklich die Linie der Führung der Komintern bestimmte.

Es ist sehr seltsam, daß die Führer der Opposition dieses allgemein bekannte Dokument der Komintern umgehen.

Es dürfte vielleicht nicht unbescheiden sein, wenn ich mich auf meine Rede in der chinesischen Kommission der Komintern vom November 1926 berufe, die ja nicht ohne meine Teilnahme die Resolution des 7. Erw. Plenums zur chinesischen Frage ausarbeitete. Diese Rede ist später als besondere Broschüre unter dem Titel „Die Perspektiven der chinesischen Revolution“ erschienen. Ich führe einige Stellen aus dieser Rede an:

„Ich weiß, daß unter den Kuomintang-Anhängern und sogar unter den chinesischen Kommunisten Leute vorhanden sind, die die Entfaltung der Revolution im Dorfe nicht für möglich halten und fürchten, daß das Hineinziehen der Bauern in die Revolution die Einheitsfront gegen die Imperialisten sprengen werde. Das ist ein schwerer Irrtum, Genossen. Die Front gegen die Imperialisten in China wird um so stärker und machtvoller werden, je schneller und gründlicher die chinesische Bauernschaft in die Revolution hineingezogen wird.“

Und weiter:

„Ich weiß, daß es unter den chinesischen Kommunisten Genossen gibt, die Streiks der Arbeiter für die Verbesserung ihrer materiellen und rechtlichen Verhältnisse für unerwünscht halten und die Arbeiter von Streiks abhalten.

(Zwischenruf: Das war in Kanton und Schanghai der Fall.)

Genossen, das ist ein großer Fehler. Das ist eine überaus ernste Unterschätzung der Rolle und des spezifischen Gewichts des Proletariats in China. Das muß als eine unbedingt negative Erscheinung in den Thesen festgestellt werden. Es wäre ein großer Fehler, wenn die chinesischen Kommunisten die jetzige günstige Situation nicht dazu ausnützten, um den Arbeitern zu helfen, ihre materielle und rechtliche Lage zu verbessern, selbst, wenn Streiks dazu notwendig wären. Wozu sonst die Revolution in China?“ (Siehe Stalin, „Die Perspektiven der Revolution in China“.)

Gehen wir jetzt zum dritten Dokument vom Dezember 1926 über, das in einem Monat abgefaßt wurde, als die KI aus allen Städten Chinas bestürmt wurde, als versichert wurde, daß die Entfaltung des Kampfes der Arbeiter zur Krise, zur Arbeitslosigkeit, zur Schließung der Fabriken und Betriebe führen werde.

„Eine allgemeine Politik des Rückzugs in den Städten und des Zurückschraubens des Kampfes der Arbeiter für die Verbesserung ihre Lage ist nicht richtig. Auf dem Dorfe muß der Kampf entfaltet werden, gleichzeitig aber muß man den günstigen Moment ausnützen, um die materielle und rechtliche Lage der Arbeiter zu verbessern und muß mit allen Mitteln versuchen, dem Kampf der Arbeiter einen organisierten Charakter zu geben, der Exzesse und ein übermütiges Vorwärtstürmen ausschließt. Man muß besonders darum bemüht sein, den Kampf in den Städten gegen die großen imperialistischen Staaten zu richten, damit die Mittel- und Kleinbourgeoisie nach Möglichkeit innerhalb der Einheitsfront gegen den gemeinsamen Fend bleibe. Das System der Ausgleichskammern, der Schiedsgerichte halten wir für zweckmäßig, wenn eine richtige Arbeiterpolitik in diesen Institutionen garantiert ist. Zugleich halten wir es für notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß Dekrete gegen die Streik- und Versammlungsfreiheit der Arbeiter usw. absolut unzulässig sind. Da diese Frage sehr wichtig ist, so informiert uns regelmäßig darüber.“

Das vierte Dokument, das anderthalb Monate vor dem Tschang Kai-schek-Umsturz abgefaßt wurde, lautet:

„In der Armee muß die Arbeit der kommunistischen und der Kuomintangzellen verstärkt werden, solche Zellen müssen dort organisiert werden, wo sie noch nicht vorhanden sind und wo ihre Organisation möglich ist, dort, wo die Organisation von kommunistischen Zellen unmöglich ist, muß man mit Hilfe heimlicher Kommunisten eine energische Arbeit dort führen.

Es muß der Kurs gehalten werden auf die Bewaffnung der Arbeiter

und Bauern, die Umwandlung der Bauernkomitees in faktische Organe der Macht mit bewaffnetem Selbstschutz usw.

Es ist notwendig, daß stets und überall die Kommunistische Partei als sie selbst auftritt. Eine Politik der freiwilligen halben Legalität ist unzulässig; die Kommunistische Partei kann nicht als Bremser der Massenbewegung auftreten; die Kommunistische Partei darf nicht die verräterische und reaktionäre Politik der rechten Kuomintang verhüllen; zur Entlarvung dieser Politik müssen die Massen um die Kuomintang und die KP Chinas gesammelt werden.

Die Aufmerksamkeit aller der Revolution treu ergebenden Funktionäre muß darauf gelenkt werden, daß gegenwärtig die chinesische Revolution infolge der Umgruppierung der Klassenkräfte und der Konzentration der imperialistischen Armeen eine kritische Periode durchmacht, und daß spätere Siege nur möglich sind bei einem entschiedenen Kurs auf die Entfaltung der Massenbewegung. Im entgegengesetzten Falle entsteht eine gewaltige Gefahr für die Revolution. Die Durchführung der Direktiven ist deshalb jetzt notwendiger, denn je.“

Aber noch früher, bereits im April 1926, ein Jahr vor der Umwälzung, die durch die rechte Kuomintang und Tschang Kai-schek herbeigeführt wurde, warnte die Komintern die Kommunistische Partei Chinas und wies sie darauf hin, daß „man den Kurs auf den Austritt oder den Ausschluß der Rechten aus der Kuomintang halten muß“.

Das war und ist die Auffassung der Komintern über die Taktik der Einheitsfront gegen den Imperialismus während der ersten Etappe der kolonialen Revolution.

Weiß die Opposition etwas von diesem richtunggebenden Dokument? Natürlich kennt sie diese Dokumente. Warum übergeht sie dann diese Dokumente stillschweigend? Weil sie Intrigen anzettelt und nicht die Wahrheit sucht.

Es gab aber eine Zeit, wo die jetzigen Führer der Opposition, besonders die Genossen Sinowjew und Kamenew etwas vom Leninismus verstanden und im wesentlichen dieselbe Politik in der chinesischen revolutionären Bewegung verfochten, die die Komintern durchgeführt und Genosse Lenin in seinen Thesen vorgezeichnet hat. Ich denke an das 6. Plenum der Kommunistischen Internationale vom Februar/März 1926, als der Vorsitzende der Komintern Genosse Sinowjew war, als er noch Leninist und noch nicht ins Lager Trotzki übergelaufen war. Ich nehme das 6. Plenum der Kommunistischen Internationale, weil eine Resolution dieses Plenums über die chinesische Revolution vorhanden ist, die im Februar/März 1926 einstimmig angenommen wurde und in der ungefähr dieselbe Einschätzung der ersten Etappe der chinesischen Revolution, der Kantonschen Kuomintang und der Kantonregierung gegeben wird, die die Komintern und die KPSU gibt und mit der die Opposition jetzt nichts zu tun haben will. Ich spreche von dieser Resolution deswegen, weil Genosse Sinowjew damals für sie stimmte und kein Mitglied des ZK dagegen war, auch nicht die Genossen Trotzki, Kamenew und andere Führer der jetzigen Opposition.

Gestatten Sie mir, einige Stellen aus dieser Resolution anzuführen.

Ueber die Kuomintang heißt es in dieser Resolution:

„Die politischen Streiks der chinesischen Arbeiter in Schanghai und Hongkong im Juli/September 1925 haben einen Umschwung in der Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes gegen die ausländischen Imperialisten herbeigeführt . . . Das politische Auftreten des Proletariats gab der weiteren Entwicklung einen starken Anstoß und festigte alle revolutionär-demokratischen Organisationen des Landes, in erster

Linie die revolutionäre Partei der Kuomintang und die revolutionäre Regierung in Kanton. Die Kuomintang-Partei, die im großen und ganzen im Bunde mit den chinesischen Kommunisten auftrat, ist ein revolutionärer Block der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und der städtischen Demokratie auf dem Boden der gemeinsamen Klasseninteressen dieser Schichten im Kampfe gegen die ausländischen Imperialisten und die militaristisch-feudale Ordnung, für die Unabhängigkeit des Landes und für eine einheitliche revolutionäre demokratische Macht.“ (Siehe Resolution vom 6. Plenum des EKKI.)

Also, hier haben wir die Kantonsche Kuomintang als Bündnis von vier Klassen. Sie sehen, das ist beinahe „Martynow-Politik“, die von niemand anders, als dem damaligen Vorsitzenden der Komintern, dem Genossen Sinowjew, heilig gesprochen wurde.

Ueber die Kantonregierung der Kuomintang :

„Die von der Kuomintang in Kanton geschaffene revolutionäre Regierung hat es bereits fertiggebracht, mit den breitesten Massen der Arbeiter, Bauern und der städtischen Demokratie in Kontakt zu kommen, hat, auf sie gestützt, die von den Imperialisten unterstützten konterrevolutionären Banden geschlagen und führt die Arbeit einer radikalen Demokratisierung des gesamten politischen Lebens in der Provinz Guandun durch. Die Kantonregierung, die also die Avantgarde im Kampfe des chinesischen Volkes für die Unabhängigkeit ist, ist das Musterbild für den kommenden demokratischen revolutionären Aufbau im Lande.* (Ebenda.)

Es stellt sich also heraus, daß die Kantonregierung der Kuomintang, die einen Block von vier Klassen bildete, eine revolutionäre Regierung war, und nicht nur eine revolutionäre, sondern sogar das Musterbild einer künftigen revolutionären demokratischen Regierung in China.

Ueber die Einheitsfront der Arbeiter, Bauern und der Bourgeoisie :

„Angesichts der neuen Gefahren muß die Kommunistische Partei Chinas und die Kuomintang die breiteste politische Tätigkeit entfalten, Massenaktionen zur Unterstützung des Kampfes der Volksarmeen organisieren, die inneren Widersprüche im Lager der Imperialisten ausnutzen und ihnen die nationalrevolutionäre Einheitsfront der breitesten Volksschichten (der Arbeiter, Bauern und der Bourgeoisie)* unter der Führung der revolutionär-demokratischen Organisationen entgegenstellen.“ (Ebenda.)

Folgt also, daß vorübergehende Blockbildungen und Abkommen mit der Bourgeoisie in den kolonialen Ländern in einer bestimmten Etappe der kolonialen Revolution nicht nur zulässig, sondern direkt notwendig sind.

Nicht wahr, das sieht dem sehr ähnlich, was Lenin uns in seinen bekannten Hinweisen über die Taktik der Kommunisten in den kolonialen und abhängigen Ländern sagt. Schade bloß, daß Genosse Sinowjew das so schnell vergessen konnte.

Ueber die Frage des Austrittes aus der Kuomintang :

„Einzelne Schichten der chinesischen Großbourgeoisie, die vorübergehend sich um die Partei der Kuomintang gruppierten, haben sie im letzten Jahre verlassen, was auf dem rechten Flügel der Kuomintang zur Bildung einer kleinen Gruppe führte, die offen gegen ein enges Bündnis der Kuomintang mit den werktätigen Massen, für den Ausschluß der Kommunisten aus der Kuomintang und gegen die revolutionäre Politik der Kantonregierung auftrat. Die Verurteilung dieses rechten Flügels auf dem

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

II. Kongreß der Kuomintang im Januar 1926 und die Bestätigung der Notwendigkeit eines Kampfbündnisses der Kuomintang mit den Kommunisten stärkt die revolutionäre Richtung der Tätigkeit der Kuomintang und der Kantonregierung und sichert der Kuomintang die revolutionäre Unterstützung des Proletariats* (siehe ebenda).

Hieraus geht also hervor, daß der Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang in der ersten Etappe der chinesischen Revolution ein ernster Fehler gewesen wäre. Schade nur, daß Genosse Sinowjew, der für diese Resolution stimmte, sie im Handumdrehen ungefähr nach einem Monat bereits vergessen konnte. Denn schon im April 1926 (nach einem Monat!) forderte Sinowjew den sofortigen Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang.

Ueber die Abweichungen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas und über die Unzulässigkeit des Ueberspringens der Kuomintang-Phase der Revolution:

„Die politische Selbstbestimmung der chinesischen Kommunisten wird sich im Kampfe gegen zwei gleichermaßen gefährliche Abweichungen entwickeln: Im Kampfe gegen das rechte Liquidatorenentum, das die selbständigen Klassenaufgaben des chinesischen Proletariats ignoriert und auf eine formlose Verschmelzung mit der allgemeinen demokratischen nationalen Bewegung hinarbeitet, und gegen die ultralinken Stimmungen, die die revolutionär-demokratische Etappe der Bewegung zu überspringen versuchen, um unmittelbar zu den Aufgaben der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht zu gelangen, und dabei die Bauernschaft,* diesen grundlegenden und ausschlaggebenden Faktor der chinesischen nationalen Befreiungsbewegung vergessen.“ (Siehe ebenda.)

Hier, sehen Sie, haben wir alles, um jetzt die Opposition sowohl des Ueberspringens der Kuomintang-Phase der Entwicklung in China als auch der Unterschätzung der Bauernbewegung und des Abspringens zur Parole der Sowjets zu überführen. Hier liegt der Hase im Pfeffer.

Ist diese Resolution den Genossen Sinowjew, Kamenew, Trotzki bekannt?

Man muss annehmen, daß sie ihnen bekannt ist. Auf jeden Fall kann sie dem Genossen Sinowjew nicht unbekannt sein, unter dessen Vorsitz diese Resolution auf dem 6. Plenum der Komintern angenommen wurde und der selbst für diese Resolution gestimmt hat. Warum umgehen jetzt die Führer der Opposition diese Resolution der höchsten Instanz der internationalen kommunistischen Bewegung? Warum verschweigen sie diese Resolution? Weil diese Resolution sie in allen Fragen der chinesischen Revolution schlägt. Weil sie die ganze jetzige trotzkistische Einstellung der Opposition umstößt. Weil diese Genossen die Komintern verlassen haben, den Leninismus aufgegeben haben und jetzt aus Furcht vor ihrer Vergangenheit, aus Furcht vor ihrem Schatten gezwungen sind, die Resolution des 6. Plenums der Komintern feige zu umgehen.

So steht es mit der ersten Etappe der chinesischen Revolution.

Gehen wir jetzt zur zweiten Etappe der chinesischen Revolution über.

Wenn das Merkmal der ersten Etappe darin bestand, daß die Schärfe der Revolution hauptsächlich gegen den ausländischen Imperialismus gerichtet war, so ist ein charakteristischer Zug der zweiten Etappe, daß die Revolu-

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

tion ihre Schärfe hauptsächlich gegen die inneren Feinde, in erster Linie gegen die Feudalen, gegen das feudale Regime richtet. Hat die erste Etappe die Aufgabe des Sturzes des ausländischen Kapitalismus gelöst? Nein, das hat sie nicht getan. Sie hat die Durchführung dieser Aufgabe der zweiten Etappe der chinesischen Revolution als Erbe hinterlassen. Sie hat nur zum ersten Male die revolutionären Massen gegen den Imperialismus aufgerüttelt, um ihren Lauf zu beschließen und diese Aufgabe der Zukunft zu überlassen. Man muß annehmen, daß es auch der zweiten Etappe der Revolution nicht völlig gelingen wird, die Aufgabe der Vertreibung der Imperialisten zu lösen. Die zweite Etappe wird die chinesischen Arbeiter und Bauern weiter aufrütteln gegen den Imperialismus, aber sie wird das tun, um die Vollen- dung dieser Aufgabe der nächsten Etappe der chinesischen Revolution, der Etappe der Sowjets, zu übergeben. Und dabei ist nichts weiter Verwunder- liches. Ist es etwa nicht bekannt, daß in der Geschichte unserer Revolution analoge Tatsachen, wenn auch in einer anderen Situation und unter anderen Umständen, vorhanden waren? Ist es etwa nicht bekannt, daß die erste Etappe unserer Revolution die Aufgabe, die Agrarrevolution zu vollenden, nicht vollkommen entschieden, sondern diese Aufgabe der nächsten Etappe der Revolution, der Oktoberrevolution übergeben hat, die dann die Aufgabe der Ausrottung der feudalen Ueberreste vollkommen gelöst hat. Es wird also nicht weiter seltsam erscheinen, wenn es in der zweiten Etappe der chinesi- schen Revolution nicht gelingen wird, die Agrarrevolution vollkommen zu Ende zu führen und wenn die zweite Etappe der Revolution, die Millionen- massen der Bauernschaft aufrütteln und sie gegen die feudalen Ueberreste erheben wird, die Vollendung dieser Aufgabe der nächsten Etappe der Revo- lution, der Etappe der Sowjets, übergeben wird. Und das wird nur ein plus für die kommende Revolution der Sowjets in China sein.

Worin bestand die Aufgabe der Kommunisten in der zweiten Etappe der Revolution in China, als das Zentrum der revolutionären Bewegung offenbar von Kanton nach Wuhan sich verschob und als zugleich mit dem revolu- tionären Zentrum in Wuhan ein Zentrum der Konterrevolution in Nanking entstand? Die Aufgabe der Kommunisten bestand darin, die Möglichkeit einer offenen Organisation der Partei, des Proletariats (die Gewerkschaften), der Bauernschaft (Bauernbünde), der Revolution überhaupt in jeder Weise auszunützen. Die Aufgabe bestand darin, die Kuomintang in Wuhan nach links, zur Agrarrevolution zu drängen. Die Aufgabe bestand darin, die Kuomintang in Wuhan zu einem Zentrum des Kampfes gegen die Konter- revolution und zum Kern der künftigen revolutionär-demokratischen Dik- tatur des Proletariats und der Bauernschaft zu machen.

War diese Politik richtig? Die Tatsachen haben bewiesen, daß es die einzig richtige Politik war, die die breiten Massen der Arbeiter und Bauern im Geiste der weiteren Entwicklung der Revolution zu erziehen imstande war.

Die Opposition forderte damals die sofortige Bildung von Arbeiter- und Bauernräten. Das aber war eine Abenteuerpolitik, das war ein abenteuer- licher Sprung nach vorwärts, denn die sofortige Bildung von Arbeiter- und Bauernräten bedeutete damals das Ueberspringen der Entwicklungs- basis der linken Kuomintang. Warum? Weil die Kuomintang in Wuhan, die mit den Kommunisten ein Bündnis unterhielt, sich in den Augen der

breiten Massen der Arbeiter und Bauern noch nicht diskreditiert und entlarvt hatte, weil sie sich als bürgerlich-revolutionäre Organisation noch nicht erschöpft hatte. Weil die Aufstellung der Losung der Sowjets und des Sturzes der Wuhan-Regierung in einem Moment, wo die Massen sich noch nicht durch eigene Erfahrung überzeugt hatten, daß diese Regierung nichts taugte, daß man sie stürzen müsse, bedeutete, vorwärts stürzen, sich von den Massen loslösen, sich der Unterstützung der Massen berauben und auf diese Weise das begonnene Werk zerschlagen. Die Opposition glaubt, wenn sie die Unzuverlässigkeit, das Schwankende, den ungenügend revolutionären Charakter der Kuomintang in Wuhan begriffen hat (und jedem politisch qualifizierten Funktionär ist es nicht schwer, das zu begreifen), so genüge das vollkommen, damit auch die Massen das begreifen, so genüge das, um die Kuomintang durch Sowjets zu ersetzen und die Führung der Massen in die Hand zu nehmen. Das aber ist ein gewöhnlicher ultralinker Fehler der Opposition, die ihr eigenes Bewußtsein und Verständnis für das Bewußtsein und Verständnis der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern hält. Die Opposition hat Recht, wenn sie sagt, daß die Partei vorwärts gehen muß. Das ist ein gewöhnlicher marxistischer Grundsatz, ohne dessen Beobachtung keine wirkliche Kommunistische Partei existieren kann. Das ist aber bloß ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit besteht darin, daß die Partei nicht nur vorwärts schreiten, sondern auch Millionenmassen hinter sich führen muß. Vorwärts zu schreiten, ohne Millionenmassen hinter sich zu haben, heißt in Wirklichkeit, hinter der Bewegung zurückzubleiben, hinter der Bewegung herlaufen. Vorwärts schreiten und sich von der Nachhut loslösen, nicht verstehen, die Nachhut hinter sich herzuführen, heißt, einen Sprung tun, der auf eine bestimmte Zeit die Bewegung der Massen nach vorwärts zerschlagen kann. Eine leninistische Führung besteht gerade darin, es zu verstehen, die Nachhut hinter sich herzuführen, daß die Vorhut vorwärts marschiert, ohne sich von den Massen loszulösen. Damit sich aber die Avantgarde nicht von den Massen löse, damit die Avantgarde wirklich imstande sei, die Millionenmassen zu führen, ist eine ausschlaggebende Bedingung erforderlich: die Massen müssen sich selbst durch eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Anweisungen, der Direktiven, der Losungen der Avantgarde überzeugen. Das Unglück der Opposition besteht gerade darin, daß sie diese einfache leninistische Regel der Führung von Millionenmassen nicht anerkennt, nicht versteht, daß die Partei allein, die fortgeschrittene Gruppe allein ohne Unterstützung der Millionenmassen nicht imstande ist, eine Revolution durchzuführen, daß eine Revolution letzten Endes von den Millionenmassen der Werktätigen „gemacht“ wird.

Warum haben wir Bolschewiki im April 1917 nicht die praktische Losung des Sturzes der Provisorischen Regierung und der Errichtung der Sowjetmacht ausgegeben, obwohl wir überzeugt waren, daß man in der nächsten Zukunft vor der Notwendigkeit des Sturzes der Provisorischen Regierung und der Errichtung der Sowjetmacht stehen werde? Weil die breiten Massen der Werktätigen im Hinterlande und an der Front, schließlich auch die Sowjets selbst, noch nicht reif waren für diese Losung, noch an den revolutionären Charakter der Provisorischen Regierung glaubten. Weil die Provisorische Regierung sich noch nicht durch die Unterstützung der Konter-

revolution im Hinterland und an der Front blamiert und diskreditiert hatte. Warum hat Lenin die Gruppe Bogdatjews im April 1917 in Leningrad gebrandmarkt, die die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung und der Errichtung der Sowjetmacht ausgab? Weil der Versuch Bogdatjews ein gefährlicher Sprung nach vorwärts war, der die Gefahr der Loslösung der Bolschewistischen Partei von den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern schuf.

Das Abenteuerum in der Politik, die Politik eines Bogdatjew in den Fragen der chinesischen Revolution, — das ist es, wodurch jetzt unsere trotzkistische Opposition sich unmöglich macht.

Genosse Sinowjew sagt, daß ich bei meiner Erwähnung Bogdatjews die jetzige chinesische Revolution mit der Oktoberrevolution gleichsetze. Das ist natürlich Unsinn. Erstens habe ich selbst in meinem Aufsatz „Bemerkungen zu aktuellen Fragen“ den Vorbehalt gemacht, daß „hier die Analogie bedingt ist“, daß „ich sie nur mit den Einschränkungen, daß man den Unterschied in der Situation Chinas jetzt und Rußlands im Jahre 1917 im Auge behält, gelten lasse“. Zweitens, wäre es eine Dummheit zu behaupten, daß man überhaupt keine Analogie aus der Revolution anderer Länder entnehmen kann bei der Charakteristik dieser oder jener Strömungen, dieser oder jener Fehler der Revolution eines bestimmten Landes. Geht nicht die Revolution eines Landes bei den Revolutionen anderer Länder in die Schule, auch wenn diese Revolutionen nicht vom gleichen Typus sind? Worauf läuft denn sonst die Wissenschaft von den Revolutionen hinaus? Sinowjew lehnt im Grunde genommen die Möglichkeit einer Wissenschaft der Revolution ab. Ist es etwa nicht eine Tatsache, daß Lenin in der Periode vor der Oktoberrevolution gegen Tscheidse, Zeretelli, Steklow u. a. die Anklage erhoben hat, daß sie die „Louis Blanc-Politik“ aus der französischen Revolution von 1848 führen? Man werfe einen Blick in den Aufsatz Lenins „Louis Blanc-Politik“ und man wird verstehen, warum Lenin die Analogie aus der französischen Revolution von 1848 bei der Charakteristik der Fehler dieser oder jener Führer vor der Oktoberrevolution benutzte, obwohl Lenin sehr wohl wußte, daß die französische Revolution von 1848 und unsere Oktoberrevolution keine gleichartigen Revolutionen waren. Und wenn man von der „Louis Blanc-Politik“ der Tscheidse und Zeretelli in der Periode vor der Oktoberrevolution reden kann, warum kann man nicht von der „Bogdatjew-Politik“ Sinowjews und Trotzki in der Periode der Agrarrevolution in China reden?

Die Opposition versichert, daß Wuhan nicht der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung war. Warum hat dann Genosse Sinowjew behauptet, daß eine „allseitige Unterstützung“ für den Wuhan-Flügel der Kuomintang notwendig sei, um ihn zum Mittelpunkt des Kampfes gegen die chinesischen Cavaignacs zu machen? Warum wurde das Territorium der Wuhan-Regierung, und nicht irgend ein anderes, zum Mittelpunkt der stärksten Entwicklung der Agrarbewegung? Ist es nicht eine Tatsache, daß gerade das Territorium von Wuhan (Hunan, Hupei) anfangs dieses Jahres der Mittelpunkt der marxistischen Entwicklung der Agrarrevolution war. Warum konnte man Kanton, wo keine agrarische Massenbewegung vorhanden war, als „Sammelplatz der Revolution“ (Trotzki) bezeichnen, warum aber darf man Wuhan, auf dessen Territorium die Agrarrevolution begann

und sich zu entwickeln anfang, nicht als Zentrum, als „Sammelplatz der revolutionären Bewegung“ ansehen? Wie kann man in einem solchen Falle die Forderung der Opposition erklären, daß die Kommunistische Partei innerhalb der Kuomintang in Wuhan und der Regierung in Wuhan bleibe? War wirklich die Opposition im April 1927 für den Block mit der „konterrevolutionären“ Kuomintang von Wuhan? Woher diese „Vergeßlichkeit“ und Zerstretheit der Opposition?

Die Opposition frohlockt darüber, daß der Block mit der Kuomintang von Wuhan kein langes Leben hatte und behauptet, die Kuomintang habe die chinesischen Kommunisten nicht vor der Möglichkeit des Bankrotts der Kuomintang von Wuhan gewarnt. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß das Frohlocken der Opposition nur ihren politischen Bankrott bezeugt. Die Opposition glaubt offenbar, daß Blocks mit der nationalen Bourgeoisie in kolonialen Ländern von langer Dauer sein müssen. So können aber nur Leute denken, die die letzten Reste von Leninismus verloren haben. Wenn die Feudalen und der Imperialismus in China sich im gegebenen Stadium stärker als die Revolution gezeigt haben, wenn der Druck dieser feindlichen Kräfte zu einer Schwenkung der Kuomintang von Wuhan nach rechts und zu einer zeitweiligen Niederlage der chinesischen Revolution geführt hat, so können darüber nur Leute frohlocken, die von Defaitismus angesteckt sind. Was die Behauptung der Opposition betrifft, daß die Komintern die Kommunistische Partei Chinas nicht vor der Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Kuomintang von Wuhan gewarnt hat, so ist das eine von den üblichen Verleumdungen, an denen das Arsenal der Opposition jetzt so reich ist.

Zur Widerlegung des oppositionellen Klatsches gestatten Sie mir einige Dokumente anzuführen.

In dem ersten Dokument vom Mai 1927 heißt es:

„Das allerwichtigste in der Innenpolitik der Kuomintang ist jetzt die systematische Entfaltung der Agrarrevolution in allen Provinzen, besonders in Guandun, unter der Losung „Die ganze Macht auf dem Lande den Bauernbünden und Bauernkomitees“. Das ist die Grundlage für die Erfolge der Revolution und der Kuomintang.* Das ist die Grundlage für die Schaffung einer breiten, mächtigen, politischen und militärischen Armee in China gegen den Imperialismus und seine Agenten. Praktisch ist die Losung der Konfiskation des Landes vollkommen aktuell für die Provinzen, die von einer starken Agrarbewegung erfaßt worden sind, z. B. für die Provinzen Hunan, Guandun usw. Ohne die Ausgabe dieser Losung ist die Entfaltung der Agrarrevolution unmöglich**

Man muß jetzt an die Organisation von 8 oder 10 Divisionen gehen, die aus revolutionären Bauern und Arbeitern und einem absolut zuverlässigen Kommandostab sich zusammensetzen. Das wird die Garde Wuhans sowohl an den Fronten, als auch im Hinterland für die Entwaffnung unzuverlässiger Truppenteile sein. Diese Aufgabe muß ohne Zögern in Angriff genommen werden.

Die Arbeit im Hinterland und unter den Truppen Tschang Kai-scheks zur Zersetzung seiner Armee muß gesteigert werden, man muß in der Provinz Guandun die aufständischen Bauern unterstützen, wo die Macht der Gutsbesitzer besonders unerträglich ist.“

Das zweite Dokument vom Mai 1927:

„Ohne Agrarrevolution ist ein Sieg unmöglich, ohne die Agrarrevolution wird das ZK der Kuomintang sich in ein klägliches Spielzeug unzuverlässiger Generale verwandeln. Gegen

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

** Von uns gesperrt. J. Stalin.

Exzesse muß der Kampf aufgenommen werden, aber nicht durch Truppen, sondern durch die Bauernbünde. Wir sind entschieden dafür, daß wirklich die Massen das Land ergreifen. Die Befürchtungen für eine Reise Tan Pin-schans haben eine gewisse Grundlage. Man darf sich nicht von der Arbeiter- und Bauernbewegung loslösen, sondern muß sie in jeder Weise unterstützen, „sonst richtet man die Sache der Revolution zugrunde“.

„Einige alte Führer des ZK der Kuomintang haben Angst vor den Ereignissen, schwanken, führen eine opportunistische Politik. Man muß in das ZK der Kuomintang mehr neue Arbeiter- und Bauernführer von unten hereinnehmen. Ihre kühne Stimme wird die alten entschieden machen, oder sie ausschalten. Der jetzige Aufbau der Kuomintang muß geändert werden. Die Spitze der Kuomintang muß unbedingt aufgefrischt und durch neue Führer, die in der Agrarrevolution hochgekommen sind, ergänzt werden. Die Peripherie aber muß erweitert werden durch die Aufnahme von Millionen aus den Arbeiter- und Bauernorganisationen. Ohne das läuft die Kuomintang Gefahr, sich vom Leben zu isolieren und jede Autorität zu verlieren.“

Die Abhängigkeit von unzuverlässigen Generalen muß aufgehoben werden. Mobilisiert, sagen wir, 20 000 Kommunisten, nehmt 50 000 revolutionäre Arbeiter und Bauern aus den Provinzen Hunan, Hupei hinzu, stellt einige neue Armeekorps auf, nutzt die Kursanten der Kommandeurschule aus und organisiert, solange es nicht zu spät ist, euere eigene zuverlässige Armee, sonst werdet ihr keine Garantie haben vor einem Zusammenbruch. Das ist eine schwierige Sache, aber andere Wege gibt es nicht.

Organisiert ein Revolutionstribunal mit bekannten Kuomintang-Leuten (keine Kommunisten) an der Spitze. Bestraft die Offiziere, die mit Tschang Kai-schek in Verbindung stehen oder die Soldaten gegen das Volk, gegen die Arbeiter und Bauern aufhetzen. Man darf es nicht bei bloßem Ueberreden bewenden lassen. Man muß endlich zu handeln anfangen. Man muß die Schurken bestrafen. Wenn die Kuomintang-Leute es nicht lernen werden, revolutionäre Jakobiner zu sein, so werden sie für das Volk und die Revolution verloren sein.“

Sie sehen, daß die Komintern die Ereignisse vorausgesehen hat, daß sie die Gefahren rechtzeitig signalisiert und die chinesischen Kommunisten darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Kuomintang von Wuhan untergehen müsse, wenn die Kuomintang-Leute es nicht verstehen werden, revolutionäre Jakobiner zu werden.

Genosse Kamenew sagte, daß an der Niederlage der chinesischen Revolution die Politik der Komintern schuldig sei, daß wir „die Cavaignacs in China großgezogen haben“. Genossen, so kann über unsere Partei nur ein Mensch reden, der bereit ist, ein Verbrechen gegen unsere Partei zu verüben. So haben die Menschewiki über die Bolschewiki gesprochen in der Periode des Juliaufstandes von 1917, als die russischen Cavaignacs auf die Bildfläche traten. Lenin schrieb in seinem Aufsatz „Zu den Losungen“, daß die Juli-Niederlage ein „Sieg der Cavaignacs“ sei. Die Menschewiki behaupteten wütend, daß an dem Auftreten der russischen Cavaignacs die Politik Lenins schuld sei. Glaubt Genosse Kamenew, daß an dem Auftreten der russischen Cavaignacs in der Periode der Juli-Niederlage von 1917 die Politik Lenins, die Politik unserer Partei schuldig war und nicht irgend etwas anderes? Steht es dem Genossen Kamenew an, in diesem Falle die Herren Menschewiki nachzuäffen? (Lachen.) Ich dachte nicht, daß die Genossen von der

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

Opposition so tief sinken könnten . . . Bekanntlich hat die Revolution von 1905 eine Niederlage erlitten, und zwar war diese Niederlage größer als die jetzige Niederlage der chinesischen Revolution. Die Menschewiki sagten damals, daß an der Niederlage der Revolution von 1905 die extrem-revolutionäre Taktik der Bolschewiki schuld war. Will etwa Genosse Kamenew sich auch hier die menschewistische Auslegung der Geschichte unserer Revolution zum Beispiel nehmen und den Stein gegen die Bolschewiki schleudern? Wodurch kann man die Niederlage der bayrischen Sowjetrepublik erklären? Etwa durch die Politik Lenins, und nicht durch das Kräfteverhältnis der Klassen? Wodurch kann man die Niederlage der ungarischen Räterepublik erklären? Vielleicht durch die Politik der Komintern, und nicht durch das Kräfteverhältnis der Klassen? Wie kann man behaupten, daß die Taktik dieser oder jener Partei das Kräfteverhältnis der Klassen aufheben oder ändern kann? Unsere Politik im Jahre 1905 war richtig, oder nicht? Warum haben wir aber damals eine Niederlage erlitten? Beweisen etwa nicht die Tatsachen, daß bei der Politik der Opposition die Revolution in China schneller eine Niederlage erlitten hätte, als das jetzt geschehen ist? Was soll man von Leuten sagen, die das Kräfteverhältnis der Klassen während der Revolution vergessen und alles ausschließlich durch die Taktik dieser oder jener Partei zu erklären versuchen? Von solchen Leuten kann man nur eins sagen: sie haben vollkommen mit dem Marxismus gebrochen .

Unsere Schlußfolgerungen.

Die Hauptfehler der Opposition sind:

1. Die Opposition versteht nicht den Charakter und die Perspektiven der chinesischen Revolution.
2. Die Opposition sieht nicht den Unterschied zwischen der Revolution in China und der Revolution in Rußland, zwischen der Revolution in den kolonialen und der Revolution in den imperialistischen Ländern.
3. Die Opposition bricht mit der leninistischen Taktik in der Frage des Verhältnisses zur nationalen Bourgeoisie in den kolonialen Ländern während der ersten Etappe der Revolution.
4. Die Opposition versteht nicht die Frage der Teilnahme der Kommunisten an der Kuomintang.
5. Die Opposition verletzt die Grundlagen der leninistischen Taktik in der Frage des Verhältnisses zwischen der Vorhut (der Partei) und der Nachhut (den Millionenmassen der Werktätigen).
6. Die Opposition bricht mit den Resolutionen des 6. und des 7. Plenums der Kommunistischen Internationale.

Die Opposition macht laute Reklame für ihre Politik in der chinesischen Frage und behauptet, daß bei der Anwendung dieser Politik es um die Sache in China besser stünde. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß bei den groben Fehlern der Opposition die Kommunistische Partei Chinas endgültig in eine Sackgasse hineingeraten wäre, wenn sie die antileninistische Abenteuerpolitik der Opposition sich zu eigen gemacht hätte. Wenn die Kommunistische Partei in China in kurzer Zeit aus einer kleinen Gruppe von 2000 Mitgliedern zu einer Massenpartei von 60 000 Mitgliedern geworden ist, wenn es der Kommunistischen Partei Chinas in dieser Zeit gelungen ist, ungefähr 3 Millionen Proletarier innerhalb der Gewerk-

schaften zu organisieren, wenn es der Kommunistischen Partei Chinas gelungen ist, viele Millionen Bauern aus dem Schlaf zu rütteln und Dutzende Millionen von Bauern in die revolutionären Bauernbünde hineinzuziehen, wenn es der Kommunistischen Partei Chinas in dieser Zeit gelungen ist, ganze Regimenter und Divisionen der nationalen Truppen für sich zu gewinnen, wenn es der Kommunistischen Partei Chinas in dieser Zeit gelungen ist, die Idee der Hegemonie des Proletariats aus einem Wunsch zu einer Tatsache zu machen, — wenn es der Kommunistischen Partei Chinas in dieser kurzen Frist gelungen ist, all diese Eroberungen zu machen, so erklärt sich das unter anderem daraus, daß sie den von Lenin vorgezeichneten Weg gegangen ist, einen Weg, den die Komintern gewiesen hat.

Es braucht nichts darüber gesagt zu werden, daß bei der Politik der Opposition, bei ihren Fehlern, bei dem antileninistischen Kurs in den Fragen der kolonialen Revolution all diese Eroberungen der chinesischen Revolution entweder überhaupt nicht möglich, oder aber auf ein Minimum reduziert worden wären.

Daran können nur ultralinke Renegaten oder politische Abenteurer zweifeln.

3. Das Anglo-Russische Einheitskomitee

Die Frage des Anglo-Russischen Komitees. Die Opposition versichert, daß wir angeblich auf die Karte des Anglo-Russischen Komitees gesetzt haben. Das ist nicht wahr, Genossen. Das ist wiederum eine von den Klatschereien, zu denen die bankrotte Opposition so oft ihre Zuflucht nimmt. Die ganze Welt weiß, also muß es auch die Opposition wissen, daß wir unsere Karte nicht auf das Anglo-Russische Komitee setzen, sondern auf die Weltrevolution und auf die Erfolge unseres sozialistischen Aufbaues. Die Opposition betrügt die Partei, wenn sie sagt, daß wir unsere Karte auf das Anglo-Russische Komitee setzen oder gesetzt haben.

Was ist denn das Anglo-Russische Komitee eigentlich? Das Anglo-Russische Komitee ist eine der Formen des Kontaktes der Roten Gewerkschaften, unserer Gewerkschaften mit den englischen Gewerkschaften, den reformistischen, reaktionären Gewerkschaften. Wir führen unsere Arbeit der Revolutionierung der Arbeiterklasse in Europa gegenwärtig durch drei Kanäle: a) durch die Komintern, durch die kommunistischen Sektionen, deren nächste Aufgabe in der Beseitigung der reformistischen politischen Führung innerhalb der Arbeiterbewegung besteht; b) durch die Profintern, durch die revolutionären Minderheiten in den Gewerkschaften, deren nächste Aufgabe in der Ueberwindung der reaktionären Arbeiteraristokratie in den Gewerkschaften besteht; c) durch das Anglo-Russische Einheitskomitee, das eines von den Mitteln ist, daß der Roten Gewerkschaftsinternationale und ihren Sektionen den Kampf für die Zersetzung und Isolierung der Arbeiteraristokratie in den Gewerkschaften erleichtern kann. Die ersten beiden Kanäle sind die grundlegenden und ständigen, sie sind verbindlich für Kommunisten, solange es Klassen und eine Klassengesellschaft gibt. Der dritte Kanal ist nur ein vorübergehender episodischer, deshalb ist dieses Mittel nicht fest, nicht stets zuverlässig, mitunter aber überhaupt nicht zuverlässig. Den dritten Kanal mit den beiden ersten Kanälen gleichsetzen, heißt, gegen die Interessen der Arbeiterklasse, gegen den Kommunismus

handeln. Wie kann man nach alledem noch davon schwätzen, daß wir unsere Karte auf das Anglo-Russische Komitee gesetzt haben?

Als wir das Anglo-Russische Komitee bildeten, wollten wir die offene Verbindung mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen Englands herstellen. Wozu? Erstens, um die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter gegen das Kapital zu erleichtern, oder zumindestens, um den Kampf der reaktionären Führer der Gewerkschaftsbewegung gegen die Herstellung einer solchen Front zu erschweren. Zweitens, um die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiter gegen die Gefahren eines imperialistischen Krieges überhaupt, gegen die Gefahren einer Intervention im besonderen zu erleichtern, oder zumindestens, um den Kampf der reaktionären Führer der Gewerkschaften gegen die Bildung einer solchen Front zu erschweren.

Ist überhaupt die Arbeit der Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften zulässig?

Sie ist nicht nur zulässig, sondern mitunter direkt verbindlich, denn in den reaktionären Gewerkschaften haben wir Millionen von Arbeitern, die Kommunisten aber haben nicht das Recht, darauf zu verzichten, Führer in den Gewerkschaften auszustrecken, den Weg zu den Massen zu finden und sie für den Kommunismus zu erobern. Man werfe einen Blick in das Büchlein Lenins „Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus“ und man wird sehen, daß die leninistische Taktik es den Kommunisten zur Pflicht macht, sich von der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften nicht loszusagen.

Sind überhaupt zeitweilige Abkommen mit reaktionären Gewerkschaften, gewerkschaftliche oder politische Abkommen zulässig?

Sie sind nicht zulässig, sondern mitunter direkt verbindlich. Daß die Gewerkschaften im Westen in den meisten Fällen reaktionär sind, ist jedem bekannt. Aber nicht darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß diese Gewerkschaften Massenorganisationen sind. Es handelt sich darum, daß man durch diese Gewerkschaften, den Weg zu den Massen finden kann. Es kommt nur darauf an, daß solche Abkommen die Freiheit der revolutionären Agitation und der Propaganda der Kommunisten nicht behindern und beschränken. Es kommt darauf an, daß solche Abmachungen die Zersetzung der Reformisten und die Revolutionierung der Arbeitermassen erleichtern, die zunächst noch den reaktionären Führern Gefolgschaft leisten. Unter diesen Verhältnissen sind zeitweilige Abmachungen mit den reaktionären Massengewerkschaften nicht nur zulässig, sondern mitunter direkt verbindlich.

Lenin sagt darüber folgendes:

„Der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus, wenn das ‚reine‘ Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich bunter Uebergangstypen vom Proletariat bis zum Halbproletariat (der zur Hälfte seine Mittel zum Leben durch den Verkauf seiner Arbeitskraft erwirbt), vom Halbproletariat zum Kleinbauern (und dem kleinen Handwerker, Heimarbeiter, dem kleinen Besitzer überhaupt), vom Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre; wenn innerhalb des Proletariats selbst nicht Differenzierungen in mehr oder weniger entwickelte Schichten, Landsmannschaften, gewerkschaftliche, mitunter religiöse Schattierungen usw. vorhanden wären. Aus dem allen ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für dessen bewußten Teil, für die kommunistische Partei — die Notwendigkeit, die absolute Notwendigkeit des Lavierens, des Abschließens von Kompromissen, von Abkommen mit verschiedenen Grup-

pen des Proletariats, mit verschiedenen Parteien von Arbeitern und Kleinbesitzern. Alles kommt darauf an, daß man es versteht, diese Taktik anzuwenden, um das allgemeine Niveau des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Fähigkeit zum Kampf und Sieg zu erhöhen, und nicht herabzusetzen.* (Band 17, Seite 162.)

Ferner heißt es:

„Daß die Hendersons, Clynes, MacDonald, Snowdens hoffnungslos reaktionär sind, ist richtig. Ebenso richtig ist es, daß sie die Macht ergreifen möchten (wobei sie übrigens eine Koalition mit der Bourgeoisie vorziehen), daß sie nach denselben althergebrachten bürgerlichen Regeln ‚regieren‘ wollen, daß sie einmal zur Macht gelangt, sich unbedingt ebenso benehmen werden, wie die Scheidemann und Noske. Das alles stimmt. Doch hieraus folgt keinesfalls, daß ihre Unterstützung ein Verrat an der Revolution ist, sondern daß im Interesse der Revolution die Revolutionäre der Arbeiterklasse diesen Herrschaften eine bestimmte parlamentarische Unterstützung gewähren müssen.“ (Ebenda Seite 168.)

Das Unglück der Opposition besteht eben darin, daß sie diese Hinweise Lenins nicht versteht und anerkennt, daß sie das ultralinke Geschrei über das reaktionäre Wesen der Gewerkschaften der leninistischen Politik vorzieht.

Wird unsere Agitation und Propaganda vom Anglo-Russischen Komitee beengt, kann sie von ihm beengt werden? Nein! Wir haben stets die reaktionäre Politik der Führer der englischen Arbeiterbewegung kritisiert, wir werden es auch weiter tun und die Massen der englischen Arbeiter über den Verrat dieser Führer aufklären. Möge nur die Opposition versuchen, die Tatsache zu widerlegen, daß wir stets offene, rückhaltlose Kritik an der reaktionären Arbeit des Generalrates geübt haben.

Uns wird gesagt, diese Kritik könne dazu führen, daß die Engländer das Anglo-Russische Komitee sprengen werden. Mögen sie das nur tun. Es handelt sich gar nicht darum, ob es zum Bruch kommt oder nicht. Es handelt sich darum, in welcher Frage der Bruch zustande kommt, um welcher Idee willen der Bruch vorgenommen werden wird. Heute geht es um die Kriegsgefahr im allgemeinen, um die Intervention im besonderen. Wenn die Engländer mit uns brechen wollen, so wird die Arbeiterklasse wissen, daß die reaktionären Führer der englischen Arbeiterbewegung es getan haben, weil sie ihrer imperialistischen Regierung bei der Organisation des Krieges keinen Widerstand entgegensetzen wollten. Es kann kaum angezweifelt werden, daß ein unter diesen Verhältnissen von den Engländern vollzogener Bruch die Arbeit der Kommunisten zur Entlarvung des Generalrats erleichtern wird, denn die Kriegsfrage ist heute die Hauptfrage der Gegenwart.

Es ist auch möglich, daß sie sich nicht zum Bruch entschließen werden. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir uns die Freiheit der Kritik gesichert haben, die Freiheit, die reaktionären Führer der englischen Arbeiterbewegung ungehindert zu entlarven, ihre Verräterei und ihren Sozialimperialismus vor den breiten Massen bloßzustellen. Ist das gut für uns? Ich glaube — jedenfalls nicht schlecht.

Genossen, das ist unser Standpunkt in der Frage des Anglo-Russischen Komitees.

* Von uns gesperrt. J. Stalin.

4. Ueber die Kriegsgefahr und die Verteidigung der U S S R

Nun zur Frage des Krieges. Hier muß ich vor allem die absolut falsche und der Wirklichkeit nicht entsprechende Erklärung Sinowjews und Trotzki widerlegen, als ob ich zu der sogenannten Militäropposition auf unserem 8. Parteitag gehört habe. Das ist absolut falsch, Genossen. Das ist ein Tratsch, den die Genossen Sinowjew und Trotzki in ihrer Muße in die Welt gesetzt haben. In meinem Besitz befindet sich das Stenogramm, aus dem klar hervorgeht, daß ich damals zusammen mit Lenin gegen die sogenannte Militäropposition aufgetreten bin. Schließlich sind hier auch Genossen anwesend, die am 8. Parteitag teilgenommen haben, und es bestätigen werden, daß ich damals, auf dem 8. Parteitag, gegen die Militäropposition aufgetreten bin. Ich bin nicht so scharf gegen die Militäropposition aufgetreten, wie das vielleicht Genosse Trotzki gewollt hat, weil ich der Anschauung war, daß es unter den Militäroppositionellen ausgezeichnete Funktionäre gab, ohne die man an der Front nicht auskommen konnte, daß ich aber unbedingt gegen die Militäropposition aufgetreten bin und gegen sie gekämpft habe, ist eine T a t s a c h e, gegen die höchstens abgebrühte Leute, wie die Genossen Sinowjew und Trotzki, streiten können.

Worum wurde damals, auf dem 8. Parteitag, gestritten? Ueber die Notwendigkeit, Schluß zu machen mit dem Freiwilligen- und Partisanenwesen, eine reguläre Arbeiter- und Bauernarmee mit eiserner Disziplin zu schaffen und Militärspezialisten zu dieser Aufgabe mit heranzuziehen. Es lag ein von Anhängern der regulären Armee und der eisernen Disziplin eingebrachter Resolutionsentwurf vor. Für ihn traten Lenin, Sokolnikow, Stalin und andere ein. Dann lag ein anderer Entwurf vor, ein Entwurf von Smirnow, der von den Anhängern der Beibehaltung der Elemente des Partisanenwesens in der Armee eingebracht worden war. Für ihn traten W. Smirnow, Safaroff, Woroschilow, Pjatakow u. a. ein.

Ich führe einen Auszug aus meiner Rede an:

„Alle hier aufgeworfenen Fragen laufen auf eines hinaus: ob es in Rußland eine streng disziplinierte Armee geben soll oder nicht. Darin liegt die ganze Frage. Vor einem halben Jahre oder vor acht Monaten hatten wir nach dem Zerfall der alten zaristischen Armee — eine neue freiwillige, schlecht organisierte Armee, mit einer kollektiven Führung und einem kollektiven Oberbefehl, eine Armee, die keine Befehle anerkannte. Das war die Periode, als die Offensive der Entente in mehr oder weniger klaren Umrissen sich bemerkbar machte. Diese Armee bestand in der Hauptsache, wenn nicht ausschließlich, aus Arbeitern. Infolge des Mangels an Disziplin, infolge des schlechten Aufbaus dieser Freiwilligenarmee, infolge der Nichtausführung der Befehle und infolge der Desorganisation der Armeeführung erlitten wir Niederlagen, und es kam so weit, daß man uns Kasan wegnahm und Krasnow vom Süden her den Vormarsch antrat... Die Tatsachen zeigten, daß die Freiwilligenarmee eine schlecht organisierte und schlecht disziplinierte Armee ist, die keiner Kritik standhält und daß wir, die Sowjetrepublik, nicht imstande sein werden, unsere Republik zu verteidigen, wenn wir nicht eine andere Armee schaffen werden, eine reguläre, vom Geiste der Disziplin durchdrungene Armee mit einer gut organisierten politischen Abteilung, eine Armee, die imstande und in der Lage ist, auf den ersten Befehl hin sich auf die Beine zu machen und gegen den Feind zu marschieren.“

„... Die Frage dreht sich darum, wie man jene bewußte Disziplin, die wir, ganz gleich, ob sie nun schlecht oder gut war, in der Periode des Freiwilligenwesens hatten, bewußt durch eine eiserne Disziplin ergänzen kann. Ich muß sagen, daß jene nicht zum Arbeiterstande gehörigen Elemente, aus denen sich die Mehrheit unserer

Armee zusammensetzt — die Bauern —, sich nicht für den Sozialismus schlagen werden. Freiwillig werden sie sich nicht schlagen. Eine ganze Reihe von Tatsachen an allen Fronten weist darauf hin. Eine ganze Reihe von Rebellionen im Hinterlande und an den Fronten, eine ganze Reihe von Ausschreitungen an den Fronten zeigt, daß sich die nichtproletarischen Elemente, die die Mehrheit unserer Armee bilden, nicht freiwillig für den Kommunismus schlagen wollen. Daher unsere Aufgabe — diese Elemente zum Kampfe zu zwingen, sie zu zwingen, sich hinter das Proletariat nicht nur im Hinterland, sondern auch an den Fronten zu stellen, sie zum Kampfe gegen den Imperialismus zu zwingen und im Verlauf dieser Sammlung der bewaffneten Bauernschaft um das Proletariat den Aufbau einer wirklichen regulären Armee zu vollziehen, die allein imstande ist, das Land zu verteidigen. So steht die Frage.“

„... Entweder werden wir eine wirkliche Arbeiter- und Bauernarmee, eine vorwiegend aus Bauern bestehende streng disziplinierte Armee schaffen und die Republik verteidigen, oder wir werden untergehen.“

„... Der von Genossen Smirnow vorgelegte Entwurf versucht alles, in versteckter Form allerdings, und nicht sehr klar, wenn auch für mich sehr klar, um die Disziplin zu untergraben, den Bauernelementen eine Erleichterung zu geben und zu verhindern, daß sie zu einer einheitlichen disziplinierten Masse zusammengeschmiedet werden.

Das, Genossen, sind die Tatsachen.

Sie sehen, daß die Genossen Trotzki und Sinowjew wiederum Klatsch in Umgang gebracht haben.

Ferner hat Gen. Kamenew hier behauptet, daß wir in der letzten Periode, in den letzten zwei Jahren, das moralische Kapital, das wir früher auf internationalem Gebiet hatten, vertan haben. Ist das richtig? Natürlich nicht. Und zwar absolut nicht richtig. Welche Bevölkerungsschichten Genosse Kamenew im Auge hat und unter welchen Bevölkerungsschichten des Ostens und des Westens wir an Einfluß verloren bzw. gewonnen haben — hat Genosse Kamenew nicht gesagt. Dabei ist aber für uns Marxisten gerade diese Frage entscheidend. Nehmen wir z. B. China. Kann man sagen, daß wir unser moralisches Kapital unter den chinesischen Arbeitern und Bauern eingebüßt haben? Es ist klar, daß man das nicht sagen kann. Bis in die letzte Zeit hinein wußten die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas wenig von uns. Bis in die letzte Zeit hinein war die Autorität der USSR beschränkt auf einen engen Kreis der Spitzen der chinesischen Gesellschaft, einen engen Kreis von liberaler Intelligenz aus der Kuomintang, von Führern wie Feng,, Kantoner Generalen usw. Jetzt hat sich das von Grund auf geändert. Jetzt genießt die USSR. eine Autorität in den Augen der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas, um die uns eine jede Macht, eine jede politische Partei der Welt beneiden kann. Dafür aber ist die Autorität der USSR in den Augen der liberalen Intelligenz Chinas, aller möglichen Generale usw. erheblich geringer geworden, und viele von ihnen beginnen sogar, den Kampf gegen die USSR zu führen. Aber was ist daran überraschend und schlecht? Kann man etwa von der USSR, von der Sowjetmacht, von unserer Partei verlangen, daß unser Land moralische Autorität in allen Schichten der chinesischen Gesellschaft besitzen soll? Wer außer hohlköpfigen Liberalen, kann das von unserer Partei, von der Sowjetmacht verlangen? Was ist für uns besser? Ist es besser, wenn wir Autorität unter der liberalen Intelligenz und allen möglichen reaktionären Generalen Chinas oder wenn wir Autorität unter den Millionenmassen der Arbeiter und Bauern Chinas besitzen? Was ist entscheidend vom Standpunkt unserer internationalen Lage und vom Standpunkt der Entwicklung der Revolution in der ganzen Welt: das Wachstum der Autorität der USSR unter den

Millionenmassen der Werktätigen bei unzweifelhaftem Rückgang der Autorität der USSR unter den liberal-reaktionären Kreisen der chinesischen Gesellschaft, oder der Autorität unter diesen liberal-reaktionären Kreisen, bei Abnahme des moralischen Gewichtes in den breiten Massen der Bevölkerung? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, daß Genosse Kamenew hier glatt vorbeigehauen hat . . . Und wie steht es im Westen? Kann man sagen, daß wir das moralische Kapital bei den proletarischen Schichten des Westens vertan haben? Es ist klar, daß man das nicht sagen kann. Wovon zeugen z. B. die letzten Aktionen des Proletariats in Wien, der Generalstreik und der Kohlenstreik in England, die Demonstrationen vieler Tausender Arbeiter für die USSR in Deutschland und in Frankreich? Zeugen sie davon, daß das moralische Gewicht der proletarischen Diktatur in den Augen der Millionenmassen der Arbeiterklasse abnimmt? Natürlich nicht. Im Gegenteil, sie zeugen davon, daß das moralische Gewicht der USSR, unter den Arbeitern des Westens zunimmt und größer wird, daß die Arbeiter im Westen beginnen, sich gegen ihre Bourgeoisie „auf russisch“ zu schlagen. Es steht außer Zweifel, daß unter gewissen Schichten der pazifistischen und liberal-reaktionären Bourgeoisie, namentlich im Zusammenhang mit der Erschießung der 20 „edlen“ Terroristen und Brandstifter eine Feindschaft gegen die USSR aufkeimt. Aber liegt dem Genossen Kamenew wirklich mehr an der Meinung der liberalen reaktionären pazifistischen Kreise der Bourgeoisie als an der Meinung der vielen Millionen der proletarischen Massen des Westens? Wer wagt es, die Tatsache zu leugnen; daß die Erschießung der 20 „Edlen“ die stärkste Zustimmung sowohl bei den Millionenmassen der Arbeiter in der USSR als auch im Westen gefunden hat? „Das geschieht den Hunden recht!“ — so haben die Arbeiterviertel die Erschießung der 20 „Edlen“ aufgenommen. Ich weiß, daß es bei uns eine gewisse Sorte von Leuten gibt, die behaupten, daß wir um so besser fahren werden, je ruhiger wir uns verhalten. Sie, diese Leute, sagen uns: „Die Sache stand gut um die USSR, als England die Beziehungen mit der USSR abbrach, noch besser stand die Sache um die USSR, als Wojkow ermordet wurde; aber die Sache wurde schlecht für die USSR, als wir die Zähne zeigten und als Antwort auf die Ermordung Wojkows 20 konterrevolutionäre „Edle“ erschossen. Bis zur Erschießung der 20 hatte man in Europa Mitleid mit uns und sympathisierte mit uns. Nach der Erschießung aber kam es umgekehrt, die Sympathie hörte auf, und man begann uns zu beschuldigen, daß wir keine so braven Jungens sind, wie uns die öffentliche Meinung Europas gerne hätte haben wollen. Was soll man von dieser reaktionären liberalen Philosophie sagen? Man kann über sie nur das eine sagen, daß die ihre Urheber die USSR zahlos und entwaffnet sehen möchten, wie sie vor den Feinden hinfällt und vor ihnen kapituliert. Eine Zeitlang wurde Belgien auf den Etiketten der Zigarettenschachteln häufig als „verblutendes“ Land dargestellt. Warum — meinen diese Leute — soll nicht die USSR als „verblutendes“ Land dastehen — alle würden mit ihm sympathisieren. . . . Nein Genossen, damit sind wir nicht einverstanden. Mögen sich alle diese liberal-pazifistischen Philosophen mit ihrer „Sympathie“ für die USSR lieber zu allen Teufeln scheren! Wenn wir nur die Sympathie der Millionenmassen der Werktätigen haben — alles weitere

kommt von selbst. Und wenn es notwendig sein sollte, daß irgend jemand blutig geschlagen werden und verbluten soll, so werden wir alle unsere Kräfte aufbieten, damit das nicht mit der USSR, sondern mit irgendeinem kapitalistischen Lande geschehe.

Die Frage der Unvermeidlichkeit des Krieges. Genosse Sinowjew hat sich hier krank geredet und behauptet, daß in den Thesen Bucharins von der „Wahrscheinlichkeit“ und der „Unvermeidlichkeit“ des Krieges, nicht aber von seiner unbedingten Unvermeidlichkeit die Rede sei. Er versicherte, daß eine solche Formulierung die Partei verwirren könne. Ich habe mir den Artikel des Genossen Sinowjew „Die Umriss des kommenden Krieges“ vorgenommen und habe ihn durchgelesen. Und was hat sich dabei herausgestellt? Es hat sich herausgestellt, daß in dem Artikel Sinowjews buchstäblich kein einziges Wort davon steht, daß der Krieg un v e r m e i d l i c h geworden ist. In dem Artikel Sinowjews ist die Rede von der M ö g l i c h k e i t eines neuen Krieges. Es gibt dort ein ganzes Kapitel, das den Nachweis führt, daß der Krieg m ö g l i c h ist. Dieses Kapitel schließt mit dem Satz „Das ist der Grund, warum es für Bolschewiki, für Leninisten gesetzmäßig und notwendig ist, gegenwärtig an die Möglichkeit eines neuen Krieges zu denken“. (Allgemeines Gelächter.) Genossen, sehen Sie, er gebraucht also die Wendung: „an die Möglichkeit eines neuen Krieges zu denken“. In dem Artikel Sinowjews ist an einer Stelle die Rede davon, daß der Krieg unvermeidlich „wird“. Aber es ist dort kein einziges, buchstäblich kein einziges Wort darüber gesagt worden, daß der Krieg bereits unvermeidlich geworden ist. Und dieser Mensch hat — wie soll ich mich wohl da milder ausdrücken — den Mut, gegen die Thesen des Genossen Bucharin Beschuldigungen zu erheben, weil sie davon sprechen, daß der Krieg wahrscheinlich und unvermeidlich geworden ist. Was heißt es, wenn man jetzt von der „Möglichkeit“ des Krieges spricht? Das heißt, daß man uns mindestens um sieben Jahre zurückwerfen will, denn noch vor sieben Jahren hat Lenin gesagt, daß der Krieg zwischen der USSR und der kapitalistischen Welt möglich ist. Verlohte es sich dem Genossen Sinowjew „olle Kamellen“ wiederzukäuen und seinen Marsch nach rückwärts für etwas Neues auszugeben? Was heißt es, wenn man jetzt davon spricht, daß der Krieg unvermeidlich wird? Das heißt, daß man uns mindestens um vier Jahre zurückwerfen will, denn wir haben noch in der Periode des Curzonschen Ultimatums gesagt, daß der Krieg unvermeidlich wird. Wie konnte es geschehen, daß Genosse Sinowjew, der gestern erst einen so verworrenen und absolut ungereimten Artikel über den Krieg schrieb, in dem kein einziges Wort davon steht, daß der Krieg unvermeidlich geworden ist — wie konnte es geschehen, daß sich dieser Mensch entschließt zu einem Angriff gegen die klaren und bestimmten Thesen des Genossen Bucharin über die Unvermeidlichkeit des Krieges? Das konnte deshalb geschehen, weil Genosse Sinowjew vergaß, was er gestern geschrieben hat. Es handelt sich darum, daß Genosse Sinowjew zur Zahl jener glücklichen Leute gehört, die schreiben, um am anderen Tage schon das Geschriebene zu vergessen. (Gelächter.) Sinowjew behauptete hier, daß Tschitscherin Bucharin dazu „gedrängt“ haben soll, seine Thesen im Geiste der Wahrscheinlichkeit und Unvermeidlichkeit des Krieges abzufassen. Ich frage: Wer hat den Genossen Sinowjew

„gedrängt“, jetzt, wo der Krieg bereits unvermeidlich geworden ist, einen Artikel über die Möglichkeit eines Krieges abzufassen? (Gelächter.)

Die Frage der Stabilisierung. Genosse Sinowjew ist hier über die Thesen Bucharins hergefallen und hat versichert, daß die Thesen in der Frage der Stabilisierung von der Linie der Komintern abweichen. Das ist natürlich Unsinn. Damit hat Genosse Sinowjew lediglich seine völlige Unwissenheit in der Frage der Stabilisierung, in der Frage des Weltkapitalismus gezeigt. Genosse Sinowjew glaubt, wenn einmal die Stabilisierung gegeben ist, so sei die Sache der Revolution verloren. Er versteht nicht, daß die Krise des Kapitalismus und die Vorbereitung seines Unterganges aus der Stabilisierung hervorzurufen. Ist es etwa nicht eine Tatsache, daß der Kapitalismus in der letzten Zeit seine Technik vervollkommnet und rationalisiert hat, daß er ungeheure Warenmassen produziert hat, die zu realisieren keine Möglichkeit besteht? Ist es etwa nicht eine Tatsache, daß die kapitalistischen Regierungen immer faschistischer werden, gegen die Arbeiterklasse offensiv vorgehen und vorübergehend ihre Positionen festigen? Folgt aus diesen Tatsachen, daß die Stabilisierung fest geworden ist? Natürlich nicht. Gerade diese Tatsachen führen zur Verschärfung jener Krise des Weltkapitalismus, die unvergleichlich tiefer ist, als die Krise vor dem letzten imperialistischen Krieg. Gerade die Tatsache, daß die kapitalistischen Regierungen faschistisch werden, gerade diese Tatsache führt zur Verschärfung der inneren Lage in den kapitalistischen Ländern und zu revolutionären Aktionen der Arbeiter (Wien, England). Gerade die Tatsache, daß der Kapitalismus die Technik rationalisiert und eine ungeheure Warenmasse produziert, die der Markt nicht aufzusaugen vermag, gerade diese Tatsache führt zur Verschärfung des Kampfes der Imperialisten untereinander um die Absatzmärkte, um die Kapitalausfuhrmärkte, führt zur Entstehung der Voraussetzung eines neuen Krieges und zur Neuaufteilung der Welt. Ist es etwa schwer zu verstehen, daß das ungeheure Anwachsen der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus bei begrenzter Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und der Stabilisierung der „Einflußsphären“ den Kampf um die Märkte verschärft und die Krise des Kapitalismus vertieft? Der Kapitalismus könnte diese Krise lösen, wenn er den Arbeitslohn um ein Vielfaches erhöhen, die materielle Lage der Bauernschaft ernsthaft verbessern und auf diese Weise die Kaufkraft der Millionenmassen der Werktätigen und die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes steigern könnte. Aber dann wäre der Kapitalismus kein Kapitalismus. Eben, weil der Kapitalismus das nicht tun kann, eben, weil der Kapitalismus seine „Einkünfte“ nicht für die Hebung des Wohlstandes der Mehrheit der Werktätigen verwendet, sondern für die Verschärfung ihrer Ausbeutung und für die Ausfuhr von Kapital in weniger entwickelte Länder, um noch größere „Einkünfte“ zu erzielen — eben darum erzeugt der Kampf um die Absatzmärkte und der Kampf um die Kapitalausfuhrmärkte einen verzweifelten Kampf um eine Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären, einen Kampf, der den neuen imperialistischen Krieg bereits unvermeidlich gemacht hat. Warum schielen gewisse imperialistische Kreise auf die USSR, und organisieren eine Einheitsfront gegen die USSR? Weil die USSR einen riesigen Absatzmarkt und ein riesiges Anlagefeld für die Kapitalausfuhr darstellt. Warum intervenieren die gleichen imperialistischen Kreise in China? Weil China ein riesiger Absatzmarkt und ein riesiges

Anlagefeld für die Kapitalausfuhr ist, usw. usw. Hier haben wir den Grund für die Unvermeidlichkeit des neuen Krieges, ganz gleich, ob dieser zwischen den einzelnen imperialistischen Koalitionen oder gegen die USSR entbrennen wird.

Das Unglück der Opposition besteht darin, daß sie diese einfachen elementaren Dinge nicht begreift.

Die Frage der Verteidigung unseres Landes. Nun gestatten Sie mir, auf die letzte Frage einzugehen, auf die Frage, was unsere Opposition zur Verteidigung der USSR zu tun gedenkt.

Genossen, der revolutionäre Charakter dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Strömung, dieser oder jener Partei wird nicht durch Erklärungen oder Deklarationen, die von ihnen eingebracht werden, erprobt. Der revolutionäre Charakter wird durch die Tat erprobt, durch die Praxis und die praktischen Pläne dieser oder jener Gruppe, dieser oder jener Strömung, dieser oder jener Partei. Man kann den Erklärungen und Deklarationen — auch wenn sie noch so effektiv sind — keinen Glauben schenken, wenn sie nicht durch Taten bekräftigt und praktisch verwirklicht werden. Es gibt eine Frage, die eine Scheidelinie zwischen allen möglichen Gruppen, Strömungen und Parteien zieht und zum Prüfstein ihres revolutionären oder anti-revolutionären Charakters wird. Diese Frage ist jetzt die Frage der Verteidigung der USSR, die Frage der bedingungslosen und vorbehaltlosen Verteidigung der USSR gegen Ueberfälle des Imperialismus. Ein **Revolutionär** ist, wer ohne Vorbehalte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimkonferenzen bereit ist, die USSR zu verteidigen und für sie einzutreten, denn die USSR ist der erste proletarische revolutionäre Staat der Welt, der den Sozialismus aufbaut. Ein **Internationalist** ist, wer ohne Vorbehalte, ohne Schwankungen und Bedingungen bereit ist, die USSR zu verteidigen, weil die USSR die Basis der Weltrevolution ist, weil es unmöglich ist, die Weltrevolution zu verteidigen und vorwärtszutreiben, ohne die USSR zu verteidigen. Wer aber glaubt, die Weltrevolution ohne und gegen die USSR verteidigen zu können, geht gegen die Weltrevolution, gerät unvermeidlich in das Lager der Feinde der Weltrevolution. Angesichts der Kriegsfahr sind jetzt zwei Lager entstanden, haben sich zwei Standpunkte herausgebildet: der Standpunkt der bedingungslosen Verteidigung der USSR und der Standpunkt des Kampfes gegen die USSR. Hier muß man wählen, denn es gibt keinen dritten Standpunkt und kann auch keinen geben. Neutralität in dieser Frage, Schwankungen und Vorbehalte machen oder nach einem dritten Standpunkt suchen — das heißt, sich der Verantwortung entziehen, sich vor der bedingungslosen Verteidigung der USSR drücken und im verantwortungsvollsten Moment der Verteidigung der USSR nicht auf seinem Posten sein. Was aber bedeutet es, sich der Verantwortung zu entziehen? Das bedeutet, daß man unmerklich in das Lager der Gegner der USSR hineingleitet.

So steht jetzt die Frage .

Wie steht es nun mit der Opposition vom Standpunkt der Verteidigung der USSR?

Gestatten Sie mir, da wir nun doch einmal dabei sind, mich auf das bekannte Schreiben des Genossen Trotzki an die ZKK zu berufen, um Ihnen

jene Verteidigungstheorie und Verteidigungsparole vorzudemonstrieren, die Genosse Trotzki für den Fall eines Krieges gegen die USSR auf Lager hält. Ein Zitat aus diesem Schreiben hat bereits Genosse Molotow in seiner Rede angeführt, aber er hat nicht das ganze Zitat gebracht. Gestatten Sie mir, daß ich es ganz anführe.

Genosse Trotzki versteht unter Defaitismus und Landesverteidigung folgendes:

„Was ist Defaitismus? Eine Politik, die darauf abzielt, die Niederlage des „eigenen“, in den Händen einer feindlichen Klasse befindlichen Staates herbeizuführen helfen. Jede andere Auffassung und Auslegung des Defaitismus ist eine Fälschung. Wenn also z. B. jemand sagt, daß die politische Linie unwissender und gewissenloser Faselhänse wie ein Kehrlichthaufen gerade im Interesse des Sieges des Arbeiterstaates weggelegt werden muß, so wird er dadurch noch keineswegs ein „Defaitist“. Im Gegenteil. Unter den gegebenen konkreten Verhältnissen ist er gerade der wahre Träger der revolutionären Landesverteidigung: mit einem ideologischen Kehrlichthaufen kann man nicht siegen.

Beispiele, und zwar überaus lehrreiche Beispiele, könnte man aus der Geschichte anderer Klassen anführen. Ich will nur eins herausgreifen. Die französische Bourgeoisie hatte bei Ausbruch des imperialistischen Krieges an ihrer Spitze eine Regierung ohne Steuer und ohne Segel. Die Gruppe Clemenceau stand zu dieser Regierung in Opposition. Trotz des Krieges und der Kriegszensur, trotzdem sogar die Deutschen 80 km vor Paris standen (Clemenceau sagte: „Gerade deshalb“), führte er einen wütenden Kampf gegen die kleinbürgerliche Halbheit und Unentschlossenheit — für imperialistische Brutalität und Schonungslosigkeit. Clemenceau hat seine Klasse, die Bourgeoisie, nicht verraten: im Gegenteil, er diente ihr treuer, fester, entschlossener und klüger als Viviani, Painlevé und Co. Der weitere Verlauf der Dinge hat das gezeigt. Die Gruppe Clemenceau kam zur Macht und sicherte der französischen Bourgeoisie durch eine konsequentere und räuberische imperialistische Politik den Sieg. Fanden sich nun französische Zeitungsmenschen, die die Gruppe Clemenceau als — Defaitisten bezeichneten? Wahrscheinlich: Esel und Verleumder treiben sich im Troß aller Klassen herum. Aber sie haben nicht immer die Möglichkeit, eine gleich bedeutende Rolle zu spielen.“ (Aus dem Schreiben des Genossen Trotzki an den Genossen Ordschonikidse vom 11. Juli 1927.)

Da haben Sie, — mit Verlaub zu sagen — die Theorie des Genossen Trotzki über die Verteidigung der USSR.

„Kleinbürgerliche Halbheit und Unentschlossenheit“ — das haben wir offenbar bei der Mehrheit unserer Partei, der Mehrheit unseres ZK und der Mehrheit unserer Regierung. Clemenceau — das ist Genosse Trotzki und seine Gruppe (Lachen). Wenn der Feind 80 Werst vor den Mauern des Kreml stehen wird, so wird also dieser neugebackene Clemenceau, dieser Operetten-Clemenceau, versuchen, zuerst die jetzige Mehrheit zu stürzen, gerade, weil der Feind 80 Werst vor dem Kreml steht und wird sich dann an die Verteidigung machen. Und wenn unserem Operetten-Clemenceau das gelingen wird, dann werden wir also eine wirkliche und bedingungslose Verteidigung der USSR bekommen. Um aber das zu tun, wird Genosse Trotzki, d. h. Clemenceau, vorher versuchen, diesen „Kehrlichthaufen im Interesse des Sieges des Arbeiterstaates auszufegen“. Was ist das aber für ein „Kehrlichthaufen“? Das ist offenbar die Mehrheit der Partei, die Mehrheit des ZK und die Mehrheit der Regierung. Wenn also der Feind 80 Werst vor dem Kreml stehen wird, so wird sich offenbar dieser Operetten-Clemenceau nicht mit der Verteidigung der USSR befassen, sondern mit dem Sturz der jetzigen Mehrheit der Partei. Und das nennt er Verteidigung. Natürlich

mutet es ein wenig komisch an, wenn diese kleine Don-Quichotte-Gruppe, die im Laufe von vier Monaten kaum etwas über 1000 Stimmen aufgebracht hat, sich eine Vorstellung von der jämmerlichen Lage der Gruppe Trotzki machen, wenn sie bedenken, daß diese Gruppe, obwohl sie vier Monate im Schweiß ihres Angesichts arbeitete, kaum 1000 Unterschriften aufzubringen vermochte. Ich glaube, daß jede beliebige Gruppe von Oppositionellen einige tausend Unterschriften zusammenbringen kann, wenn sie die Dinge richtig anfaßt. Ich wiederhole: es ist lächerlich, wenn diese kleine Gruppe, deren Führer zahlreicher sind als ihre Armee (Gelächter), die vier Monate gearbeitet und kaum 1000 Unterschriften aufgebracht hat — wenn diese Gruppe der Millionenpartei droht: „Ich werde Dich ausfegen“. (Gelächter.) Wie will denn die kleine fraktionelle Gruppe es fertig bringen, die Millionenpartei „auszufegen“? Glauben die Genossen von der Opposition, daß die jetzige Mehrheit der Partei, die Mehrheit des ZK zufällig zustande gekommen ist, daß sie in der Partei und in der Arbeiterklasse keine Wurzeln hat und sich freiwillig durch einen Operetten-Clemenceau „ausfegen“ lassen wird? Nein, diese Mehrheit ist nicht zufällig zustande gekommen, sie ist eine durch lange Jahre, durch die Entwicklung unserer Partei zustande gekommene Auslese, sie ist im Feuer des Kampfes, während der Oktoberrevolution, nach der Oktoberrevolution, während des Bürgerkrieges und während des sozialistischen Aufbaues, erprobt worden. Um eine solche Mehrheit „auszufegen“ muß man einen Bürgerkrieg in der Partei anfangen. Und Genosse Trotzki denkt den Bürgerkrieg in der Partei zu eröffnen, in dem Moment, wo der Feind 80 Werst vor dem Kreml stehen wird. Ich glaube, weiter kann man schon nicht gehen . . . Und wie steht es mit den jetzigen Führern der Opposition? Sind sie etwa nicht „erprobt“ worden? Ist es etwa ein Zufall, daß sie, die eine Zeitlang auf den wichtigsten Posten unserer Partei standen, später absplitterten? Brauchen wir noch zu beweisen, daß das kein Zufall ist? Und Genosse Trotzki will nun mit Hilfe einer kleinen Gruppe, die die Plattform der Opposition unterschrieben hat, das Rad der Geschichte unserer Partei zurückdrehen, in einem Moment, wo der Feind 80 Kilometer vor dem Kreml stehen wird. Beiläufig bemerkt, soll ein Teil der Genossen die Plattform der Opposition deshalb unterschrieben haben, weil er glaubte, wenn man diese Sache unterschreibt — so kommt man nicht an die Front (Gelächter.) Nein, Genosse Trotzki, es wäre doch besser für Sie, nicht vom „Ausfegen des Kehrrichthaufens“ zu reden. Es wäre besser, nicht darüber zu reden, denn diese Worte können leicht anstecken. Wenn sich die Mehrheit durch Sie und Ihre Methode des „Ausfegens des Kehrrichthaufens“ anstecken ließe, so wüßte ich nicht, ob das für die Opposition gut wäre. Es ist ja doch nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit des ZK von dem Wort „Ausfegen“ angesteckt werden kann und irgendjemand „ausfegen“ wird. Nicht immer sind Reden über „Ausfegen“ angebracht und ungefährlich, da sie die Mehrheit unseres ZK anstecken können. Und wenn es dem Genossen Trotzki einfallen sollte, mit dem Besen gegen unsere Partei und ihre Mehrheit vorzugehen, was könnte dann noch Ueberraschendes daran sein, wenn die Partei diesen Besen umdrehen und ihn gegen die Opposition richten wird?

Jetzt wissen wir, was die Opposition zur Verteidigung der USSR zu unternehmen gedenkt. Die halbdefaitistische Theorie des Genossen Trotzki über

Clemenceau, die von der ganzen Opposition unterstützt wird, sagt uns das mit hinreichender Deutlichkeit.

Daraus folgt also, daß man vor allem ein Clemenceau-Experiment vornehmen muß, um die Verteidigung der USSR zu organisieren.

Das ist sozusagen der erste Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der USSR.

Der zweite Schritt zur Verteidigung der USSR besteht offenbar darin, daß man unsere Partei als eine zentristische Partei erklärt. Die Tatsache, daß unsere Partei den Kampf sowohl gegen die linke Abweichung vom Kommunismus (Trotzki-Sinowjew) als auch gegen die rechte Abweichung vom Kommunismus (Smirnow-Sapronow) führt, diese Tatsache wird von unserer unwissenden Opposition als Zentrismus eingeschätzt. Diese Sonderlinge haben offenbar vergessen, daß wir durch den Kampf gegen beide Abweichungen lediglich das Vermächtnis Lenins erfüllen, der bedingungslos einen entschiedenen Kampf sowohl gegen das „linke Doktrinärwesen“, als auch gegen den „rechten Opportunismus“ forderte. Die Führer der Opposition haben mit dem Leninismus gebrochen und das Vermächtnis Lenins vergessen. Die Führer der Opposition wollen nicht zugeben, daß ihr Block, daß der Oppositionsblock ein Block linker und rechter Abweichungen vom Kommunismus ist. Sie wollen nicht zugeben, daß ihr jetziger Block eine Erneuerung des bekannten August-Blocks traurigen Andenkens ist, den Genosse Trotzki begründet hat. Sie wollen nicht begreifen, daß gerade dieser Block die Gefahr der Entartung in sich birgt. Sie wollen nicht zugeben, daß der Zusammenschluß der Ultralinken vom Schlage der abgefemten Schurken und Konterrevolutionäre Maslow und Ruth Fischer, sowie der Vertreter der georgischen nationalistischen Abweichung in einem Lager die allerübelste Kopie des liquidatorischen August-Blockes ist.

Um also die Verteidigung zu organisieren, muß man offenbar unsere Partei als zentristisch erklären und versuchen, ihr den Zauber zu nehmen, den sie in den Augen der Arbeiter hat.

Das ist sozusagen der zweite Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der USSR.

Der dritte Schritt zur Verteidigung der USSR besteht offenbar darin, daß man unsere Partei als nicht bestehend erklärt und sie als eine „Fraktion Stalins“ hinstellt. Was wollen die Oppositionellen damit sagen? Sie wollen damit sagen, daß es keine Partei gibt, sondern nur eine Fraktion Stalins. Sie wollen damit sagen, daß die Beschlüsse der Partei für sie nicht bindend sind und daß sie diese Beschlüsse stets und unter beliebigen Umständen durchbrechen können. Sie wollen sich dadurch den Kampf gegen unsere Partei erleichtern. Sie haben gewiß diese Waffe dem Arsenal des menschewistischen „Sozialistitscheski Westnik“ und der bürgerlichen Zeitung „Rulj“ entnommen. Allerdings ist es eines Kommunisten nicht würdig, Waffen bei den Menschewiki und den bürgerlichen Konterrevolutionären zu nehmen. Aber was geht das sie an? Der Opposition sind alle Mittel recht, wenn nur der Kampf gegen die Partei geführt wird.

Also, um die Verteidigung der USSR vorzubereiten, muß offenbar die Partei, jene Partei, ohne die jedwede Verteidigung überhaupt undenkbar ist, als nicht bestehend erklärt werden.

Das ist sozusagen der dritte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der USSR.

Der vierte Schritt zur Verteidigung der USSR besteht offenbar darin, die Komintern zu spalten, eine neue Partei in Deutschland unter Führung der geriebenen Schufte und Konterrevolutionäre Ruth Fischer und Maslow zu organisieren und auf diese Weise die Unterstützung der USSR durch das westeuropäische Proletariat zu erschweren.

Also, um die Verteidigung der USSR vorzubereiten, muß man offenbar die Komintern spalten.

Das ist sozusagen der vierte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der USSR.

Der fünfte Schritt zur Verteidigung der USSR besteht offenbar darin, daß man unserer Partei Thermidortendenzen zuschreibt, sie spaltet und eine neue Partei aufzubauen anfängt. Denn, wenn wir keine Partei haben, wenn eine Fraktion Stalins besteht, deren Beschlüsse für die Parteimitglieder nicht bindend sind, wenn diese Fraktion eine Thermidorfraktion ist, obwohl es von Dummheit und Unwissenheit zeugt, wenn man vom Thermidorianertum unserer Partei spricht — was bleibt dann noch übrig?

Also, um die Verteidigung der USSR zu organisieren, muß man offenbar unsere Partei spalten und mit der Organisation einer neuen Partei anfangen.

Das ist sozusagen der fünfte Schritt der Opposition zur „bedingungslosen“ Verteidigung der USSR.

Da haben Sie die fünf wichtigsten Maßnahmen der Opposition zur Verteidigung der USSR.

Bedarf es noch eines Beweises, daß alle diese Maßnahmen der Opposition nichts gemein haben mit der Verteidigung unseres Landes, mit der Verteidigung des Herdes der Weltrevolution?

Und diese Leute wollen, daß wir ihre halbdefaitistischen und halbmenschwistischen Artikel in unserer Parteipresse drucken. Ja, für wen halten Sie uns denn eigentlich? Besteht etwa bei uns schon eine Pressefreiheit „von den Anarchisten bis zu den Monarchisten?“ Das gibt es bei uns nicht und wird es nicht geben! Warum drucken wir keine menschwistischen Artikel ab? Weil es bei uns für antileninistische Strömungen „von den Anarchisten bis zu den Monarchisten“ keine Pressefreiheit gibt.

Was wollen die Oppositionellen mit ihrer Forderung nach Veröffentlichung ihrer halbmenschwistischen, halbdefaitistischen Artikel? Sie wollen ein Hintertürchen öffnen für die Pressefreiheit und sehen dabei nicht, daß sie damit die sowjetfeindlichen Elemente beleben, ihren Druck gegen die Diktatur des Proletariats verstärken und eine Bahn öffnen für die bürgerliche Demokratie. Sie wollen in e i n e n Gang, geraten aber in einen anderen.

Da haben sie das, was Herr Dan über die Opposition schreibt:

„Die russischen Sozialdemokraten würden aufs heißeste eine solche Legalisierung der Opposition begrüßen, obwohl sie nichts gemein haben mit ihrem positiven Programm. Sie würden die Legalität des politischen Kampfes, die offene Selbstliquidierung der Diktatur und den Uebergang zu neuen politischen Formen begrüßen, die die Bahn frei machen für eine breite Arbeiterbewegung.“ („Sozialistischeski Westnik“, Nr. 13, Juli 1927.)

„Die offene Selbstliquidierung der Diktatur“ — das ist es, was die Feinde

der USSR von euch erwarten. Dahin führt eure Politik, Genossen der Opposition.

Genossen, vor uns stehen zwei Gefahren: die Gefahr des Krieges, die zu einer Kriegsdrohung geworden ist und die Gefahr der Entartung einiger Glieder unserer Partei. Wenn wir die Verteidigung vorbereiten, so müssen wir eine eiserne Disziplin in unserer Partei schaffen. Ohne eine solche Disziplin ist eine Verteidigung unmöglich. Wir müssen die Parteidisziplin festigen und alle jene in die Schranken weisen, die unsere Partei desorganisieren. Wir müssen alle jenen in die Schranken weisen, die unsere Bruderparteien im Westen und Osten spalten. (Beifall.) Wir müssen alle jene in die Schranken weisen, die unsere Bruderparteien im Westen spalten und dabei von den geriebenen Schurken, wie Souvarine, Ruth Fischer und Maslow und dem Wirrkopf Treint unterstützt werden. Nur so, nur auf diese Weise können wir dem Krieg gewappnet entgegensehen, wobei wir gleichzeitig gewisse materielle Opfer bringen müssen, um den Krieg hinauszuschieben, Zeit zu gewinnen, sich bei dem Kapitalismus loszukaufen. Das müssen und werden wir tun.

Die zweite Gefahr ist die Entartung. Woher kommt diese Gefahr? Von dort (zeigt auf die Opposition). Diese Gefahr muß vernichtet werden. (Lang andauernder Beifall.)

J. T. MURPHY:

DIE NEUE LAGE IN IRLAND

Seit der Ermordung O'Higgins', des Ministers des irischen Freistaates, hat ein rascher Wechsel in der Stellungnahme der politischen Parteien Irlands eingesetzt. Die Regierung des irischen Freistaates hat dabei die Initiative ergriffen, indem sie vorgab, daß die gesamte Autorität der Regierung Irlands herausgefordert worden sei. Obwohl alle politischen Parteien die Verantwortung für die Ermordung des Ministers O'Higgins ablehnten, hielt die Regierung zweifellos die republikanischen Kräfte für verantwortlich. Der klare Beweis dafür ist die Tatsache, daß alle Maßnahmen, die von der Regierung in die Wege geleitet wurden, unmittelbar gegen die Republikaner gerichtet sind. Solche Maßnahmen werden in der Form eines Gesetzes zur öffentlichen Sicherheit eingeführt, das neue und schärfere Vorkehrungen gegenüber allen revolutionären Elementen trifft. Es wurde der Vorschlag gemacht, zahlreiche Führer zu deportieren, eine Liste, die mehr als hundert Personen umfaßte, wurde vorbereitet. Die Regierung verbot das Tragen von Waffen, verbot die Mitgliedschaft in revolutionären Organisationen usw. Abgesehen von den Maßnahmen zur „öffentlichen Sicherheit“ wurden zwei Gesetzesvorschläge dem Parlament als dringend gebotene Maßnahmen vorgelegt. In dem einen Entwurf wird gefordert, daß die Kandidaten für das irische Parlament (Dial) oder für den Senat vor ihrer Nominierung eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß sie die Absicht haben, ihre Sitze im Parlament einzunehmen und den Eid, der durch den Artikel 17 der Verfassung

vorgeschrieben ist, leisten werden; zugleich soll durch dieses Gesetz eine bestimmte Zeit vorgeschrieben werden, innerhalb welcher die Mitglieder jedes der beiden Häuser nach der Wahl den Eid ablegen müßten; endlich sollen die entsprechenden Anstalten zur Neubesetzung jener Sitze getroffen werden, die durch die Nichtleistung des Eides frei würden. Der andere Gesetzentwurf ändert die Verfassung, indem er die Bestimmungen annulliert, die sich auf die Volksinitiative zur Einbringung von Gesetzen oder zu Verfassungsänderungen beziehen. Er schränkt auch das Recht, die Suspensierung einer Bill zu verlangen, auf Mitglieder ein, welche den Eid geleistet haben.

Diese Maßnahmen geben der Regierung diktatorische Gewalt. Sie haben all die demokratischen Formen, von denen die Minister des irischen Freistaates den Mund so voll nahmen, zerstört. Die Maßnahmen zielten ganz direkt auf die Stellung der Fianna Fail (der republikanischen Partei, die von De Valera geführt wird), denn diese hatte sich geweigert, den Eid zu leisten, sowie ihre Sitze im Parlament einzunehmen. Der Zweck dieser zwei Gesetzesvorschläge war daher der, die Partei De Valeras zu zwingen, der Frage der Wiedererneuerung des Bürgerkrieges ins Gesicht zu sehen oder den Eid auf die Verfassung zu leisten und ins Parlament einzutreten.

Die Fianna Fail ist die zweitstärkste Partei in Irland. Nach den letzten Wahlen gruppierten sich die irischen Parteien folgendermaßen: Regierungspartei (Cumann na Gaedhel) 46 Sitze; Fianna Fail 44 Sitze; Arbeiterpartei 22; Unabhängige 14; Farmer 11; Nationale Liga 8; Sinn Fein (extreme Republikaner) 5; Unabhängige Republikaner 2.

Die Fianna Fail hatte es sich zum Grundsatz gemacht, den Eid auf die Verfassung nicht abzulegen. Ohne die Eidesleistung konnte sie aber nicht in das Parlament eintreten. Diese Politik hatte nach der Beendigung des Bürgerkrieges begonnen, zwei Jahre vor Ausrufung des Waffenstillstandes in dem Kampfe, der im Jahre 1922 begonnen hatte und um die Streitfrage „Freistaat gegen Republik“ ging. Der Waffenstillstand war proklamiert und wirksam geworden, ohne die Auflösung der republikanischen Armee, die in sehr großem Ausmaße mit der Fianna Fail-Partei und der Sinn Fein-Partei identisch war. Zuerst weigerten sich die Republikaner, die Teilung Irlands anzuerkennen, und dies wurde als einer der Gründe angeführt, warum sie nichts mit dem Parlament des Freistaates zu tun haben wollten. Der nächste Schritt war die Ausnützung der Wahlen in das irische Parlament, um auf diese Weise eine Mehrheit gegen den Vertrag, welcher die Grundlage der Verfassung des Freistaates war, zu erlangen. Sie wurden dabei geschlagen, und die Frage der Teilung Irlands trat hinter der Frage des Eides zurück.

Die letzten allgemeinen Wahlen in Irland wurden um die Frage des Eides ausgefochten. Die Ergebnisse dieser Wahlen sind in den oben angeführten Zahlen gekennzeichnet. Die Partei De Valeras gewann eine überraschende Zahl von Sitzen. Doch wenn man die nunmehr vor sich gehenden Veränderungen richtig einschätzen will, muß man sich darüber klar sein, daß dieses Wachstum des Einflusses der Partei De Valeras, das auch zugleich von einem Wachstum der Arbeiterstimmen begleitet war, nicht so sehr einer neuen Bewegung gegen den Vertrag mit England zu verdanken ist, als vielmehr einer Reaktion auf die innere Politik der irischen Regierung. Die Regierung war fünf Jahre an der Macht gewesen. Aber anstatt ihre Versprechungen zu erfüllen, wonach sich der Handel wiederbeleben und ein all-

gemeines Wachstum des Wohlstandes für einen jeden kommen würde, trat ein dauernder Niedergang in allen Handelszweigen ein, zugleich eine Bevölkerungsabnahme und ein Rückgang des Wohlstandes des Landes. Die Regierung des irischen Freistaates gibt diese Tatsachen in dem Berichte ihrer Delegation an die Weltwirtschaftskonferenz selbst zu. Sie erklärte, daß trotz der Tatsachen, daß der Freistaat eine Politik der „äußersten Handelsfreiheit befolgte, daß er das Recht der Meistbegünstigung erlangte, daß keine Exportzölle in Kraft sind und daß die einzigen Schutzzölle und Gebühren beim Import aus sanitären, nicht aber aus ökonomischen Gründen auferlegt wurden“, daß trotz dieser Umstände ein allgemeiner Niedergang stattgefunden hat. Beispielsweise sagt sie in dem Bericht: „Unsere Einfuhr fiel von 68 890 000 Pfund im Jahre 1924 auf 61 250 000 Pfund im Jahre 1926. Die Ausfuhr fiel im gleichen Zeitraum von 50 Millionen auf 41 Millionen und die Wiederausfuhr von 1 300 000 auf 771 000. Die passive Handelsbilanz wuchs von 17 300 000 im Jahre 1924 auf 19 300 000 im Jahre 1926. Der Umfang der Ausfuhr im Jahre 1926 war der niedrigste seit vielen Jahren. Der irische Freistaat hat eine kleinere Bevölkerung als Dänemark, hat um 50 Prozent mehr bebautes Land, aber davon ist Ackerland nur etwas über ein Drittel des Ackerlandes in Dänemark.“

Die Bevölkerung des irischen Freistaates zeigt einen Rückgang seit dem Jahre 1922, und zwar von 4 440 000 auf 4 229 000. Die Bankeinlagen gingen von 188 Millionen Pfund im Jahre 1923 zurück auf 158 Millionen. Die Bauernschaft ist ungeheuer verarmt. Es gibt Tausende landloser Bauern und es gibt viele Tausende Beschäftigungsloser. Dieser allgemeine Niedergang, der von einer dauernden Verarmung des Volkes begleitet ist, ist die Basis der Unzufriedenheit mit der Regierung und zugleich die Grundlage für die verschiedenen Veränderungen in der Partei der Fianna Fail selbst. De Valera hat in seiner Propaganda gegen die Regierung mit Nachdruck auf ihre Verantwortlichkeit für die Lage der Dinge hingewiesen, er hat die Hand anklagend gegen den Zusammenhang mit England, gegen die existierende allgemeine Abhängigkeit von England erhoben. Er hat die Tatsache, daß die Landprojekte, welche die Regierung beschlossen hat, mit englischem Gelde durchgeführt worden sind und daß die Regierung jetzt danach strebt, der Schwierigkeiten Herr zu werden, indem sie nun auch noch die irische Industrie in die Hände englischer Banken überantworten will, propagandistisch sehr ausgewertet.

Dies war die Lage, als nach dem Tode von O'Higgins die Regierung beschloß, sich mit diesen Kräften entscheidend zu messen, um jeden Schein revolutionärer Aktivität zu vernichten, um den Bluff der Partei De Valeras offenkundig zu zeigen und um solche Beziehungen mit den Klassen herzustellen, daß den britischen Finanzherren genügende Sicherheiten gegeben werden, um den Erfolg einer Anleihe von einigen zehn Millionen Pfund zu gewährleisten.

Die Haltung der Parteien in dieser Lage ist außerordentlich kennzeichnend.

Was zunächst die Arbeiterpartei betrifft, welche infolge der Abwesenheit der Fianna Fail die Hauptoppositionspartei im Parlament gewesen war, so zeigte diese auf einmal, wie weit sie sich von jener Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse Irlands seit den Tagen entfernt hat, als James Connolly ihr

Hauptwortführer gewesen war (vor dem Aufstand von 1916). Sie tat sich nun auf einmal in der Person ihres Führers, des Herrn Johnson, hervor, der zur Regierung lief und ihr jede Sicherheit gab, daß die Arbeiterpartei die Regierung „in der Stunde der Not“ unterstützen werde. Er versicherte dem Präsidenten des Freistaates, Herrn Cosgrave, daß er ihm jede Hilfe bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuteil werden lassen würde. Als dann aber — im Laufe weniger Tage — sich die Möglichkeit ergab, Posten und Aemter zu erhaschen, da bereitete sich die Führerschaft der Arbeiterpartei darauf vor, eine Regierungskoalition gegen die Cosgrave-Regierung zu bilden, aber gemeinsam mit der konservativen Redmond-Gruppe, die von den Stimmen der Fianna Fail unterstützt wurde. Das waren die parlamentarischen Manöver der irischen Arbeiterpartei. Daher ist es kein Wunder, daß der „Manchester Guardian“ folgendes schreiben kann: „Ihr Sozialismus ist ein Gemisch von Milch und Wasser und verdient die Unterstützung durch die staaterhaltenden Kreise.“ Weder die Regierung Cosgrave noch die britischen Finanzleute brauchen um diese Partei besorgt zu sein.

Was die Fianna Fail betrifft, so hat Herr De Valera zu seinem Nutz und Frommen, zugleich unter einstimmiger Zustimmung der gewählten Mitglieder der Fianna Fail beschlossen, in das Parlament zu gehen und den Eid zu schlucken, um auf diese Weise die „Revolution“ zu vermeiden. Nachdem er dies getan hatte, ging er über die Eidesleistung mit der Erklärung hinweg, daß sie tatsächlich ohne Bedeutung sei. Also: Nachdem er aus der Frage der Verweigerung des Eides eine brennende Streitfrage durch fünf Jahre hindurch gemacht hatte, nachdem er die letzten Wahlen um diese Losung geführt hatte, erklärte er nun, daß sie ohne Bedeutung sei, daß man darüber mit der britischen Regierung diskutieren könnte. Kurzum, er war durchaus bereit, der Koalition der Arbeiterpartei und der Redmond-Gruppe zuzustimmen und ihnen zu erlauben, nach der Regierungsbildung mit der britischen Regierung über diese Frage zu verhandeln. Aus diesen parlamentarischen Akrobatikstücken geht vollständig klar hervor, daß die Aktion De Valeras und seiner Kollegen nicht darin bestand, den revolutionären Kampf gegen den britischen Imperialismus mit anderen Mitteln zu führen, sondern vielmehr ihn preiszugeben und sich den Forderungen der Regierung des Freistaates anzupassen, einer Regierung, die, wie jedermann weiß, das gehorsame Werkzeug des britischen Imperialismus ist. Dies geht auch noch weiter aus dem vollständigen Fehlen eines politischen Programms hervor, das dem der Regierungspartei entgegengestellt werden würde. Zuerst sprach De Valera darüber, daß die irischen Bauern von der Verpflichtung befreit werden sollten, die englische Abgabe, die sie mit Rücksicht auf ihr Landkaufprojekt zu leisten haben, zu zahlen. Doch je mehr er sich der Möglichkeit näherte, die Stelle von Cosgrave einzunehmen, um so größere Zweifel stiegen ihm selbst bezüglich dieses Vorhabens auf. Und das einzige andere Allheilmittel, das noch blieb, war das Versprechen, für alle Arbeit zu finden, indem die Regierungsausgaben durch die Herabsetzung der hohen Beamtengehälter beschnitten werden sollten. Ueber die Frage des Landbesitzes, über die Frage des Achtstundentages und andere solche Lebensfragen, die für die Massen der Arbeiter und Bauern von größter Wichtigkeit sind, äußert er nicht ein Wort. Die Republikaner haben auf jeden revolutionären Kampf verzichtet.

Dies wird weiter bestätigt durch die Erklärung seines Kollegen Frank Aitkin, der auch ein Führer der republikanischen Armee ist. Aitkin erklärte in einer der Wahlmeetings: „Sie haben versucht, uns in eine verfrühte Revolution hineinzutreiben, doch wir haben ihnen einen Denkartel gegeben, daß wir uns nicht in eine Revolution hineintreiben lassen, wenn es ihnen gerade paßt. Die einzige Möglichkeit für die Revolution war, in das Dial zu gehen. Unter diesen Umständen gingen wir hinein, und wir haben eine Anstrengung gemacht, um uns der Regierungsmaschinerie zu bemächtigen und sie den Händen jener wegzunehmen, die das irische Volk schlecht vertreten . . . Wenn das irische Volk zu uns steht, glauben wir, daß wir eine Einigung aller bewaffneten Kräfte in Irland, des Nordens wie des Südens, herbeiführen können. Wir können auch in ein paar Monaten eine Einigung aller bewaffneten Kräfte innerhalb der 26 Grafschaften erreichen.“

Hier wird es wieder einmal ganz offenbar, daß diese republikanischen Führer sich von der Regierungspartei grundsätzlich keineswegs unterscheiden. Dies zeigt schon die Mutmaßung, als wäre eine Einigung der Parteien im Freistaat so leicht herbeizuführen. Aber dann noch weiter die Perspektive einer raschen Einigung des Nordens und des Südens unter den gegenwärtigen Umständen zu entwerfen, heißt so zu argumentieren, als wäre dies eine ganz interne Frage für die irischen Parteien, unter denen es keine Unterschiede gäbe. In der gegenwärtigen Situation ist es aber Tatsache, daß die Partei Cosgraves nicht gewillt ist, gegen England einen Kampf um die Unabhängigkeit zu führen. Und der Norden Irlands ist gewiß nicht gewillt, gegen England um die Unabhängigkeit zu kämpfen. Im Gegenteil, er wird von den imperialistischen Kräften so sehr beherrscht, daß, wenn ein solcher Vorschlag auftauchen würde, er sich rasch zu einem Instrument des Kampfes gegen alle Bestrebungen zur Herbeiführung einer irischen Republik verwandeln würde. Es ist ein unsinniges utopisches Gerede, so zu sprechen, als wäre es nur eine Frage der Rückkehr der De Valera-Regierung und das gesamte Volk würde diese Regierung als eine irische Republik anerkennen. Die britischen Imperialisten und ihre Lakaien im Freistaat stehen solchen Projekten hindernd im Wege. Unter diesen Umständen müssen wir zum Schluß kommen, daß all dies ein sehr schlaues Gerede ist, um die Tatsache zu verhüllen, daß die Fianna Fail und viele republikanische Führer aufgehört haben, gegen die Freistaatregierung zu kämpfen, daß sie bereit sind, sich der gegebenen Situation anzupassen und daß sie darum besorgt sind, das ihrige bei der Ausbeutung der irischen Arbeiter und Bauern zu verteidigen. Infolgedessen stehen wir nicht einer Verschärfung des Kampfes um die Republik gegenüber, sondern einer Festigung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte gegen die Republik und gegen die Interessen der Volksmacht.

Die irischen Arbeiter und Bauern können der Freistaatregierung und auch einer De Valera-Regierung, wenn eine solche bei der kommenden Wahl wiederkehren sollte, das erklären, was Wolfe Tone vom Grattan Parlament des Jahres 1872 erklärt hat, „daß wir früher unser Elend, unseren Schimpf und unsere Schande gratis von den Händen Englands empfangen haben, aber nun sehr teuer dafür bezahlen, um dasselbe noch verstärkt aus den Händen der Irländer zu empfangen.“

Wir können daher mit Befriedigung Anzeichen tiefer Veränderungen in den Reihen der republikanischen Bewegung und der Arbeiterklasse bemerken. „Die Republik“, das Organ der irischen republikanischen Armee, das eine lange Zeit hindurch De Valera in seiner Politik unterstützt hat, lehnt die Aktion der Fianna Fail, die sich zur Eidesleistung bereit erklärte, ab. Wir stimmen mit ihrer Ablehnung des revolutionären parlamentarischen Kampfes nicht überein. Wir hätten es für richtiger erachtet, wenn die Republikaner gesagt hätten: „Ja, wir gehen in das Parlament, aber nicht, um eine parlamentarische Aktivität zu entwickeln an Stelle eines revolutionären Kampfes für die Interessen der Arbeiter und Bauern.“ Dies würde weitaus mehr im Einklang sein mit den neuen Erscheinungen, die man Woche für Woche in den Spalten dieses Organs der Republikaner feststellen kann. Es drückt sehr viel von den Werken Connollys ab. Es erscheinen Artikel, die das Leben Lenins beschreiben. Es wird die Notwendigkeit eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern erörtert. Dies ist für die Veränderungen symptomatisch, die in den Reihen der Republikaner vor sich gehen und klar zeigen, daß man hier nach einer neuen Politik tastet und daß es hier eine große Zahl armer Bauern gibt, die das Rückgrat der republikanischen Bewegung sind und fühlen, daß es notwendig ist, etwas anderes zu tun, als den politischen Unsinn De Valeras zu wiederholen.

Ein weiteres Zeichen ist das Auftauchen der irischen Arbeiterliga (Irish Workers League) als eines neuen Führers der Arbeiterklasse. Bei den Wahlen vom 15. September stellt die Liga eine Reihe von Kandidaten der Arbeiterklasse auf, um in den Parlamentswahlen das revolutionäre Programm zu verfechten. Das Auftauchen der irischen Arbeiterliga unter der Führung des Genossen James Larkin ist der erste kühne Schritt vorwärts zur Bildung einer irischen Workers Party. Aus der Unterstützung, die sie erhält, geht klar hervor, daß in der irischen Labour Party und in den Gewerkschaften tiefe Unzufriedenheit herrscht über ihre vollständige Auslieferung an die Bourgeoisie und über ihre Bestrebungen, eine nationale Partei zu werden und keine Klassenpartei zu sein. Daß wir in der Beobachtung dieser Unzufriedenheit nicht allein stehen, läßt sich sogar aus den Mitteilungen bürgerlicher Korrespondenten ersehen. Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: „Eine der merkwürdigsten Erscheinungen der irischen Politik der letzten Jahre war die, daß es der offiziellen Labour Party nicht gelang, im industriellen Dublin Fuß zu fassen . . .“ „Die bürgerliche Wohlanständigkeit der Labour Party ist der Grund hierfür, und so hat Herr Larkin sich selbst die Unterstützung eines Teiles der Bevölkerung, die ständig in Entbehrung lebt, gesichert.“

Infolgedessen ist es klar, daß, während die bürgerlichen Kräfte die radikale Bourgeoisie und die Arbeiterbürokratie um sich sammeln, auf der andern Seite eine Kristallisierung der revolutionären Kräfte in den Reihen der Arbeiterklasse wie der Bauernschaft vor sich geht. Wir befinden uns am Anfang einer neuen Periode des irischen Kampfes. Alle die Kräfte, die sich dem Britischen Reiche anpassen, beweisen mit zwingender Notwendigkeit ihren vollständigen Bankrott im Kampfe für die Unabhängigkeit Irlands und machen es offenbar, daß es vergeblich ist, an die Frage der Befreiung Irlands vom britischen Imperialismus ohne Rücksicht auf die Klassen heran-

zugehen. Durch die Ereignisse der letzten Zeit wird der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Irlands mit aller Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß es keine irische Unabhängigkeit geben kann, ohne ihre Befreiung von der Ausbeutung durch die irische und britische Bourgeoisie und die Grundbesitzer.

Unter diesen Umständen ist es ein Gebot der Stunde, daß unsere Genossen von der irischen Arbeiterliga und die Revolutionäre innerhalb der republikanischen Kräfte sich der Aufgaben, die nun vor ihnen stehen, voll und ganz bewußt werden. Es ist notwendig, vor den Arbeitern und Bauern Irlands ein Programm zu entwickeln, das die Bestrebungen zur Erlangung der Unabhängigkeit Irlands mit den täglichen Nöten der Arbeiter- und Bauernmassen verbindet. Dieses Programm muß folgende Losungen enthalten: 1. die irische Arbeiter- und Bauernrepublik, 2. die irische Nationalmiliz, 3. Nationalisierung des Landes, 4. vollständige Neuaufteilung des Landes unter den Bauern, 5. Nationalisierung der Banken, 6. Nationalisierung des Transportwesens und der Großindustrie, 7. staatliche Kontrolle des gesamten Außenhandels, 8. Achtstundentag, 9. freie Erziehung usw. usw. Dies sind einige der wesentlichen Punkte eines Programmes, das die Grundlage der Tätigkeit unter den Arbeitern und Bauern bilden soll.

Aber in dieser Periode des Ueberganges ist die Umgruppierung der Kräfte noch wichtiger. Vor allem muß es die revolutionäre Partei vermeiden, immer und immer von der irischen Revolution zu reden, ohne die besonderen Umstände zu berücksichtigen oder ohne sie auf die unmittelbaren Tagesaufgaben anzuwenden. Es ist notwendig, zu zeigen, daß ein unabhängiges Irland für die irischen Arbeiter und Bauern wertlos ist ohne ein Programm, das ihre sozialen und politischen Bedürfnisse befriedigt. Es ist noch notwendiger, schlüssig zu beweisen, daß eine solche Revolution, wie sie in diesem Programm enthalten ist, mit dem Kampfe um die soziale Revolution in England verknüpft ist. An England zu denken, ohne Rücksicht auf seine sozialen Klassen, ist für die Führer der irischen Revolution ebenso verhängnisvoll, wie an die irische Nation zu denken, ohne Rücksicht auf ihre sozialen Klassen. Vom irischen Nationalismus oder von irgendeinem anderen Nationalismus ohne Rücksicht auf die Klassen zu sprechen, heißt die Sprache der Bourgeoisie sprechen. Weil die irischen Arbeiter und Bauern dies immer wieder und wieder getan haben, haben sie sich so oft von anderen Klassen nasführen lassen. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß eine irische Republik aufgerichtet werden kann ohne eine gleichzeitige Massenbewegung in Irland und in England gegen die britische Bourgeoisie selbst dann, wenn England in einen Krieg mit einem anderen Land verwickelt ist. Die irischen Arbeiter und Bauern können die bewaffneten Kräfte der britischen Bourgeoisie nicht allein schlagen. Sie können dies nur gemeinsam mit der Massenaktion der britischen Arbeiterklasse tun. Daher ist es notwendig, die Aktion und die Arbeit der revolutionären Kräfte Irlands mit einem Appell an die irischen Kräfte in England und mit der Arbeit unter diesen, zu verbinden. Doch diese Arbeit und dieser Appell können nicht einfach von Irländer zu Irländer gemacht werden, sondern es muß ein Appell an die irischen Arbeiter in England sein, sich mit den revolutionären Arbeitern Englands zu vereinigen und mit ihnen gemeinsam die Aktion zu führen.

Die Isolierung der irischen revolutionären Bewegung von der britischen revolutionären Bewegung zu brechen und dieses revolutionäre Bündnis zu propagieren, ist die erste Aufgabe der irischen Arbeiterliga, die den Weg betritt, um eine revolutionäre Workers Party Irlands zu werden. Wenn unsere irischen Genossen dies verstehen und wenn sie dementsprechend ans Werk gehen, dann werden wir nicht nur die Zersetzung der Fianna Fail wahrnehmen, nicht nur die Umgruppierung der Kräfte der irischen Bourgeoisie, sondern das tatsächliche Emporsteigen einer neuen Führerschaft der werktätigen Massen Irlands. Dann werden die wahren Bannerträger der irischen Unabhängigkeit aufstehen, die Kämpfer für die irische Arbeiter- und Bauernrepublik.

A. LOSOWSKI:

DIE KRISE DER CHINESISCHEN REVOLUTION

Die chinesische Revolution hat eine, wenn auch nur zeitweilige, so doch schwere Niederlage erlitten. Worin besteht diese Niederlage? Das ist die Frage, die zweifelsohne jeden bewegt, der sich für die Schicksale der internationalen Arbeiterbewegung und der Weltrevolution interessiert. Ist sie das Ergebnis einer falschen Taktik der Arbeiter- und Bauernorganisationen? Geht sie auf ein ungünstiges Wechselverhältnis der Kräfte zurück? Wie lange kann die gegenwärtige Lage dauern? Darf man schon in der nächsten Zeit einen neuen Aufschwung erwarten, oder haben die Arbeiter und Bauern eine Niederlage erlitten, die sich möglicherweise auf ein ganzes Dezennium erstreckt? Das alles sind Fragen, die notwendigerweise jeden erregen müssen, der in der chinesischen Revolution eine der wichtigsten Etappen im Kampf der unterdrückten Völker und der ausgebeuteten Klassen um ihre nationale und soziale Befreiung erblickt. Hier aber beschäftigt uns vor allem die Frage: wodurch wurde die Niederlage bedingt?



Um zu verstehen, was geschehen ist, muß man sich vergegenwärtigen, wie das Wechselverhältnis der Klassenkräfte, das sich um die Mitte des Jahres 1927 in China herausgebildet hatte, beschaffen war. Das Vorrücken der Südarmee bedeutete vor allem ein stürmisches Wachstum der Arbeiter- und Bauernbewegung. Die Berührung mit der Massenbewegung der Arbeiter und Bauern gab das Signal zur Spaltung der nationalen Front und zum Uebergang der chinesischen Groß-Bourgeoisie auf die Seite der Konterrevolution. Darin liegt der Sinn des Vormarsches Tschang Kai-scheks und der räuberischen Handlungen seiner Armee gegen das Schanghaier Proletariat. Tschang Kai-schek vollstreckt den Willen der Schanghaier Bourgeoisie, d. h. der am weitesten vorgeschrittenen Vorhut der chinesischen nationalen Bourgeoisie. Mit unerhörter Bestialität stürzte sich das Heer Tschang Kai-scheks und sein militärisch-polizeilicher Apparat über die Arbeiterbewegung des wichtigsten proletarischen Zentrums Chinas her.

Hunderte und Tausende proletarischer Kämpfer wurden getötet; es wurden Versuche gemacht, eine eigene bürgerlich-faschistische Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, um auf diese Weise die Massen den Interessen der Bourgeoisie gefügig zu machen. Diese Versuche, sich der Massen durch spezielle Berufsverbände zu bemächtigen, schlugen fehl. Die Massen bleiben diesen Berufsverbänden fern und verhalten sich zu ihnen feindlich; sie haben nur zu ihren eigenen Berufsverbänden Vertrauen und folgen ihren Anweisungen. Ein Teil des Programms der Groß-Bourgeoisie ist indes zur Durchführung gekommen durch die Tatsache der Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Nachdem sie die Arbeiterbewegung zerstört hatte, mußte die chinesische Bourgeoisie auf diesem Wege fortschreiten. Sie zertrümmerte die Arbeiterbewegung im Interesse der erfolgreichen Zuendeführung des Nord-Feldzuges und der national-bürgerlichen Revolution. Doch was bedeutet die Zuendeführung der nationalen Revolution? Das bedeutet die Vertreibung der Imperialisten, die Herstellung der vollkommenen Unabhängigkeit Chinas, die Abschaffung der Konzessionen, der Kapitulationen, der eigenen Gerichtsbarkeit der Ausländer, die Wiederherstellung der Zollautonomie und so weiter. Aber nichts von alledem konnte die chinesische Bourgeoisie in der Person der Nanking-Regierung erreichen. Es ist richtig, daß Tschang Kai-schek einige schwächliche Anstrengungen machte, um gegen den Imperialismus ins Feld zu ziehen, aber alle diese Versuche endeten mit einem Krach, und die chinesische Groß-Bourgeoisie war, außer zu einem legalen konstitutionellen Kampf in der Frage der neuen Steuern in Schanghai, zu gar nichts fähig.

Die Spaltung zwischen Nanking und Wuhan war keine Spaltung zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft einerseits und der Bourgeoisie andererseits. Wer sich den Sinn der Spaltung so vorstellt, irrt unzweifelhaft. Die Spaltung zwischen Wuhan und Nanking bedeutete eine Spaltung zwischen der Mehrheit der nationalen Groß-Bourgeoisie einerseits und einem Teil der Groß-Bourgeoisie und der mittleren Bourgeoisie andererseits in der Frage über die Methoden der Ausnützung der Arbeiter- und Bauernbewegung im Interesse des nationalen Staates. Die bürgerlichen Politiker vom Schlage der Wan Tsin-was, Tan Yen-kai, Tan Schen-tschü, Sun Fo, Go Min-ju, die gegen Tschang Kai-schek auftraten, hielten es für verfrüht, die Arbeiterorganisationen zu zerschmettern, da sie hofften, daß es noch gelingen werde, sie zu zähmen. Die Spaltung zwischen Wuhan und Nanking zwang die Gruppe der Wuhaner bürgerlichen Politiker, der Entfaltung der Arbeiter- und Bauernbewegung — wenigstens in der ersten Zeit — keine Hindernisse in den Weg zu legen. Und insoweit in den ersten Monaten der Entwicklung der Arbeiter- und Bauernbewegung keine Hindernisse entgegenstanden, nahm in Hupe, Hunan, Kjangsi die Bewegung der Massen einen grandiosen Aufschwung. Die Hoffnung der Wuhaner Politiker, die Arbeiter- und Bauernmassen kirre zu machen und sie zu zwingen, ihre Kraft in den Dienst des nationalen Staates zu stellen, d. h. der Bourgeoisie zu dienen, ging nicht in Erfüllung. Gleichzeitig mit dem Wachsen der Arbeiter- und Bauernbewegung wuchsen auch die sozialen Forderungen, was naturgemäß zu Klassendifferenzierungen auf dem Territorium der Wuhaner Regierung führen mußte. Auf diese Weise entstand das folgende Bild: einerseits führte Wuhan einen Kampf gegen den feudalen Norden, andererseits hatte Wuhan

Tschang Kai-schek gegen sich, um den sich die Groß-Bourgeoisie sammelte; und die linken Kuomintang-Politiker Wuhan, statt sich auf die Arbeiter- und Bauernmassen zu stützen, begannen auf Mittel und Wege zu sinnen, wie die Arbeiter- und Bauernbewegung für eine Zeitlang gestoppt, der Klassenkampf in friedlich-schiedliche Bahnen gelenkt und wie auf jeden Fall die die große arbeitende Masse aufregenden Fragen auf die lange Bank geschoben werden könnten.

Unter den linken Kuomintang-Führern entstand eine ganze Reihe von Theorien, welche die Angst widerspiegeln, die sich dieses Teiles der Bourgeoisie angesichts der sich entfaltenden Massenbewegung der Arbeiter und Bauern bemächtigt hatte. Zu allererst begann ein Streit über die Frage der **Ausdehnung oder Vertiefung der Revolution**. Auf den ersten Blick mag schon die Aufstellung der Frage selbst recht seltsam scheinen. Dort aber erhob sich diese Frage in aller Schärfe. Die Ausdehnung der Revolution bedeutete den Feldzug nach Norden, eine Bewegung, die von den proletarischen Zentren etwas weiter wegführte und eine Hinausschiebung aller sozialen Reformen bis zum endgültigen Sieg. **Zuerst der Sieg, dann die Reformen** — das war die Philosophie der linken Kuomintang-Führer. Die Vertiefung der Revolution bedeutete die Befriedigung des Landhungers der Bauern, die Befriedigung der elementarsten Forderungen der Arbeiter und den Kampf gegen die Konterrevolution. Es siegte die erstere Ansicht: zuerst der Sieg, dann die Reformen.

Um ihr feindseliges Verhalten der Massenbewegung gegenüber zu begründen und die ständige Hinausschiebung der wichtigsten Fragen, die die Arbeiter- und Bauernbewegung interessierte, zu entschuldigen, fabrizierten die linken Kuomintang-Führer eine besondere Theorie von der „Unreife“ der Arbeiter- und Bauernbewegung, von den zu weitgehenden Forderungen der Arbeiter, von den Exzessen der Bauern usw. Diese konterrevolutionäre Theorie bezweckte die ideologische Vorbereitung der breiten Massen, um unter dem Anschein eines Kampfes gegen die „Exzesse“ einen entschiedenen Kampf gegen die sozialen Forderungen der Arbeiter führen und über die „unreife“ Arbeiter- und Bauernbewegung eine Vormundschaft errichten zu können. Zu eben der Zeit, da die Regierung und das Politbüro der linken Kuomintang keinerlei Maßnahmen traf, um die ökonomischen Forderungen der Arbeiter und Bauern zu befriedigen, wurden alle erdenklichen Maßregeln gegen die Arbeiter und Bauern getroffen, wenn diese letzteren auf revolutionärem Wege versuchten, die sie erregenden Fragen zu lösen. Mehr noch: diese Regierung leistete faktisch allen konterrevolutionären Elementen Helfershelferdienste, während sie Phrasen drosch vom Kampf gegen die Konterrevolutionäre. So trug das Anwachsen der Arbeiter- und Bauernbewegung eine Differenzierung in die Einheitsfront, die sich auf dem Territorium Wuhan gebildet hatte, wobei auf der einen Seite der Barrikaden die Arbeiter und Bauern sowie ein Teil der Klein-Bourgeoisie, und auf der anderen Seite die linke Kuomintang, die Armee, die ganze Groß-Bourgeoisie, sowie die mittlere und der restliche Teil der Klein-Bourgeoisie standen. Auf diese Weise wurde Wuhan als eines der Zentren der chinesischen Revolution gesprengt; gesprengt deswegen, weil die bürgerlichen Politiker der linken Kuomintang den Klassenkampf mit den Interessen der nationalen Revolution für unvereinbar hielten.

In welchen Formen hat sich nun der Kampf der Wuhaner Bourgeoisie gegen die Arbeiter- und Bauernorganisationen und die Kommunistische Partei ausgewirkt? Genau in denselben Formen wie in Kanton und Schanghai. Wuhan ging in der Linie von Kanton und Schanghai vor, und damit waren die Voraussetzungen für die Vereinigung von Wuhan und Nanking geschaffen.

* * *

Im gegenwärtigen Zeitpunkt schweben Verhandlungen zwischen Wuhan und Nanking wegen Herstellung einer einheitlichen Kuomintang, wegen Schaffung einer vereinigten Regierung u. dgl. m. Was bedeutet die Wiederherstellung einer einheitlichen Kuomintang? Sie bedeutet die Errichtung einer Einheitsfront der gesamten Bourgeoisie gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung, die Wiederherstellung der Kuomintang ohne die Arbeiter und Bauern und gegen die Arbeiter und Bauern. Darüber dürfen keine Zweifel bestehen. Wir haben eine gewisse Konsolidierung der chinesischen Konterrevolution; dabei führten, nach chinesischer Sitte, die Unterhandlungen zwischen diesen beiden, jetzt konterrevolutionären Zentren, zu gegenseitigen Konzessionen. Nanking opferte seinen Generalissimus Tschang Kai-schek, und Wuhan opferte augenscheinlich Wang Tschin-wei. Die letzten Nachrichten besagen, daß das Haupt der Nankinger Regierung Tan Yen-kai sein wird, ein General, der sich in Wuhan mit Politik beschäftigt hat, ein erbitterter Feind der Arbeiter- und Bauernbewegung, der, als er noch in Wuhan war und in der Nationalregierung und im Politbüro der Kuomintang saß, tatsächlich alle konterrevolutionären Vorstöße auf dem Gebiet der Provinzen von Hupe und Hunan leitete. Die Vereinigung von Wuhan und Nanking bedeutet die Konsolidierung der bürgerlichen Konterrevolution. Dies bedeutet, daß die gesamte Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution abgewandert ist und daß die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Intelligenz sich ebenfalls gegen die Revolution gewendet hat. Die Vereinigung von Wuhan und Nanking bedeutet also zweifellos eine ernste Etappe in der Entwicklung der chinesischen Revolution. Man muß sich darüber Rechenschaft geben, daß von nun an die gesamte chinesische Bourgeoisie sich im Lager der Konterrevolution befindet. Diese Konterrevolution unterscheidet sich von der Konterrevolution Tschang Tso-lins in dem Maße, wie sich die bürgerliche Konterrevolution von der feudalen unterscheidet. Doch nur so weit. Die Logik des Kampfes wird die neue Regierung in die Arme der Imperialisten und Tschang Tso-lins treiben, sobald die Arbeiter- und Bauernbewegung für sie drohende Formen annehmen wird.

* * *

Diese neue Welle der Konterrevolution erhebt sich unter denselben Losungen wie früher. Die Wuhan-Leute haben im Vergleich zu Li Ti-sin und Tschang Kai-schek nichts Neues ausgesonnen. Dieselben Beschuldigungen, daß die Arbeiter und Bauern Verrat geübt, die nationale Revolution untergraben hätten, dieselben Massenhinrichtungen, dieselben Methoden der „Reorganisation“ der Gewerkschaften und Bauernorganisationen. Die Konterrevolution in Wuhan gleicht der Konterrevolution in Kanton und Nan-

king wie ein Ei dem andern, und ihre Taktik in bezug auf den äußeren Frieden wird ebenfalls die gleiche sein. Die ganze konterrevolutionäre Kampagne gegen die Arbeiter und Bauern wird unter der Flagge der Verteidigung der nationalen Revolution geführt, gegen den Klassenkampf, gegen den „Anschlag“ auf sie von seiten der Arbeiter und Bauern. Was bedeutet aber die nationale Revolution? Die nationale Revolution muß sogar in ihrer höchst bescheidenen bürgerlichen Form zur Unabhängigkeit Chinas vom Imperialismus führen. Man sollte meinen, daß nach der Vernichtung der „Feinde der Revolution“, der „Verbündeten der Imperialisten“ — so nennt die Konterrevolution die Arbeiter und Bauern, die Kommunisten — der Kampf gegen den Imperialismus sich hätte verschärfen müssen. In Wirklichkeit aber sehen wir das Gegenteil. Solange die Kuomintang sich auf die Arbeiter und Bauern stützte, führte sie einen wirklichen Kampf gegen die Imperialisten. Als Li Ti-sin die Arbeiter- und Bauernorganisationen in Kanton zerstört hatte und Tschang Kai-schek dasselbe in Schanghai gemacht hatte, wurden diese beiden Militärdiktatoren Werkzeuge in den Händen der Imperialisten. Für die Imperialisten hatte die Massenbewegung der Arbeiter und Bauern Bedeutung; die abstrakten Erwägungen dieser oder jener Politiker hatten für sie keine Bedeutung. Dasselbe konnte man auch in Wuhan beobachten. Solange sich die Arbeiter- und Bauernbewegung in Wuhan frei entwickelte, erlitten die Imperialisten eine ganze Reihe ernster Niederlagen. Namentlich war die Besetzung der englischen Konzession in Hankau ein schwerer Schlag für ihr persönliches Prestige im Osten; dabei wurde sie von den Massen gegen den Willen der Nationalregierung und der Kuomintang ausgeführt. Jetzt, wo Wang Tschin-wei u. Co. dieselbe Henkerarbeit in Wuhan verrichten, die ihre Kollegen in Nanking und Schanghai verrichtet haben, nehmen die Imperialisten diese neue vereinigte Regierung nicht mehr ernst. Die Einheitsfront der chinesischen Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber schwächte China im Angesicht der imperialistischen Gefahr. Auf diese Weise bewies die Konterrevolution überflüssigerweise noch einmal, daß sie das Land den Imperialisten in die Hände spielt. Die Konterrevolution erweist sich wieder und immer wieder als der schlimmste Feind der nationalen Befreiung Chinas. Natürlich wird die vereinigte Regierung versuchen, einen formellen Kampf gegen die Imperialisten zu führen, aber es wird ihr nicht gelingen, jemand damit zu betrügen. Die Imperialisten sind genügend scharfsinnig und auch genügend politisch erzogen, um die Ohnmacht der neuen Regierung, die sich nicht auf die breiten Massen des Volkes stützen kann, zu begreifen. Deshalb kann man seitens der neuen Vereinigten Regierung ein Liebäugeln mit den Imperialisten erwarten, dergleichen Versuche, sich auf diese oder jene imperialistische Macht zu stützen, die ihr beliebige Versprechungen machen wird, vor allem aber den Kampf gegen die USSR als Gegenleistung für die geringste Unterstützung, die ihr irgendeine imperialistische Macht gewähren wird.

* * *

Der Sieg der Konterrevolution in Wuhan führte zur Vernichtung der Arbeiterbewegung auch in diesem Teile Chinas, und jetzt existieren in China legal nur faschistische und diverse „reorganisierte“ Gewerkschaftsverbände, d. h. solche Organisationen, deren frühere Leiter ermordet und an deren

Stelle Lakaien der Bourgeoisie und der Militärclique gesetzt wurden. Eine Welle des Terrors rollt jetzt über ganz China. Die Wuhaner Regierung, die sich schwankend und unentschlossen zeigte, als es sich um die Bekämpfung der Konterrevolution handelte, geht jetzt, bei der Vernichtung der Arbeiter- und Bauernorganisationen, vollkommen entschlossen vor. Die Arbeiterbewegung erlitt gewaltige Verluste, die Einheitsfront der Konterrevolution übt einen starken Druck auf die Arbeiterklasse aus. Aber die Arbeiter- und Bauernbewegung ist nicht gespalten. Mehr noch: im letzten Monat sehen wir eine Belebung der Arbeiterbewegung gerade im Zentrum des weißen Terrors — in Schanghai. Ein wirtschaftlicher Streik folgt dem andern, eine ganze Reihe politischer Demonstrationen der Arbeiter bewies den gelben Repräsentanten der faschistischen Gewerkschaftsverbände, daß die arbeitenden Massen ihre Macht kennen. Wo sich die Arbeiter zeigten, ergriffen die Vertreter der faschistischen Verbände das Hasenpanier. Die gleiche Belebung ist in Kanton zu bemerken, wo der Militärdiktator Li Ti-sin der anwachsenden Arbeiterbewegung auf keine Weise Herr werden kann. Die Gewerkschaftsbewegung hat schon zu große Massen ergriffen, als daß sie so leicht zerstört werden könnte. Wir wollen nicht vergessen, daß die Zahl der Arbeiter in China in die Millionen geht, daß Dutzende Millionen von den Bauernverbänden erfaßt sind, und das bedeutet, daß kein Terror imstande ist, aus den Massen das Bewußtsein ihrer Kraft und Macht auszurotten.

Parallel mit der fortdauernden Bewegung in den Städten geht der Kampf in den Dörfern vor sich. Das chinesische Dorf stellt einen brodelnden Kessel dar. Ungeachtet dessen, daß die Bauern zu Tausenden erschlagen werden, hört die Bewegung nicht für eine Minute auf, und man kann ein neues Auf-flackern von Aufständen auf dem ganzen Territorium Chinas in jedem Augenblick erwarten. Die Massenbewegung hat trotz des erbitterten Terrors nicht aufgehört. Sie nimmt jetzt neue Formen an, sie erfaßt immer neue und neue Schichten und wird unzweifelhaft mit niegesehener Kraft hervorbrechen, wobei die Umstände und die gegenseitigen Kräfteverhältnisse nicht mehr dieselben sein werden wie früher.

Gibt es einen Grund, ein Anwachsen der Arbeiterbewegung ungeachtet des weißen Terrors vorauszusagen? Es gibt unzweifelhaft einen solchen Grund. Die Bewegung hört nicht eine Minute auf; vor unseren Augen erhebt sich eine neue Welle. Mehr noch: sie kann nicht aufhören. Ein ins Wanken gebrachter Staatsapparat kann eine Massenbewegung der Arbeiter und Bauern nicht ersticken. Er kann es schon darum nicht, weil Wuhan dadurch, daß es sich mit Nanking vereinigte, nicht imstande ist, all die Fragen zu lösen, die die chinesische Revolution aufrollte. Wird denn der Arbeiter, der schon seine Gewerkschaftsorganisation gehabt, eine, wenn auch nur geringe Verbesserung der Arbeitsbedingungen erlangt hatte, rückwärts schreiten können? Werden denn die Bauern, die in einigen Rayons schon die Macht ihrer Organisation gespürt, in einigen Rayons schon die Macht erobert hatten, sich je wieder in die alten Sklavereiverhältnisse finden? Nein, das werden sie nicht. Und das ist der Grund, weshalb die Arbeiterbewegung nicht stehen bleiben wird, wobei der außerordentliche Wechsel der Situationen und Etappen und ein buchstäblich kinematographisch anmutendes Abrollen der Ereignisse als das Charakteristikum der jetzigen Lage Chinas zu betrachten ist.

Der Bankrott der linken Kuomintang und die Vereinigung Wuhans mit Nanking bedeutet keineswegs das Verschwinden der wirklich revolutionären, wenn auch kleinbürgerlichen Partei von der Arena der chinesischen Ereignisse. Die Elemente einer solchen befanden sich im Schoß der linken Kuomintang, und jetzt, wo die politische und klassenmäßige Differenzierung alle Fragen auf des Messers Schneide gestellt hat, wird sich die revolutionäre Kuomintang, die sich auf die Kleinbourgeoisie stützt, neben der Kommunistischen Partei rasch herauskristallisieren. Die Ankündigung der Witwe Sun Yat-sens und Tan Yen-kais drücken nicht bloß die persönlichen Empfindungen dieser beiden angesehenen Mitglieder der linken Kuomintang aus, sondern bezeugen im Zusammenhang mit der chinesischen Revolution die historische Notwendigkeit einer jakobinisch-kleinbürgerlichen Partei, welche Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei, mit der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung, eine gewisse Etappe gemeinsam vorgehen wird. Freilich, die Bildung einer solchen Partei bedeutet nicht, daß sie der Kommunistischen Partei die Arbeiter- und Bauernbewegung überlassen und selbst sich mit der städtischen Kleinbourgeoisie begnügen wird. Nein, eine solche Partei, und noch dazu in China, wird sich nicht nur in der Bauern-, sondern auch in der Arbeiterbewegung einen Stützpunkt suchen, und sie wird dort auch gewisse Sympathien finden. Wenn die Kuomintang sich in dieser oder jener Form auf die Arbeiter- und Bauernbewegung stützte, so wird die revolutionäre Kuomintang, die sich auf den revolutionären Kern der Lehre Sun Yat-sens stützt, in den Arbeiter- und Bauernmassen unzweifelhaft Boden finden. Bedeutet dies, daß wir uns gegen die Umformung der revolutionären Kuomintang hätten aussprechen und — auf Grund der Erfahrung der letzten Zeit — dieser neuen Kuomintang jede Unterstützung hätten verweigern sollen? Keineswegs. Im Gegenteil. Die Erfahrung lehrt uns, daß die Umformung der revolutionären Kuomintang für die nächste Etappe der Revolution von Nutzen sein wird, und daß die revolutionäre Kuomintang ein zeitweiliger, aber zuverlässiger Verbündeter der chinesischen kommunistischen Partei im Kampfe gegen den Imperialismus, der feudalen und bürgerlichen Konterrevolution werden kann.

* * *

Die Grundeigentümlichkeit des jetzigen China ist die Labilität der Macht. Das „unbewegliche“ China bietet gegenwärtig das Bild des tollsten Tempos der revolutionären und konterrevolutionären Ereignisse. Noch hatte Wuhan nicht Zeit gehabt, den Sieg auf der inneren Front zu erringen, als schon in Nanking Aufstände unter dem Regime von Ye Tin und Ho Lun ausbrachen. Die Aufständischen besetzen Städte, ergreifen Waffen und Geld und bewegen sich nach Süden in der Richtung auf Kanton. Sie besitzen gegen 20 000 Bajonette, und die Armee vergrößert sich durch den Zustrom von bäuerlichen Partisanen-Abteilungen sehr rasch. In kurzer Zeit schwoll diese Armee auf 50 000 Mann an. Welches sind die Losungen dieser Armee? Boden für die Bauern und Kampf gegen die vereinigten Kräfte von Wuhan und Nanking. Zur selben Zeit erheben sich die Bauern und Soldaten in den Provinzen von Hunan und Hupe. Die Hauptstadt der Provinz Hunan, Tschangscha, wird von den Aufständischen bedroht. Und in allen Industriezentren erheben sich die Arbeiter trotz des wütendsten Terrors neuerdings

zum Kampf. Was verkündet der Erfolg dieser Aufstände? Warum gelang es den Aufständischen so leicht, sich Nantschangs zu bemächtigen und Tausende und Abertausende freiwilliger Bauern um ihre Fahnen zu sammeln? Was ist die Ursache? Die Sache findet wieder leicht ihre Erklärung in der Labilität der Staatsmacht Chinas. Die werktätigen Bauernmassen lechzen danach, dem ständigen Banditentum der Generäle und Gutsbesitzer, die der Bevölkerung die Haut über die Ohren ziehen, ein Ende zu machen. Die werktätigen Massen wollen ihren elementaren Forderungen eine reale Genugtuung verschaffen. Sie kennen jetzt den Wert der rechten Kuomintang und auch der linken Kuomintang, sie haben die eine wie die andere am Werk gesehen, und darum gehen sie gegen Wuhan und Nanking vor. Die große Aufmerksamkeit, die die fernöstliche imperialistische Presse diesen Vorgängen zuwendet und ebenso die Beunruhigung in Wuhan und Nanking, bezeugen die Wichtigkeit dieser Aufstände. Die Wuhan-Nankinger Konterrevolution begreift den Sinn dieser Ereignisse sehr gut; sie begreift, daß, wenn die aufständischen Truppen bis nach Kanton gelangen und sich dort festsetzen, die Arbeiter- und Bauernrevolution dann eine territoriale Stütze haben wird. Wenn ein neues Staatsgebilde von einem ganz neuen Typus wie früher entstehen wird, wenn in Kanton eine wirkliche Arbeiter- und Bauernregierung entstehen wird, so wird das der Wuhan-Nankinger Konterrevolution selbstverständlich als eine Drohung erscheinen, da diese Konterrevolution nur vermöge der Atomisierung der Massen und der Erdrosselung der Arbeiter- und Bauernbewegung existieren kann.

Welches sind die Perspektiven des Aufstandes Ye Tins und Ho Luns, und welches ist die Linie der weiteren Entwicklung der chinesischen Revolution? Ich habe schon gesagt, daß der Grundzug des jetzigen Chinas die äußerste Labilität der Regierungsmacht und der kinematographische Wechsel der Ereignisse ist. Das bedeutet, daß die Etappen von Ebbe und Flut in der chinesischen Revolution sehr kurz sind. Wir sind gewohnt, alle Revolutionen mit den Ereignissen zu vergleichen, die ihren Schauplatz in Rußland hatten. Darum spricht man oft von einem Jahr 1905, 1906, 1917 usw. Die chinesische Revolution vollzieht sich unter ganz anderen Umständen, als die unsrige. Das wechselseitige Kräfteverhältnis ist dort ein anderes, die Oekonomie ist dort eine andere, und auch die sozialen Lebensbedingungen sind dort ganz anders geartet als bei uns. Darum kann man nur äußerst bedingt die Revolution von 1905 mit der jetzigen chinesischen Revolution vergleichen. Eines ist jedenfalls gewiß: daß nämlich zwischen der gegenwärtigen Niederlage der chinesischen Revolution und der allgemeinen nationalen Erhebung viel weniger Zeit vergehen wird als zwischen den Jahren 1905 und 1917. Es war schwer, China in Bewegung zu setzen, aber noch schwerer wird es diesem grenzenlosen Meere sein, wieder in seine alten Ufer zurückzukehren. Und darum dürfen wir ohne zu übertreiben, indem wir die Lage nüchtern abschätzen, sagen, daß die chinesische Revolution eine zeitweilige Niederlage erlitten hat, daß die neue Welle schon anschwillt und daß wir in der nächsten Zeit Zeugen einer neuen Etappe der chinesischen Revolution sein werden, die sich unter veränderten Kräfteverhältnissen abspielen wird. Dann wird die Lage eine völlig andere sein. Vor etwa zwei Jahren kämpfte ein Teil der chinesischen Bourgeoisie noch an der national-revolutionären Front; jetzt werden die Arbeiter und Bauern nicht nur gegen den Imperia-

lismus und Feudalismus, sondern auch gegen die vereinigten Kräfte der chinesischen Bourgeoisie einen unerbittlichen Kampf führen müssen. Es ist dies eine sehr schwierige, sehr komplizierte Aufgabe, aber die chinesische Arbeiter- und Bauernmasse hat einen solchen Fonds an Enthusiasmus und Energie und revolutionärer Glut, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, die alten Verhältnisse zu verewigen; keiner Macht der Welt wird es gelingen, die neue Erhebung, d. h. den Kampf der chinesischen Arbeiter und Bauern um die wirkliche Macht der Arbeitenden aufzuhalten oder zu hemmen.

JOHN PEPPER:

ANALYSE UND LEHREN DER INTERNATIONALEN SACCO-VANZETTI-KAMPAGNE

Die internationale Protestaktion gegen die infame Hinrichtung von Sacco und Vanzetti wuchs zu einer Kampagne von außerordentlicher Weltbedeutung. Man kann feststellen, daß keine einzige internationale Solidaritätsbewegung seit vielen Jahren diesen riesigen Umfang angenommen hat.

Die Bewegung wurde wirklich international im buchstäblichsten Sinne des Wortes. Sie entfaltete sich nicht nur in den Vereinigten Staaten Amerikas, sie flutete über alle Länder Europas, ergriff das Gebiet der Sowjetunion, überschwemmte Latein-Amerika, ihre Wellen schlugen bis Australien und sogar bis Südafrika. Nicht nur Länder, sondern ganze Kontinente wurden durch die Bewegung erfaßt.

Die Bewegung besaß eine Weltbedeutung, auch was ihre Tiefe betraf. Nicht nur die breitesten Schichten des Proletariats wühlte sie auf, sondern sie riß auch ungewöhnlich breite Teile des Kleinbürgertums, der Intelligenz und sogar gewisse Teile der Bourgeoisie mit.

Die Bewegung besaß eine Weltbedeutung, da sie mit einer elementar ausbrechenden Spontanität auftrat, die klar zeigte, wie trotz der Stabilisierung des Kapitalismus — entspringend aus den Widersprüchen und Gegensätzen, die auf Grundlage dieser Stabilisierung erzeugt werden — plötzliche Ereignisse die gesamte kapitalistische Welt beunruhigen können.

Die Bewegung besaß eine Weltbedeutung auch deshalb, weil sie nicht nur bei platonischen Protestresolutionen blieb, sondern sich zu gewaltigen Massenaaktionen steigerte. Sie wuchs von Massenversammlungen zu Proteststreiks, zu mächtigen Straßendemonstrationen und zu Generalstreiks in einigen Ländern. Blutige Zusammenstöße bezeichnen ihren Weg nicht nur in Boston und New-York, sondern auch in Paris, Leipzig, Genf, Cherbourg und London. Die Sacco-Vanzetti-Bewegung errichtete seit der Kommune wieder die ersten Barrikaden in den Straßen von Paris. Sie gab in die Hände Hunderttausender von Arbeitern in New-York zum ersten Male die Waffe des politischen Streiks. Zum ersten Male seit vielen Jahrzehnten wurden die amerikanischen Arbeitermassen integrierende Bestandteile einer

internationalen proletarischen Bewegung. Die besten Beweise des revolutionären Elans der Massen sind die Hunderte von Gemaßregelten, Verhafteten, Verwundeten und Toten.

Betreffs ihrer Internationalität, ihrer geographischen Ausbreitung, ihrer Tiefe, ihres Massencharakters, ihrer Spontaneität, ihrer Schlagkraft in Aktionen übertrifft die Sacco-Vanzetti-Bewegung jede andere internationale Solidaritätsbewegung der letzten Jahre. Weder die internationale Solidaritätsaktion für den englischen Bergarbeiterstreik, noch die Solidarität für die chinesische Revolution waren, trotzdem sie objektiv mit Ereignissen von größerer Bedeutung in Zusammenhang standen, imstande, denselben Umfang und denselben Elan zu entwickeln. Im englischen Bergarbeiterstreik waren eine Million Arbeiter beteiligt und der Ausgang des Kampfes hatte eine unmittelbare Wirkung auch auf das Schicksal der Bergarbeiterschaft der anderen Länder. Die chinesische Revolution, eine der gewaltigsten Revolutionen der Weltgeschichte, besitzt eine ungemein große Tragweite für die ganze Zukunft, nicht nur für andere Kolonien, sondern auch für das europäische Proletariat. Die Hinrichtung Saccos und Vanzettis ist, verglichen mit diesen gewaltigen Weltereignissen, eine viel kleinere Angelegenheit; es handelt sich hier nicht um Millionen von kämpfenden Massen, sondern um das Schicksal zweier Individuen.

Dieses umgekehrte Verhältnis zwischen der objektiven Bedeutung der Ereignisse und der Stärke und dem Umfang der internationalen Solidaritätsbewegung, die sie auslösen, muß zum Nachdenken zwingen und macht eine Analyse jener Faktoren notwendig, die der Sacco-Vanzetti-Bewegung ein viel größeres internationales Echo gegeben haben als dem englischen Bergarbeiterstreik oder der chinesischen Revolution.

Eine Klassenanalyse der Sacco-Vanzetti-Kampagne ist notwendig, um die Erklärung dieser merkwürdigen Tatsache zu finden. Die Hauptträgerin der Solidaritätskampagnen für den britischen Bergarbeiterstreik und für die chinesische Revolution war überall ebenso die Arbeiterklasse, wie sie die Haupttriebskraft der Sacco-Vanzetti-Kampagne bildete. Folgende Grundfaktoren liegen klar wahrnehmbar und unmittelbar vor uns:

1. Die allgemeine internationale Lage, die geeignet ist, dank dem Konfliktstoff und der latenten Gärung, die überall in den Tiefen der Massen herrscht, bei jeder wichtigen Angelegenheit Ausbrüche der Massenleidenschaft und des Massenkampfes auszulösen.

2. Die Linksschwenkung breiter Schichten der Arbeiterklasse in einer ganzen Reihe von Ländern, auf deren Grundlage die proletarische Solidarität sich im nationalen wie im internationalen Maßstabe immer stärker entwickelt. Der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik in England, die Juliinsurrektion in Wien, die gewaltige Massendemonstration des Roten Frontkämpferbundes in Berlin, die neue Streikwelle in Budapest sind ebensoviele Beweise der Linksschwenkung der Arbeitermassen wie die gewaltige Sacco-Vanzetti-Kampagne. Wenn die Führer der russischen Opposition das Gegenteil behaupten, von einer Rechtsschwenkung der internationalen Arbeiterbewegung fasseln und damit die Wirklichkeit auf den Kopf stellen, so beweisen sie damit nur, daß sie sich in immer rapiderem Tempo nicht nur von den Arbeitermassen der Sowjetunion, sondern auch von der internationalen Arbeiterbewegung entfernen.

3. Der wachsende Einfluß der kommunistischen Parteien, die die Organisierung und Führung internationaler Solidaritätsaktionen immer bewußter und energischer in ihre Hände nehmen.

Alle diese Faktoren spielten in der Auslösung und Ausbreitung der Sacco-Vanzetti-Kampagne eine ungemein wichtige — die grundlegende — Rolle, aber sie allein können weder den Umfang, noch die Schlagkraft der Kampagne erklären, da sie auch während der internationalen Solidaritätskampagne für den englischen Bergarbeiterstreik und für die chinesische Revolution wirksam waren, diese beiden Kampagnen aber einen viel geringeren Umfang als die Sacco-Vanzetti-Kampagne angenommen hatten.

Es besteht also die Notwendigkeit, auch jene anderen Faktoren zu analysieren, die weder im Zusammenhange mit dem britischen Bergarbeiterstreik, noch mit der chinesischen Revolution vorhanden waren, die aber in der Sacco-Vanzetti-Kampagne eine große Rolle spielten. Wir wollen hier im vorhinein den Grundunterschied zwischen den internationalen Kampagnen für den Bergarbeiterstreik und für die chinesische Revolution einerseits und der Sacco-Vanzetti-Kampagne andererseits feststellen. Die erstgenannten Kampagnen traten sofort zu Beginn als proletarische Kampagnen auf. Die Sacco-Vanzetti-Kampagne aber trug in ihrer ersten Phase einen „allgemeinen“ Charakter, an dem außer dem Proletariat noch andere Klassen — Kleinbürgertum, Intelligenz und Teile der Bourgeoisie — beteiligt waren. Eben dieser „allgemeine“ Charakter der Sacco-Vanzetti-Kampagne in ihrer ersten Phase hat im großen Maße zur Ausbreitung der Kampagne beigetragen. Man muß aber zunächst erklären, wie es geschehen konnte, daß die Sacco-Vanzetti-Kampagne — mindestens in ihrer ersten Phase — sich nicht nur auf das Proletariat beschränkte, sondern auch große Teile der bürgerlichen Welt mit sich riß. Es ist doch etwas ganz Ungewöhnliches, daß breite Schichten des Kleinbürgertums, der bürgerlichen Intelligenz und sogar der Bourgeoisie an der Verteidigung zweier gewöhnlicher Arbeiter, zweier unbekannter Proleten, die sogar noch dazu Anarchisten sind, die des Raubmordes beschuldigt dastehen und von allen gerichtlichen Instanzen der Vereinigten Staaten schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt waren, teilnahmen.

Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, die wichtigsten jener Faktoren aufzuzählen, die für die Teilnahme der nichtproletarischen Schichten an der Sacco-Vanzetti-Kampagne verantwortlich sind. Diese Faktoren sind:

1. Der humanitäre, „allgemein-menschliche“, „über den Klassen stehende“ Charakter der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit.

Die Sache Saccos und Vanzettis erschien nicht offen als eine Klassenangelegenheit des Proletariats. Sie wurden gar nicht politischer Verbrechen beschuldigt. Ihre Verhaftung stand in gar keinem Zusammenhang mit irgendeiner proletarischer Massenaktion, weder mit einem Massenstreik, noch mit einem Aufstand, also mit keinem Ereignis, welches klar und offen die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung oder die politische Herrschaft der Bourgeoisie gefährdete. Sacco und Vanzetti

waren keine Kommunisten, sondern haben sich als Anarchisten erklärt. Die Anarchistengefahr hat aber schon vor langem ihre Bedeutung für die Bourgeoisie verloren. Der Anarchismus ist keine Massenbewegung. Die Bourgeoisie fürchtet heute den Kommunismus, die Ideologie der revolutionären Arbeitermassen tausendmal mehr, als sie jemals den Anarchismus fürchtete. Anarchist zu sein, ist heute in den Augen des Kleinbürgertums ein viel kleineres Verbrechen, als Kommunist zu sein.

Von Beginn an war es ganz klar, daß weder Sacco noch Vanzetti irgend etwas mit der ganzen Raubmordangelegenheit zu tun hatten, daß sie vollständig unschuldig sind, daß die Beweise gegen sie einfach durch die Polizei fabriziert wurden. Nicht nur jeder Arbeiter, sondern auch jeder Kleinbürger hatte das Gefühl, daß die Polizei und die Gerichte mit denselben schmutzigen Mitteln morgen oder übermorgen auch gegen sie auftreten könnten.

Die besonders dramatischen Umstände der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit haben sehr stark auf die Einbildung des Kleinbürgertums und der Intelligenz eingewirkt. Fast volle sieben Jahre saßen die zwei Männer im Angesicht des Todes. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr wurde ihre Hinrichtung verschoben mit einer juristischen Pedanterie, einer Brutalität, welcher nur die amerikanische Bourgeoisie fähig ist.

Auch der Umstand, daß Sacco und Vanzetti „legal“, mit allen Formalitäten des „gesetzlichen“ Mordes hingerichtet waren, hat eine besonders aufpeitschende Wirkung ausgelöst. Wenn Dutzende in einem Straßenkampfe fallen, löst das nicht so viel Sympathie der kleinbürgerlichen Elemente aus wie „legale“, bewußt vorbereitete Hinrichtungen.

Sogar die für die nichtamerikanische Welt ungewöhnliche, außerordentliche Technik der Hinrichtung Saccos und Vanzettis spielte in der Erzeugung kleinbürgerlicher Sympathien eine große Rolle. Die Phantasie der europäischen Massen fand das Symbol des mechanisierten Amerika, den elektrischen Stuhl, als etwas Ungeheuerliches, da sie an die mehr „handwerksmäßigen“ Methoden der Hinrichtung in Europa, an den Galgen und Fallbeil gewöhnt ist. Die ungewöhnliche Art der Hinrichtung wird immer aufpeitschender und abstoßender. Man konnte z. B. feststellen, daß, obzwar das europäische und amerikanische Kleinbürgertum die Hinrichtung der chinesischen Kommunisten mit Genugtuung und Billigung aufnahm, es doch von der „primitiv-barbarischen“ Methode des Erwürgens mit der bloßen Hand abgestoßen wurde. Der „technische Fortschritt“ des elektrischen Stuhls in Amerika ging ebenso stark auf die Nerven des europäischen Kleinbürgertums, wie die „technische Rückständigkeit“ der bloßen Hand in China.

All diese Momente, die letzten Endes damit zusammenhängen, daß das Todesurteil gegen Sacco und Vanzetti nicht mit irgendwelcher wichtigen Massenaktion des Proletariats verbunden erschien, haben ermöglicht, daß sehr breite Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz die Sacco-Vanzetti-Angelegenheit als eine Angelegenheit der „Menschheit“ empfunden und sich in ihrer ersten Phase der Sacco-Vanzetti-Kampagne angeschlossen haben. Die Beteiligung dieser Schichten an der Kampagne hatte selbstverständlich einen pazifistischen Charakter angenommen — das Kleinbürgertum und die bürgerliche Intelligenz fühlen sich ja am wohlsten, wenn

sie nicht als Vertreter irgendeiner Klasse, sondern als Sprecher der „Humanität“, der „Menschheit“ erscheinen können. Man kann sogar feststellen, daß auch in manchen Schichten des Proletariats, wo die pazifistischen, humanitären Illusionen noch stark sind, diese „dramatischen“ Momente eine große Rolle spielten.

2. Der Gegensatz zwischen dem Schuldner Europa und dem Kreditgeber Amerika.

Die wachsende Verschuldung der europäischen Länder an den amerikanischen Imperialismus erhöht nicht nur die Abhängigkeit Europas von Amerika, sondern erzeugt auch Unzufriedenheit und, wenn auch einstweilen noch schwache, Zeichen der Auflehnung seitens Europas. Nicht nur das Kleinbürgertum und die Intelligenz, sondern auch gewisse Teile der Bourgeoisie in vielen europäischen Ländern sind gegen „Uncle Shylock“, der so schwer mit den Anleihen herausrückt und dann so schwere Zinsen für seine Dollars fordert, empört. Die Sacco-Vanzetti-Angelegenheit hat die europäische Bourgeoisie dazu benutzt, ihrer Unzufriedenheit und Rebellion gegen das amerikanische Finanzkapital, der sie offen keinen Ausdruck zu geben wagt, ein wenig freien Lauf zu lassen. Besonders in Frankreich, wo die Erbitterung wegen der Kriegsschulden an Amerika vielleicht am größten ist, wurde die Empörung der französischen Bourgeoisie gegen die Hartherzigkeit des amerikanischen Kreditgebers in eine Empörung gegen die hartherzige Hinrichtung Saccos und Vanzettis transformiert. Die Sacco-Vanzetti-Kampagne hat den Weg zum „Herzen“ der europäischen Bourgeoisie durch ihren seitens Amerika gefährdeten Kassenschrank gefunden.

3. Das Fiasko der Genfer Abrüstungskonferenz.

Der englisch-amerikanische Gegensatz wurde durch das Aufliegen der Genfer Seeabrüstungskonferenz ungemein gesteigert. Amerika benützte den Zusammenbruch der Verhandlungen nicht nur zu einer sofortigen Verstärkung seiner Seerüstung, sondern auch zu einer giftigen Kampagne gegen den englischen Imperialismus, den er für die Erfolglosigkeit der Konferenz und für die Fortsetzung der Seerüstungen verantwortlich machte. Da kam die Sacco-Vanzetti-Kampagne, und die öffentliche Meinung der britischen Bourgeoisie, die nie verlegen ist, wenn es sich um einen Gegenangriff handelt, benützte die Sacco-Vanzetti-Angelegenheit, um die amerikanische Bourgeoisie zu diskreditieren. Die englische Bourgeoisie versuchte gewissermaßen zu beweisen, daß dasselbe Amerika, welches für die unmenschliche Hinrichtung Saccos und Vanzettis verantwortlich ist, auch an der brutalen Seerivalität nicht unschuldig sein kann.

4. Die lateinisch-amerikanische Solidarität.

Erbitterung, Haß und Empörung steigern sich in der letzten Zeit in wahrhaft handgreiflichem Maße in den Ländern Mittel- und Südamerikas. Das Vorgehen des amerikanischen Imperialismus in Mexiko, besonders aber die blutige Intervention in Nikaragua haben die amerikanische Bourgeoisie zum meistgehaßten gemeinsamen Feind aller Latein-Amerikaner gemacht. Eine direkte Auflehnung gegen die Vorherrschaft des amerikanischen

Imperialismus bedeutet heute die ökonomische Unterdrückung und die politische Vernichtung. Die Protestaktion gegen die Hinrichtung Saccos und Vanzettis wurde so zur Auflehnung gegen die amerikanische Bourgeoisie in einer indirekten, also weniger gefährlichen Form. Sacco und Vanzetti sind ja bekanntlich Italiener, und in der Darstellung der gesamten Presse der latein-amerikanischen Länder erscheinen sie als Opfer des anglo-sächsischen Hochmuts und der angelsächsischen Brutalität, gewissermaßen als Symbole im Kampfe des latein-amerikanischen Nationalismus gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Alle diese Faktoren: der „allgemein menschliche“ Charakter der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit, der Gegensatz des Schuldners Europa zum Kreditgeber Amerika, die englisch-amerikanische Rivalität, die Auflehnung Latein-Amerikas gegen den amerikanischen Imperialismus, erklären, wie es geschehen konnte, daß sich so breite Massen des Kleinbürgertums und der Intelligenz an der Sacco-Vanzetti-Kampagne in der ersten Phase beteiligten und daß gewisse Teile der Bourgeoisie diese Kampagne am Anfang mit Wohlwollen oder mindestens mit Neutralität betrachteten. So konnte es geschehen, daß in der ersten Phase der Sacco-Vanzetti-Kampagne Hunderte und aber Hunderte der bürgerlichen Blätter gegen die Hinrichtung Saccos und Vanzettis Stellung nahmen, so konnte das Ungewöhnliche geschehen, daß sich die internationale Bourgeoisie in der Beurteilung der Hinrichtung zweier revolutionärer Arbeiter uneinig zeigte; ein wahrer Durchbruch hat den in den Fragen der Klassenjustiz sonst so hohen, breiten, widerstandsfähigen Damm der kapitalistischen Solidarität gesprengt. Wenn es sich um das Leben und den Tod verhafteter Revolutionäre handelt, versucht die Bourgeoisie gewöhnlich, die Vertreter des Proletariats als Bluthunde darzustellen, die das Hinrichten tausendmal verdienen, oder aber sie versucht die ganze Angelegenheit totzuschweigen, um eine breite Verteidigungskampagne unmöglich zu machen. In der Sacco-Vanzetti-Angelegenheit aber wurden die zum Tode Verurteilten in den sentimentalsten Farben geschildert, die rührendsten Szenen aus ihrem Familienleben hat man in Wort und Bild ausgemalt, man hat der Angelegenheit eine weitgehende Publizität wie noch niemals gegeben. Gewöhnlich benutzt die Bourgeoisie ihr Monopol auf die Mittel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung (Presse, Telegrammagenturen, Radiodienst) gegen die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz oder sie sperrt einfach alle Nachrichten ab. Die proletarische Presse aber ist, verglichen mit der bürgerlichen Presse, noch schwach und klein, sie kann nur eine verhältnismäßig nicht breite Schicht der Massen erreichen. Sehr oft, wenn die Arbeitermassen in lebenswichtigen Angelegenheiten des proletarischen Kampfes unbeweglich bleiben, geschieht das deshalb, weil sie unter dem überwältigenden Druck der bürgerlichen Presse und der öffentlichen Meinung stehen, oder aber weil sie durch die Nachrichtensperre des bürgerlichen Nachrichtenmonopols einfach von den Ereignissen nichts oder fast nichts erfahren können.

Die Sympathie breiter kleinbürgerlicher Kreise, das Wohlwollen oder die Neutralität gewisser Teile der Bourgeoisie haben so ermöglicht, daß in der Sacco-Vanzetti-Kampagne viel breitere Schichten der Arbeiterschaft von der Empörung ergriffen wurden und

sich an der Kampagne beteiligten als an früheren internationalen Solidaritätskampagnen, die vom Beginn an den ungeteilten Widerstand der gesamten bürgerlichen Welt gegen sich hatten. Dies ist (neben den schon oben geschilderten grundlegenden Faktoren: allgemeine internationale Lage, Linksschwenkung der Arbeitermassen, Wachstum der kommunistischen Parteien) die Erklärung für die ungewöhnliche Breite und Tiefe der internationalen Sacco-Vanzetti-Kampagne.

Diese Analyse aber ist stichhaltig nur für die erste Phase der Sacco-Vanzetti-Kampagne. Die zweite Phase zeigt ein grundverschiedenes Bild. Als die Arbeiter, von Haß und Erbitterung ergriffen, mit immer schärferen Mitteln der Massenaktionen, mit Streiks und Demonstrationen für das Leben ihrer proletarischen Klassengenossen ins Feld zogen, wendete sich rasch das Bild. Die Bourgeoisie aller Länder stellte sofort alle ihre Gegensätze zur amerikanischen Bourgeoisie in den Hintergrund und solidarisierte sich offen und endgültig mit der Henkerbourgeoisie der Vereinigten Staaten Amerikas. Dieselbe deutsche, französische und britische Bourgeoisie, die so sentimental gegen die Hinrichtung Saccos und Vanzettis Resolutionen, Leitartikel und Telegramme veröffentlicht hatte, maßregelte sofort mit derselben Brutalität wie die amerikanische Bourgeoisie Hunderte von streikenden Arbeitern und ließ sofort in die demonstrierende Arbeitermenge hineinschießen. Dieselben Kleinbürger und Kapitalisten, die im Namen der „Menschlichkeit“ gegen das Auslöschen zweier Menschenleben so viel zusammenjammerten, töteten und verwundeten sofort Dutzende und Dutzende Arbeiter nur deshalb, weil sie nicht nur mit Resolutionen, sondern mit revolutionären Aktionen für die Rettung der zwei hinzurichtenden Arbeiter kämpften.

Auf der Grundlage der obigen Analyse ergeben sich aus der internationalen Sacco-Vanzetti-Kampagne folgende internationale Lehren :

1. In der Atmosphäre der heutigen scharfen Klassengegensätze kann die Erbitterung der proletarischen Massen bei jeder wichtigeren Gelegenheit auch unerwartet zu spontanen revolutionären Ausbrüchen führen, die die kommunistischen Parteien nicht unvorbereitet treffen dürfen.

2. Jede wichtige Angelegenheit des proletarischen Klassenkampfes zeigt in unserer Periode die Tendenz, ein internationales Ereignis zu werden.

3. Es ist ungemein wichtig, jede Spaltung innerhalb der bürgerlichen Klassen sorgfältig zu analysieren und bis zum Letzten auszunützen. Man muß versuchen, für die proletarischen Kampfziele der Arbeiterklasse die möglichst breiten Schichten des Kleinbürgertums, des Bauerntums und der Intelligenz zu gewinnen oder mindestens zu neutralisieren. Gleichzeitig aber müssen wir uns von Beginn an darüber klar sein, daß diese kleinbürgerlichen Verbündeten oder Mitläufer immer unsichere Kantönisten bleiben und bei der ersten Verschärfung der Lage desertieren, ins gegnerische Lager überlaufen werden.

4. Zum Zwecke der Mobilisierung breitester Massen ist die Verstärkung unserer Arbeit in solchen Einheitsfrontorganisationen wie die MOPR (IRH) notwendig.

5. Die Formen und Nuancen der starken pazifistischen Stimmung, die, wie sich das auch in der Sacco-Vanzetti-Kampagne zeigte, noch in breiten Schichten des Proletariats vorhanden ist, müssen sorgfältig studiert und eben auch auf Grundlage der Erfahrungen dieser Kampagne bekämpft werden.

6. Das Nachrichtenmonopol der Bourgeoisie muß, soweit es nur in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, durch den Ausbau der selbständigen Arbeiterpresse und den selbständigen proletarischen Nachrichtendienst durchbrochen werden.

7. Und zuletzt das Wichtigste: Die kommunistische Partei ist der einzige verlässliche Organisator der revolutionären Massenaktionen des Proletariats. Auch die elementarste, spontanste Massenbewegung kann die Kapitalisten nicht wirksam bekämpfen und den Kapitalismus nicht besiegen, wenn sie nicht durch die kommunistische Partei organisiert und geführt wird. Es war ein großer Sieg für die Kommunistische Internationale, daß sich die kommunistischen Parteien, in Europa sowohl wie in Amerika, in der Sacco-Vanzetti-Kampagne auf der Höhe ihrer Aufgaben befanden und sich entschieden und ohne Verzug an die Spitze der Massenbewegung stellten.

WILHELM KOENEN-BERLIN:

DIE NEUEN DEUTSCHEN WUCHERZÖLLE

Der ersten Brüsseler Weltwirtschaftskonferenz folgte nach wenigen Monaten das Londoner Ultimatum. Der großen Weltkonferenz von Genua folgte in kaum Jahresfrist die Ruhrbesetzung. Der nach dreijähriger Vorbereitung endlich zustandekommenen Weltwirtschaftskonferenz von Genf folgte nicht nur der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen, sondern auch eine neue Welle schlimmster Hochschutzzollmaßnahmen und handelspolitischer Krisen.

Der deutsche Hauptdelegierte, Rechtsanwalt Dr. Lammer, Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Zentrumsabgeordneter im Deutschen Reichstag sowie Präsident der großen deutschen Wirtschaftsenquete, also ein Mann von Einfluß und Würden, mußte seinen Hauptbericht über die Weltwirtschaftskonferenz von Genf mit der Bemerkung schließen, daß als Erfolg nur zu vermerken sei die Tatsache des Zustandekommens einer solchen Konferenz unter Teilnahme von Amerika und Rußland und schließlich der Geist der Verhandlungen, der Geist der Verhandlungsbereitschaft. Das ist alles.

Der Staatssekretär Trendelenburg, ein vorsichtig diplomatischer Bürokrat, der alles „auftragsgemäß“ erledigt, schloß seinen Sonderbericht über den handelspolitischen Ausschuß, der die Zollfragen zu erörtern hatte, mit der Bemerkung, daß die Zollresolution das einzige praktische Resultat sei, daß aber die gemeinsame Aktion aller Staaten auf Zollabbau durch

den Völkerbund „nur wenig Aussicht auf Erfüllung“ habe.

Während Berichte solcher Art in den engeren Ausschüssen des Reichstags gegeben wurden, glaubte Herr Dr. Stresemann es dem Geist von Genf und Locarno immer noch schuldig zu sein, pathetische Erklärungen für die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz vortragen zu müssen. Dr. Stresemann unterstrich bekanntlich in seinem Bericht im Völkerbund besonders nachdrücklich den Satz der Zollresolution, der feierlich verkündet, „daß die Zeit gekommen ist, um der Steigerung der Zolltarife ein Ende zu machen und in umgekehrter Richtung vorzugehen“. Er forderte „den stufenweisen Abbau der Zolllasten“ und sprach dann von der „starken moralischen Verpflichtung“, die diejenigen fühlen, die unmittelbar im Rat vertreten sind. Er erwartete „aktive Unterstützung aller Länder und Regierungen“.

Aber kaum war Stresemann zurückgekehrt, da stellte sich heraus, daß auch für Deutschland das Wort gilt, das der französische Kapitalist Loucheur den ganzen Zollregelungsabsichten der Weltwirtschaftskonferenz entgegengesetzt hatte, indem er erklärte: „Meine Herren, Sie sind kein Ueberstaat. Die Zolltarife sind eine Angelegenheit der nationalen Souveränität.“

In Deutschland fand Loucheur mit seinem Gedanken, daß Zolltarife Angelegenheiten der nationalen Souveränität sind, sofort begeisterte Gegenspieler in der konservativen Presse. Das „vornehmste“ und „adligste“ Organ aus dem Kreise der agrarisch-konservativen Presse, die „Kreuzzeitung“, schrieb von den Weltwirtschaftsempfehlungen über den Zollabbau nicht anders als vom „Genfer Geschwätz“. Und im schroffsten Gegensatz zu dem am 16. Juni in Genf von Stresemann gegebenen pathetischen Bericht über den Zollabbau faßte am 18. Juni in Berlin das Reichskabinett unter agrarisch-konservativem Druck einen neuen Zollbeschluß, in dem es heißt:

„Die Beachtung der Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz schließt nicht aus, daß mit Rücksicht auf die Existenz der bäuerlichen Betriebe im Interesse der inneren Kolonisation einzelne landwirtschaftliche Zollsätze eine gewisse Erhöhung erfahren. Auf Grund dieser Erwägungen hat das Kabinett beschlossen, die Erhöhung des autonomen Kartoffelzolls auf 1 M. vom 1. Dezember 1927 ab, sowie die Streichung des Zwischenzolls für Schweinefleisch vorzuschlagen, so daß bezüglich des Schweinefleisches der Zollsatz des schwedischen Handelsvertrags von 32 Mark praktische Bedeutung erlangt. Außerdem hat das Kabinett die Erhöhung des autonomen Zuckerzolls auf 15 Mark unter erheblicher Herabsetzung der Zuckersteuer beschlossen.“

So sieht es in Deutschland aus, nachdem „die Zeit gekommen ist, um der Steigerung der Zolltarife ein Ende zu machen“. Das ist die Auswirkung der „starken moralischen Verpflichtung“ und der aktiven Unterstützung des stufenweisen Abbaues der Zolllasten, für die sich Stresemann in Genf begeisterte. Die deutsche Bürgerblockregierung behauptet allerdings, daß sie trotzdem, nach wie vor, fest auf dem Boden der von ihr anerkannten Genfer Weltwirtschaftskonferenz-Resolutionen stehe. Sie wolle das auch beweisen, indem sie, der ersten Empfehlung der Genfer Zollresolution folgend, durch eine Einzelaktion den Abbau der eigenen Tarife durchführen werde. Wirtschaftsminister Dr. Curtius kündigte an, daß über 200 der gegenwärtig geltenden 850 Positionen des

deutschen Zolltarifs erheblich herabgesetzt resp. zollfrei gemacht werden sollten. Wirtschaftspolitiker von gut bürgerlicher Gesinnung meinen allerdings, daß diese 200 Positionen eben die Lückenbüßer sind, die im Jahre 1925 zum größten Teil geschaffen wurden, um einen lückenlosen Zolltarif zu haben, der eine bessere Waffe in Handelsvertragsverhandlungen sein sollte. Die Handelsvertragskrisen, in denen Deutschland gegenwärtig steckt, haben nun der deutschen Bourgeoisie bewiesen, daß dieser lückenlose Tarif ein sehr übles Instrument ist. Mehr als ein Jahr Zollkrieg mit Polen, schlechte Handelsprovisorien mit der Mehrzahl der europäischen Staaten, Abbruch der Verhandlungen mit Kanada, Abbruch sogar mit Frankreich, das ist das Trümmerfeld der deutschen Handelsvertragspolitik.

Die deutschen Schwerindustriellen sind, um nicht die Leidtragenden zu sein, eigene Wege gegangen. Die finanziell erstarkte Schwerindustrie hat ihre Vereinbarungen mit Frankreich selbständig getroffen, der staatliche Zolltarif berührt diese Magnaten recht wenig. Jetzt wird bekannt, daß die Großkapitalisten auch ihre eigenen Verhandlungen mit der polnischen Industrie aufnehmen. Der schon erwähnte Abgeordnete Dr. Lammers (Reichsverband der Industrie), sowie Abgeordneter von Raumer (Elektroindustrie, Mitglied der Volkspartei) leiteten trotz Zollkrieg diese internen Verhandlungen mit der polnischen Industrie ein.

Hat damit der deutsche Hauptdelegierte aus der praktischen Ergebnislosigkeit der Weltwirtschaftskonferenz bereits seine echt privatkapitalistischen Folgerungen gezogen, so mußte auch die völkerbundsbegeisterte SPD die Genfer Pleite, das Versagen aller überstaatlichen Empfehlungen, schon offen eingestehen. Im ersten Aerger über die „kapitalistische Verständnislosigkeit“, an der in Genf die schönen Hoffnungen der Sozialpazifisten gescheitert sind, brachte der „Vorwärts“ am 22. Mai unter der Ueberschrift: Die Wirklichkeit gegen die Theorie, folgende später nie wieder erwähnte illusionsvernichtende Uebersicht:

„Man hat sich in Genf gegen die Kampftarife ausgesprochen, d. h. gegen die autonomen Zolltarife mit überhöhten Zollsätzen. Der Entwurf des neuen französischen Zolltarifs, um den gegenwärtig im französischen Parlament gekämpft wird, ist aber ein schlagendes Beispiel für einen solchen Kampftarif. (Verdoppelung und Verdreifachung der Vorkriegssätze) . . .

Der künftige spanische autonome Zolltarif wird ein Kampftarif schlimmster Art werden, ein Doppeltarif mit Minimalzöllen, die unabänderlich sein sollen.

Die Entartung des Schutzzollsystems kommt aber in keinem einzigen Zolltarif der Welt so stark zum Ausdruck, wie im neuen rumänischen „Kampf“-Zolltarif, welcher sämtliche Hindernisse, die dem internationalen Handel in den Weg gelegt werden können, in sich vereinigt. Er beseitigt die Meistbegünstigung überhaupt . . .

Neue Schutzzölle wurden in der letzten Zeit eingeführt, und zwar bezeichnenderweise von England, dem früheren Freihandelsland, das sich immer mehr vom Wege des Freihandels abwendet. (Folgen nähere Angaben). . . Erhöht wurden die indischen Eisenzölle, und es stehen noch eine Anzahl anderer Zollerhöhungen bevor. In Kanada und Norwegen wird man demnächst über eine Anzahl neuer Schutzzölle zu entscheiden haben. . . Auch unsere deutsche Bürgerblock-Regierung will das Volk mit der Erhöhung des Zucker- und Kartoffelzolls und mit der Aufhebung der zollfreien Gefrierflehischeinfuhr beglücken . . .“

Diese das ganze Genfer Geschwätz und den „Geist der Verhandlungsbereitschaft“ aufs ärgste kompromittierenden realen Tatsachen hat die SPD

später nie irgendwie ausgenutzt. Sie mußte das den Kommunisten überlassen. Sie predigte trotz alledem den Arbeitern weiter vom Völkerbund und seinen friedensichernden, völkerbefreienden Konferenzen.

Mit ihrer Begrüßung der Konferenzbeschlüsse als „dem Wege zur Schaffung eines neuen Rechtes“, wie E g g e r t (ADGB) sich ausdrückte, begünstigt die SPD, entgegen ihrem besseren Wissen, das heuchlerische Treiben der Bürgerblock-Regierung, die jetzt, fast widerstandslos, trotz Genf neue Lebensmittelwucherzölle durchführt. Die Gründe für diese widerspruchsvolle Politik sind sehr verschiedener Art. Sie sind hauptsächlich innenpolitischer Natur. Die Bürgerblock-Regierung ist innerlich keineswegs besonders gefestigt. Die führende Trustbourgeoisie hat immer wieder mit den Schwierigkeiten zu rechnen, die ihnen die agrarischen Interessenten und die kleinbürgerlichen Kräfte in den Regierungsparteien machen. Auch liberale und klerikale Differenzen sind noch auszutragen. Dazu kommen Meinungsverschiedenheiten über zentralistischen oder föderalistischen Aufbau der Gesetzgebung. An diesen inneren Reibungen sind schon manche Gesetze zeitweilig gescheitert, so z. B. das sogenannte Jugendlustbarkeitsgesetz, das seit Jahren vorbereitete Schulgesetz, eine Vorlage über Portoerhöhungen, die Kohlenpreiserhöhung und andere Dinge. In diesen Zustand der Schwierigkeiten und der Schwankungen trugen die Großagrarien neue Verwirrung, als sie zum Ablauf des Zollermäßigungs-gesetzes für Juli 1927 mit ihren neuen agrarischen Zollforderungen auftraten. Ihr Hauptargument war, daß die Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie gegenüber der Vorkriegszeit auf dem Zollgebiet stark benachteiligt sei. Die Industrie habe zum Teil höhere Schutzzölle als in der Vorkriegszeit, die Landwirtschaft allein hätte sich bisher Zollermäßigungen gefallen lassen müssen. Die Diskussionen innerhalb der Regierung und der Parteiführerkonferenzen des Bürgerblocks führten nun zu einem Ausbalanzieren der Kräfte in der Weise, daß den Klerikalen des Zentrums die erneute Vorlage eines reaktionären Schulgesetzes und des Jugendlustbarkeitsgesetzes versprochen wurde, während die Trustmagnaten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei die besonderen antisozialen Gesetze über Arbeitsgerichte, Arbeitszeitverlängerungen und Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Beitragsleistung der Arbeiter erhielten und den Agrariern einige Lebensmittelzollerhöhungen zugesprochen wurden.

Die deutsche Großbourgeoisie fühlt sich eben zwecks Festigung ihrer Herrschaft veranlaßt, die besitzenden Schichten auf dem Dorfe, also die Großbauern, wirtschaftlich besonders zu stärken, um sie so auch politisch fester an sich zu binden. Auf die Großbauern sind die jetzt beschlossenen Zollerhöhungen ganz besonders abgestellt.

Die Großbauern werden von der Verteuerung der Lebensmittel ganz erhebliche Vorteile haben. Und da sie im Dorfe tonangebend sind, so wird es ihnen ein leichtes sein, den Kleinbauern einzureden, daß auch sie Nutzen von den Zöllen haben werden. Die Zollreden des Ernährungsministers Schiele, der selbst deutschnationaler Gutsbesitzer ist, waren ganz und gar auf die Gewinnung dieser Bauernmassen eingestellt. Es kann leider auch keinem Zweifel unterliegen, daß tatsächlich der größte Teil der deut-

schen Bauernmassen für diese Zollpolitik leicht zu begeistern ist, obwohl der Kleinbauer infolge der geringen Mengen, die er zum Verkauf stellen kann, von den erhöhten Zöllen praktisch viel weniger Nutzen hat, als er durch die Industriezölle beim Kauf der Produkte, die er für seine Wirtschaft und Familie braucht, Schaden leidet. Die KPD hat das wieder in zahlreichen Artikeln, Reden und Anträgen nachgewiesen.

Den Willen, das Bündnis mit der Bauernschaft durch die Trustbourgeoisie tatkräftig zu verwirklichen, bekundete der volksparteiliche Wirtschaftsminister Dr. Curtius nachdrücklichst durch die offizielle Erklärung, daß die „frühere Parität des Zollniveaus für landwirtschaftliche Produkte und für Industriewaren durch Erhöhung des Kartoffel- und Fleischzolles wiederhergestellt werden solle“. Die deutsche Trustbourgeoisie akzeptierte die Zollvorlage mit mehr als 250 Millionen Extraprofit für die Landwirtschaft als ein Mittel, das Bündnis zu verstärken, selbst auf die Gefahr hin, daß aus den eintretenden Lebensmittelpreissteigerungen sich die heftigsten Lohnkämpfe mit der Arbeiterschaft entwickeln. Durch Schlichtungsverfahren, gestützt auf die Arbeitsgemeinschaftspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer, durch Schiedssprüche mit amtlichen Verbindlichkeitserklärungen, sowie durch weitere Rationalisierung der Betriebe, also gesteigerte Ausbeutung, glauben sie mit den Forderungen der Arbeiterschaft fast kampfflos fertig zu werden. Da der Wirtschaftsminister Curtius zur Stärkung des inneren Marktes neben der Steigerung der Kaufkraft der Bauern durch Zoll erhöhungen auch eine Hebung der Reallöhne der Arbeiterschaft für unbedingt erforderlich erklärte, so muß die Zollpreistreiberei ein neuer Ansporn für die rücksichtslosesten kapitalistischen Rationalisierungsmethoden werden, denen sich auch die Agrarkapitalisten mehr und mehr zuwenden.

Großagrariern und Trustbourgeoisie trafen sich außerdem bei der einheitlichen Vertretung der Zollvorlage noch in dem gemeinsamen Willen, Deutschlands imperialistische Rüstung gegenüber der anwachsenden Kriegsgefahr nach Kräften zu verstärken. Die deutschnationale Presse betrieb ihre Agitation in den schwankenden städtischen Mittelschichten sogar hauptsächlich mit dem Argument, daß durch Schutzzölle die heimische Landwirtschaft systematisch gefördert werden müsse, damit Deutschland beim Ausbruch eines neuen Krieges besser als früher mit Lebensmitteln versorgt sei. Die kapitalistische Großbourgeoisie war von vornherein bereit, die Landwirtschaft zu den Produktionszweigen zu rechnen, die ohne einen besonderen Zollschutz im Lande nicht rentabel sind, aber für den Kriegsfall als unbedingt lebenswichtig betrachtet werden müßten. Es gehört also zu der neuen imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie, wenn sie durch die neuen Zollerhöhungen den Agrariern Extraprofite gewährt, damit sie sich zu einer derartigen Steigerung der Lebensmittelproduktion veranlaßt sehen, durch die das Land „im Ernstfall“ sich selbst ernähren kann. Die Herrschaften sind sich dabei durchaus bewußt, daß die Erhöhung der Schutzzollmauern keineswegs die internationalen Beziehungen günstiger gestaltet. Die neuen Hochschutzzölle verschärfen in der gegenwärtigen

Situation die wirtschaftlichen Widersprüche und die schon vorhandenen Konkurrenzkämpfe der großen Kapitalsgruppen auf dem Weltmarkt in geradezu potenziertes Weise. So sind neben den oben zitierten Kampfzöllen anderer Staaten auch die neuen Lebensmittelzölle Deutschlands eine weitere Zuspitzung der imperialistischen Kriegsgefahr.

Die gegenwärtigen Zollerhöhungen für **Kartoffeln** und **Schweinefleisch** richten sich, wie sich aus den der Regierungsbegründung beigegebenen Statistiken ergibt, ganz besonders gegen **Polen**.

Ueber diese antipolnische Einstellung der Zollbeschlüsse spricht man aber in Deutschland weder in der öffentlichen Diskussion noch in den Reichstagsausschüssen, sie wird als selbstverständlich betrachtet. Die agrarkonservative Presse der zollüsterne Ostelbier richtet ihre außenpolitischen Angriffe gegenwärtig vor allem gegen Sowjetrußland. „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“, also die typisch junkerlich-agrarischen Blätter sind es, die bei der Hetze gegen die Sowjetunion die stärksten Töne anschlagen. Sie waren es, die den englischen antibolschewistischen Kriegstreibern offen die Entschädigungsfrage für die deutsche Teilnahme an einem Kriege gegen die Sowjetunion stellten. Sie betreiben neben der Zollpropaganda die planmäßigste Agitation für die Vermehrung der Reichswehr, für die Zulassung verstärkter militärischer Ausrüstungen durch die Entente, und sie begrüßten am lebhaftesten die demonstrative Teilnahme der deutschen Reichswehr-offiziere an den englischen Manövern. Sie sind außerdem zu den Hauptschreibern gegen das russische Außenhandelsmonopol geworden, wobei sie ausdrücklich betonen, daß sich ihre agrarischen Schutz-zollforderungen auch gegen die, durch das Außenhandelsmonopol zu einer gefährlichen Konkurrenz werdenden, russischen Agrarprodukte richten.

Die neuen Lebensmittelzölle sind also ganz eindeutig politisch begründet. Sie sind nicht als Finanzzölle gedacht. Die ersten Industriezölle, die die deutsche Republik durch die Wirth-Regierung des Jahres 1922 mit Zustimmung der SPD wieder einführt, waren reine Finanzzölle. Sie dienten in der damaligen Inflationszeit hauptsächlich der Verstärkung des Devisenfonds. Inflationsländer wie Frankreich befinden sich gegenwärtig erst in diesem besonderen Stadium, was rein kapitalistisch ihre Hartnäckigkeit in Genf erklärt. Wenn es sich in Deutschland heute beim Kartoffel-, Schweinefleisch- und Zuckerzoll nicht um Finanzfragen des Reiches handelt, so heißt das keineswegs, das im ganzen genommen die Reichseinnahmen an Zöllen gering wären. Diese Einnahmen sind vielmehr in den letzten Jahren direkt sprunghaft gestiegen. Sie betragen im Jahre 1924: 356 000 000 Mark, 1925: 590 000 000 Mark und 1926 bereits 940 000 000 Mark, übersteigen also im Jahre 1927 bei weitem eine Goldmilliarde. In den letzten beiden Jahren machten die Einnahmen aus reinen Agrarzöllen etwa ein Fünftel der Gesamtzolleinnahmen aus. Der Finanzminister Köhler, ein Zentrums- und Reichsbannermann, erklärte in seiner Begründungsrede zur Zollvorlage ausdrücklich, daß es sich bei den neuen Lebensmittelzöllen nicht um die Steigerung der Reichseinnahmen, sondern ausschließlich um den „Schutz der heimischen Landwirtschaft“ handle. Der Reichsfinanzminister hat damit nur insofern recht, als die deutsche Republik gegenwärtig tatsächlich keiner Neueinnahmen be-

darf, da sie infolge der steigenden Wirtschaftskonjunktur sehr erhebliche Steuerüberschüsse macht. Trotz der Geschenke, die den Besitzenden in den letzten beiden Jahren durch die wiederholten Steuererleichterungsgesetze gemacht wurden, brachten die Steuern und Zölle in den Monaten April und Mai 1927 eine Mehreinnahme von 350 000 000 Mark gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres. Auf das Jahr umgerechnet würde das eine Mehreinnahme von mehr als anderthalb Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahre bedeuten. Da etatmäßig die Gesamteinnahme von 7 Milliarden für 1926 auf $7\frac{1}{2}$ Milliarden für 1927, also nur um eine halbe Milliarde steigen soll, so ist ein runder Milliardenüberschuß zu erwarten. Und diese Mehreinnahmen fließen ausschließlich aus den die breiten Massen der Werktätigen belastenden Steuern und Zölle. Denn im April wurde wieder festgestellt, daß neben dieser Ueberschußwirtschaft die Besitzenden auch die geringen Steuern, die sie zahlen müssen, größtenteils noch schuldig bleiben. Der Finanzminister Köhler mußte auf kommunistische Anfragen hin das Geständnis ablegen, daß die Selbsteinschätzer, also die Besitzenden, im April 1927 für das abgelaufene Etatjahr 1926 sich noch mit einem Steuerbetrag von 650 000 000 Mark im Rückstand befanden, wobei für die Hälfte dieses Betrages nach Jahresfrist noch nicht einmal Mahnungen verschickt waren.

Nachdem die neudeutsche Republik finanziell so glänzend dasteht, kann sie natürlich auch für ihre Monarchisten wieder einmal etwas tun. Für den Extragewinn, den die Junker machen, ist das Schwindelmanöver, das mit der Erhöhung des Zuckerzolls unter gleichzeitiger Senkung der Zuckersteuer durchgeführt wird, besonders charakteristisch. Die Bürgerblock-Regierung hat neben der Erhöhung des Zuckerzollens von 10 bis 15 Mark pro Doppelzentner nämlich eine Ermäßigung der bisherigen Zuckersteuersätze von 21 auf 10,50 Mark beschließen lassen. Diese Steuerherabsetzung gleicht die Zollerhöhung in ihrer Wirkung auf die Inlandspreise fast völlig aus, so daß der Handelspreis für Zucker ungefähr der gleiche bleiben wird. Durch dieses Manöver wird ein Betrag von etwa 60 000 000 Mark, der bisher als Steuer der Reichskasse zufließt, den Zuckerrüben bauenden Großgrundbesitzern und ihren Zuckerfabriken zugeschoben. Der „Vorwärts“ bemerkt in einer schwachen Stunde zu diesem Manöver:

„Das ist ein sehr großer Betrag, wenn man bedenkt, daß die gesamte Einkommensteuerzahlung der Landwirtschaft im Jahr sich nur auf etwa 70 bis 80 Millionen Mark stellt.“

Den Zuckerrüben bauenden Großgrundbesitzern wird danach jetzt Jahr für Jahr fast der gesamte Betrag der Einkommensteuerzahlung der deutschen Landwirtschaft zugewendet. Dieses Manöver ist der Paarung von Junkern und Jesuiten, die sich im Bürgerblock zusammengefunden haben, an Frechheit und Zynismus wirklich würdig. — Die Zuckerindustrie gehört zu 95 Prozent den Großgrundbesitzern, die den Zuckerrübenbau betreiben. Sie sind außerordentlich fest kartelliert und besitzen ein lückenloses Monopol, womit diesen tüchtigen Agrariern der volle Extragewinn durch Aufrechterhaltung der bisherigen Kartellpreise unbedingt gesichert ist. Von einer nennenswerten Einfuhr kann beim Zucker nicht die Rede sein, da Deutschland bekanntlich eine der wichtigsten Zuckerproduktionsländer ist. Die Regie-

rungsbegründung schreibt selbst, das die produzierten Mengen vom Inland nicht mehr aufgenommen werden können und das die Herabsetzung der Zuckersteuer erfolgen mußte, um durch Senkung der Exportpreise des deutschen Zuckers den Absatz zu heben. Das Manöver, bei gleichzeitiger Zollerhöhung die Zuckersteuer zu senken, ist also ausgeprägte handelspolitische Kampfmaßnahme.

Eine ähnlich rigorose Profitmacherei ist mit der Kartoffelzollerhöhung verbunden. Die deutsche Kartoffelernte betrug im Durchschnitt der Jahre 1909/13: 37,9 Millionen Tonnen und 1922/25: 37,8 Millionen Tonnen. Die Produktion wurde also trotz Abtrennung ganzer kartoffelbauender Provinzen wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht. Der Hektarertrag zeigt eine dauernde Vermehrung. Der Eigenproduktion von 37,8 Millionen Tonnen Jahresdurchschnitt steht ein durchschnittlicher Einfuhrüberschuß von nur 156 000 Tonnen gegenüber. Das ist noch weniger als ein halbes Prozent des Gesamtverbrauchs. Es klingt wie Spott und Hohn, wenn angesichts einer solchen minimalen Einfuhr, die noch dazu meist in teuren Frühkartoffeln besteht, die ostelbischen Junker behaupten, daß sie sich durch Zollerhöhungen vor der ausländischen Konkurrenz schützen müßten. Die Zahlen beweisen, daß die durch Zollerhöhungen herbeigeführten Kartoffelpreiserhöhungen tatsächlich hundertprozentig den deutschen Großagrariern als Extrageinn zu fallen. Die dreiste Behauptung, daß die Kleinbauern den größten Vorteil bei der Kartoffelpreiserhöhung haben würden, erweist sich sogar an Hand amtlicher Statistiken als Schwindel. Danach können auf die Millionen ländlicher Kleinbetriebe unter 5 Hektar nur etwa 30 Prozent der Kartoffelproduktion gerechnet werden. Diese Produzenten verbrauchen selbstverständlich die gebauten Kartoffeln völlig für ihren eigenen Bedarf einschließlich Viehfütterung. Nicht viel anders liegt es bei den Mittelbetrieben mit 5 bis 20 Hektar, die als typische Familienwirtschaften mit Kleinviehhaltung von den 30 Prozent der Produktion, die auf sie entfallen, auch nicht viel abgeben können. Die Großbauern mit Betrieben von 20 bis 100 Hektar, sowie die großen Güter mit mehr als 100 Hektar sind zahlenmäßig nur ein geringer Bruchteil der landwirtschaftlichen Betrieb. Sie aber bringen jeder etwa 20 Prozent, also zusammen rund 40 Prozent der Kartoffelproduktion auf. Der Anteil des Eigenbedarfs ist in diesen Betrieben relativ sehr gering. Sie werfen also fast ihre gesamte Kartoffelproduktion auf den Markt; sie sind die Nutznießer der neuen Kartoffelpreissteigerung.

Ein allgemeiner Kartoffelzoll bestand in der Vorkriegszeit nicht. Nur für Frühkartoffeln wurden zeitweilig geringe Zollsätze erhoben. Durch die erste Bürgerblock-Regierung unter Luther, Graf Kanitz und v. Schlieben, wurde 1925 der erste Kartoffelzoll mit 25 Pfennig für den Doppelzentner neu eingeführt. Im Jahre 1926 erfolgte auf Grund einer besonderen Ermächtigung bereits die erste Verdoppelung des Zollsatzes auf 50 Pfennig. Jetzt im Jahre 1927 tritt zum 1. Dezember auf Grund des neuen Zollgesetzes wieder eine Verdoppelung des Zollsatzes, also eine Erhöhung auf eine Mark pro Doppelzentner ein. Nun sind gegenwärtig die Kartoffelpreise in den Großstädten bereits auf mehr als das dreifache der Vorkriegspreise gestiegen. Gegenüber 1924 bis 1925 ist im Sommer 1927 nahezu eine Verdoppelung der Kar-

toffelpreise zu verzeichnen. Diese Preiserhöhung ist eine unmittelbare Auswirkung der inzwischen neugeschaffenen und erhöhten Kartoffelzölle in Verbindung mit mäßigen Ernteerträgen. Die in dieser Weise hinaufgetriebenen Kartoffelpreise sollen durch die neue Zollerhöhung auf der vollen Höhe festgehalten werden, was eine schamlose Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung zugunsten der Agrarier bedeutet. Das Ausmaß dieser skandalösen Bereicherung wird besonders kraß durch die Entwicklung der Kleinhandelspreise in Berlin beleuchtet. In den Berliner Proletariervierteln kosteten 10 Pfund Eßkartoffeln 1913 durchschnittlich 35 Pfennig. Im März 1927 kosteten sie bereits 70 Pfennig, um dann Anfang Juni auf 1,10 bis 1,25 Mark im Preise zu steigen. Für diese maßlos überteuerte Massenversorgung der Großstädte kommen, wie die Verkehrszahlen der Eisenbahn und der Binnenschiffahrt beweisen, nur die riesigen Kartoffelfelder der ostelbischen, agrarischen Provinzen in Frage. Die dortigen Großgrundbesitzer, die preußischen Junker sind also die Hauptnutznieser der durch die Schutzzollmaßnahmen hochgetriebenen, wucherischen Kartoffelpreise. Dieser Extraprofit wird allein auf etwa 100 Millionen Mark berechnet.

In der gleichen Weise steigen auch die Brotpreise seit Mai 1925 unausgesetzt. Die Methode der Gewichtsverminderung des Brotes erleichtert die Preistreiberei der Zollräuber. Kaufte man noch 1913 etwa 2000 Gramm Brot für 40 Pfennig, so müssen heute schon für 1015 Gramm 50 Pfennig bezahlt werden. In Berlin wird gerade jetzt wieder beabsichtigt, das Brotgewicht auf 865 Gramm für 50 Pfennig herabzusetzen. Den Mehrgewinn streichen die durch Zollschränken gegen die Einfuhr billigeren Auslandsgetreides geschützten Großagrarier, Mühlenbesitzer und Bäckermeister ein. Der Mehlsatz, der heute 12,50 Mark beträgt, wurde 1925 erstmalig auf 8 Mark festgesetzt. Die neuen Sätze von 12,50 Mark konnten infolge von Meistbegünstigungsklauseln bisher noch nicht in Wirksamkeit treten. Immerhin waren schon Sätze von 10,50 bis 11,50 Mark in Geltung. Diese Sätze kamen mit dem Scheitern der Handelsverträge mit Kanada und Frankreich am 1. Juli zu Fall, und der autonome Zollsatz von 12,50 Mark trat allgemein in Kraft. Jetzt ist dieser hohe Satz offiziell in den Zolltarif aufgenommen und zum Mindestsatz erklärt. War es der Bürgerblock-Regierung mit Unterstützung der SPD in den letzten Monaten schon gelungen, der werktätigen Bevölkerung den höchsten Brotpreis aufzuerlegen, den sie je gekannt hat, so wird jetzt die Mehlsatztreiberei der Auftakt zu weiteren Brotpreissteigerungen sein.

Um die volle Auswirkung des Mehlsatzes bei der Preisbildung auf alle Fälle zu sichern, wurde den Agrariern noch das Privileg der Einfuhrscheine gegeben. Die Einfuhrscheine sind eine Einrichtung, die, wie das „Berliner Tageblatt“ einmal schrieb, „nur in Deutschland besteht, also gewissermaßen eine deutsche Spezialität darstellt“. Sie besteht darin, daß bei der Ausfuhr deutscher Landesprodukte eine Bescheinigung ausgestellt wird, die den Inhaber berechtigt, später die gleiche Menge dieser Ware zollfrei aus einem beliebigen anderen Lande wieder einzuführen. Angeblich dient das der Marktregulierung und der Eisenbahnfrachtersparnis. Praktisch steht die Sache so: Sind dem Gutsbesitzer in der Ernte-

zeit die Inlandspreise seiner Erzeugnisse nicht hoch genug, da' ja nach der Ernte die kleinen und Mittelbauern zunächst um jeden Preis verkaufen müssen, so liefert der Gutsbesitzer seine Ware zunächst in ein mit der Ernte vielleicht noch rückständigeres Ausland, wofür er Einfuhrscheine erhält. Die damit künstlich erzeugte Knappheit steigert dann allmählich den Inlandspreis. Der Junker führt später dann billig auf dem Weltmarkt gekaufte Getreide zollfrei ein, um es zu gestiegenen Inlandspreisen abzusetzen. Meist verfahren die Gutsbesitzer noch praktischer, indem sie die Einfuhrscheine, die sie nach der Ausfuhr ihrer Produkte bekommen, sofort an einen Großhändler verkaufen, der dann später darauf wieder Getreide einführt. Der Junker bekommt so sein Geld sofort in vollem Betrage und verdient dabei den ganzen Betrag, den der Zollsatz ausmacht. Auf diese Weise wandern selbst solche Getreidearten, die Deutschland für seine Ernährung eigentlich gar nicht entbehren kann, zur Erntezeit zunächst ins Ausland, zur höheren Ehre der großagrarischen Bankkonten. — Und diesem infamen System haben bei seiner ersten Wiedereinführung in der Nachkriegszeit auch die Sozialdemokraten Braun, Hörsing und Genossen im Reichsrat ihre Zustimmung gegeben. Kein Wunder, daß die Bürgerblock-Regierung diese Ausplünderungsmaßnahme in der jetzigen Zollvorlage rücksichtslos weiter ausbaut.

Auch die Erhöhung des Schweinezolls wurde auf ähnlich merkwürdigen Umwegen erreicht. Die Festsetzung des Schweinefleischzoll auf 21 Mark pro Doppelzentner trat im Jahre 1925 mit den ersten Fleischzöllen der Nachkriegszeit in Geltung. Man begnügte sich vorerst mit der Hälfte der Vorkriegssätze. Als dann 1926 der Handelsvertrag mit Schweden abgeschlossen wurde, benutzte man diese Gelegenheit, um ganz überraschend einen Zollsatz von 32 Mark zu vereinbaren, der damals ohne Wirkung bleiben mußte, da Schweden als Schweinefleischlieferant gar nicht in Frage kommt. Das hinderte aber nicht, diesen Satz zur Grundlage späterer Handelsverträge und Zollabmachungen zu nehmen, um nunmehr auch im Zolltarifgesetz die Erhöhung von 21 Mark auf 32 Mark zu verallgemeinern. Für Schweinefleisch gilt, ähnlich wie für Kartoffeln, daß der Bedarf annähernd durch die eigene Produktion befriedigt wird. Dazu spricht selbst das amtliche Material noch von der „fortschreitenden Entwicklung der Schweinezucht“ und betont, daß gegenüber der Vorkriegszeit „besonders die Schweine höhere Schlachtgewichte aufweisen“.

Bei 30 000 000 Doppelzentner Fleischverbrauch werden nur noch 6 Prozent Frischfleisch nach Deutschland eingeführt, wovon knapp 2 Prozent auf Schweinefleisch entfallen. Dieser außerordentlich geringe Einfuhrüberschuß zeigt, daß es auch hier nicht auf den Schutz einer „notleidenden heimischen Industrie“ gegen eine „übermächtige billige Einfuhr“ ankommt. Die Zollvorlage mit ihrer neuen Erhöhung hat nur den Zweck, den Schweinefleischpreis weiter zu steigern, obwohl die Regierungsvorlage selbst zugeben muß, daß die weitere Steigerung des Bedarfs „mit Rücksicht auf die verringerte Kraftweiter Schichten bezweifelt werden kann“. Für die Schweinezucht gilt, wie für den Kartoffelbau, daß sie vorwiegend in den ostelbischen Bezirken betrieben wird; also auch hier fällt der Mehrertrag hauptsächlich den Großgrundbesitzern Ostelbiens zu. Dieser Gewinn würde sich auf Grund der Regierungsangaben über den Schweine-

fleischbedarf auf 330 000 000 Mark allein für die Zollspanne zwischen 21 Mark und 32 Mark je Doppelzentner beziffern! Selbst wenn man annimmt, daß nicht die Zollsteigerung in ganzer Höhe auf den Preis geschlagen wird, und außerdem den Eigenverbrauch abrechnet, müssen wir ein Minimum an Mehrgewinn von jährlich 100 000 000 Mark annehmen.

Die bisherigen Lebensmittelzölle belasteten die Werkstätigen Deutschlands mit jährlich rund einer Milliarde Goldmark. Die neuen Zollsätze helfen dazu, diese Belastung um eine weitere Viertelmilliarde zu steigern. Die Auswirkung der Erhöhungen auf die Lebenshaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie sind an einem Beispiel berechnet worden, wobei zugrunde lag, daß wöchentlich zweimal ein Pfund Schweinefleisch (auch in Wurst verarbeitet) verbraucht wird, ferner 4 Pfund Zucker, 30 Pfund Kartoffeln, 10 Pfund Brot und 2 Pfund Mehl; danach hätte die Belastung durch die bisherigen Zollsätze jährlich 25,22 Mark ausgemacht, die durch die erhöhten Zollsätze entstehende würde 40,04 Mark betragen. Rechnen wir dazu noch die Belastung durch die Brotgetreidezölle mit in unserem Falle 13 Mark jährlich, sowie die kleineren Zollposten, so kommen wir auf eine Zollausgabe von rund 60 Mark, so daß der Arbeiter jährlich zwei Wochen nur für die Junkerprofite, die von der Zollseite herkommen, arbeiten muß.

Die verräterische Stellungnahme der SPD-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie zum neuen Zollwucher wurde sehr begünstigt durch die Kompliziertheit der Gesetzgebung. Nicht nur waren die neuen Zollsätze vorwiegend schon durch Sondergesetze und Handelsverträge festgelegt, es war daneben noch eine besondere Erschwerung der Agitation, daß die neuen Zollerhöhungen in ein schon bestehendes Zollermäßigungs-gesetz hineingearbeitet waren. Das ermöglichte der SPD die Durchführung eines raffinierten parlamentarischen Doppelspiels. Nachdem wochenlang in Artikeln und Reden Opposition gegen die neuen Zollerhöhungen gemacht worden war, stimmten die SPD-Minister Preußens bei der ersten Stellungnahme des Reichsrates demonstrativ gegen die Erhöhung der Kartoffel- und Zuckerzölle. Sie erreichten mit Unterstützung einiger Demokraten und Zentrumsleute sogar im Reichsrat, einer Vertretung der Länderregierungen, die Ablehnung dieser beiden Zoll-erhöhungen. Dafür ließen sich die Herren Minister dann wochenlang im ganzen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blätterwald als die heldenhaften Volkstribunen der Weimarer Koalition feiern. Als danach die Zollvorlage mit dem teilweise ablehnenden Beschluß des Reichsrates in den Reichstagsausschuß zur Diskussion stand, erklärte Herr Hilferding jedoch, daß die SPD-Fraktion gar nicht daran denke, das Gesetz über die Zolländerungen etwa durch Obstruktion zu Fall zu bringen. Er forderte nur, daß man die jetzigen Zolländerungsvorschläge vertage, um dann im Herbst erneut über den gesamten Komplex der Zollpolitik ausführlicher zu verhandeln. Welchen Sinn diese Verhandlungen haben sollten, ging aus der Antwort des Zentrumsabgeordneten Dr. Lammer (Präsidentenmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie) hervor, der eine Vertagung nur deshalb nicht mehr für notwendig hielt, weil man mit der SPD ja doch bei früheren Verhandlungen schon bis auf $\frac{1}{2}$ Prozent Restdifferenzen einig geworden sei. Dieser Schacher der

SPD-Führer und Gewerkschaftsbürokraten mit den Herren vom Reichsverband der Deutschen Industrie entspricht durchaus der grundsätzlichen und politischen Stellungnahme, die sie gegenüber den bisherigen Zollentscheidungen eingenommen haben. In Hilferdings Referat auf dem Kieler Parteitag wird die Notwendigkeit von Industriezöllen bedingt anerkannt. In dem neuen Agrarprogramm der SPD, das in Kiel beschlossen wurde, wird zwar gefordert, daß die Lebensmittelzölle durch ein staatliches Handelsmonopol ersetzt werden sollen, daß aber, so lange diese Programmforderung nicht verwirklicht werden kann, als „vorläufige Maßnahme“ eine „maßvolle Zollpolitik“ vertreten werden müsse. In den „Sozialistischen Monatsheften“ vom Mai 1927 wird durch einen Artikel von Wilhelm Englers die Schutzzollpolitik für Agrarprodukte schon ganz mit den Argumenten der Großagrarien und des Landbundes verteidigt. Dieser Englers, sowie Schippel und andere Schutzzollanhänger, haben dem Kieler Agrarprogramm zugestimmt, sie bewegen sich also gegenwärtig auf der politischen Linie ihrer Partei.

Praktisch tragen die SPD-Führer sogar die volle Verantwortung für die Wiedereinführung der ersten Zölle der Nachkriegszeit. Die schon erwähnten Finanzzölle auf Industrieprodukte und einige Kolonialartikel, die noch in der Inflationszeit beschlossen wurden, wurden unter der Wirth-Regierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister Radbruch und Köster durch den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Robert Schmidt, einen der Führer des ADGB, vertreten und durchgesetzt. Diese erste sozialdemokratische Durchbrechung des Freihandelssystems, das für Deutschland von 1919 bis 1922 galt, zog die anderen Maßnahmen späterer Marx-Stresemann-Regierungen nach sich. Um dieser Linie einer „maßvollen Zollpolitik“ als vorläufige Maßnahme nicht untreu zu werden, trat Hilferding jetzt jedem Versuch einer Obstruktion mit allen Mitteln entgegen. Schon die erste Redezeitverkürzung, die die Bürgerblock-Parteien entgegen den Forderungen der Kommunisten vorschlugen, fand die Zustimmung der SPD-Fraktion. Auf diese Weise wurde die bisher übliche beschränkte Redezeit von einer Stunde schon bei der ersten Lesung der Zollvorlage im Reichstag auf nur dreiviertel Stunden herabgesetzt. Damit waren die ersten formellen Voraussetzungen für jede wirksame parlamentarische Obstruktion gegen die Zollvorlage zerschlagen. Vor der Arbeiterschaft führten die Hilferdinge als Begründung für diese reaktionären Schritte an, daß im Falle des Nichtzustandekommens des vorliegenden Zolländerungsgesetzes die höheren Sätze des Zolltarifs von 1902 in Kraft treten würden. Diese faule Ausrede mußte auch dann wieder herhalten, als der Umfall der SPD-Minister bei der wiederholten Stellungnahme des Reichsrats begründet werden sollte. Als am 14. Juli die SPD-Minister durch einen neuen Einspruch im Reichsrat den ganzen Zollraub hätten formell zuschanden machen können, schrieb der „Vorwärts“ tatsächlich, so wie es Hilferding einige Wochen vorher schon in den Reichstagsausschüssen erklärt hatte, daß man die Verantwortung für ein Inkrafttreten der Zollsätze von 1902 doch nicht auf sich laden könne. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“, das führende Blatt der Großagrarien, mußte diese Behauptung Hilferdings als Unwahrheit zurückweisen mit dem Bemerkens, daß nach dem Fall des neuen Zollgesetzes

doch wohl der zollfreie Zustand für Agrarprodukte, wie er von 1919 bis 1925 bestanden habe, wieder eingetreten wäre. Auch das „Berliner Tageblatt“ schrieb noch am 13. Juli:

„Die Gefahr, daß die Reichsregierung im Falle eines Einspruchs durch den Reichsrat einfach die autonomen Zölle in Kraft treten lassen würde, besteht unseres Erachtens nichts.“

Das demokratische Blatt forderte, daß man die Regierung zwingen solle, nach Einspruch des Reichsrates eine kurze Sommertagung des Reichstages herbeizuführen. Aber auch wenn man die Mehrheit für einen Einspruch des Reichsrats nicht wieder bekommen hätte, so wäre es immer noch wichtiger gewesen, „ehrlieh zu unterliegen, als ohne Kampf die Waffen zu strecken“.

Das ist eine klare bürgerliche Verurteilung der angeblichen sozialdemokratischen Opposition, die in Wirklichkeit nur eine Komödie war. Praktisch erwies sich aber der faustdicke Schwindel Hilferdings, als das innertaktische Mittel, jede einheitliche Massenmobilisierung gegen den Zollwucher zu verhindern. Im Gegensatz zu Hilferdings dreisten Behauptungen hatten die Berliner Gewerkschaftsführer unter dem Druck der von den Kommunisten herbeigeführten Beschlüsse zahlreicher Betriebe und einzelner Gewerkschaften eine Kampflosung auf Verhinderung der neuen Zollerhöhung herauszugeben. In dem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission vom 23. Juli hieß es sogar:

„Wird dieser Forderung nicht entsprochen, so versprechen die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, auch die Anwendung aller außerparlamentarischen Mittel zu erwägen, um diese unerträgliche und wucherische Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsregierung abzuwehren.“

Diesem Beschluß ist in den Tagen der entscheidenden parlamentarischen Auseinandersetzungen auch das AfA-Kartell für Groß-Berlin (Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände) unter Führung des SPD-Abgeordneten Aufhäuser ausdrücklich beigetreten. Diese Beschlüsse beweisen, daß der Schwindel, mit dem die Hilferdingsche Obstruktionsangst begründet wurde, selbst von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern Berlins nicht ernst genommen wurde. Der Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission bestätigt vor aller Öffentlichkeit, daß die Taktik der Kommunisten, durch Massenmobilisierung der Ausbeutungspolitik des Bürgerblocks entgegenzutreten, als die einzig aussichtsreiche Methode des Kampfes anerkannt werden muß. Leider reichte der Kraft die kommunistisch geführten Opposition in den Gewerkschaften nicht aus, um die Berliner Gewerkschaftsführer über das platonische Bekenntnis hinaus zum Handeln zu zwingen. Die im Sinne des Beschlusses der Berliner Gewerkschaftskommission erforderlichen einheitlichen Aktionen blieben aus. Dabei hätten in der gegenwärtigen Situation der inneren Schwankungen der Bürgerblock-Regierung große Massendemonstrationen, sowie massenhafte Arbeiterdelegationen aus den Betrieben und Gewerkschaften und schließlich Proteststreiks großen Stils die Zollwucherer zeitweilig zum Zurückweichen bringen können. Dem Zolkampf diese politische Zuspitzung zu geben, wie das vor Monaten der KPTsch in fast revolutionärem Ausmaß möglich war, ist der KPD leider nicht gelungen. Gegenüber der verwirrenden, zersetzenden und deprimierenden Agitation der großen Gewerkschaftspresse und der SPD konnte eine allgemeine

Steigerung der Massenstimmung gegen den Zollraub nicht erreicht werden. Die kommunistische Presse war einigermäßen auf dem Posten. In den Großstädten, insbesondere in Berlin, waren auch einige Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen von erfreulicher und erfolgreicher Aktivität. Die öffentlichen Versammlungen waren jedoch nur mäßig besucht und in der Provinz blieb allgemein sehr viel zu wünschen übrig. Ueber Zeitungsagitation, einzelne Betriebs- und Gewerkschaftsresolutionsen und gelegentliche Versammlungen kam man nicht heraus. Für das mangelnde Interesse der werktätigen Schichten ist die gegenwärtige günstige Wirtschaftskonjunktur Deutschlands wohl der ausschlaggebende, objektive Grund.

Nach vielmonatiger, oft über Jahresfrist dauernder Erwerbslosigkeit haben jetzt Arbeiter wieder in stärkerem Maße Aufnahme in den Betrieben gefunden. Hier liegen deshalb jetzt die Möglichkeiten des Gegenschlages gegen den vollzogenen Zollraub. Die in den letzten Monaten abgeschlossenen Tarifverträge, die schon angesichts des raschen Steigens der Teuerungsindexziffern tatsächlich überholt sind, werden jetzt durch den Zollwucher, die neuen Lebensmittelpreissteigerungen und die dazu noch kommende neue Mietzinserhöhung vollends vernichtet. Die erhöhten Lebensmittelpreise bringen eine Senkung des Reallohnes, so wird der Zollraub zum Tarifbruch. Nurch durch rücksichtsloseste Lohnkämpfe können sich Arbeiter, Angestellte und Beamte jetzt noch einen Ausgleich verschaffen. Neben den politischen Losungen zum Kampf gegen Kriegsgefahr und Bürgerblock-Regierung, stehen jetzt in den Gewerkschaften und Betrieben die Forderungen nach ausreichenden Löhnen, nach Ausbau der sozialen Fürsorge und nach Verkürzung der Arbeitszeit im Vordergrund der Agitation.

C. H. W U R M :

D I E A B K E H R V O M M A R X I S M U S

Wir haben schon an anderer Stelle (Inprekorr) darauf hingewiesen, daß die freien Gewerkschaften in Deutschland sich nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch gewandelt haben und sich mehr und mehr von den marxistischen Lehren abwenden, um ins Lager des bürgerlichen Sozialreformismus überzugehen. Während aber die Sozialdemokratie ihre Abkehr vom Marxismus noch mehr oder weniger marxistisch verballhornisiert, geht die Liquidation im Lager der reformistischen Gewerkschaftsführung ganz offen vor sich. Einen geradezu schlagenden Beweis hierfür bietet die Tagung der deutschen „Arbeiterbildner“ in Tinz, über die in der Augustnummer des „Gewerkschaftsarchivs“ ein knapper Bericht gegeben wird. Zunächst: wer sind diese Leute, die sich berufen fühlen, die deutsche Arbeiterklasse zu bilden und zu erziehen? In der Mehrzahl sind es Elemente, deren Interesse für die Arbeiterbewegung von noch nicht allzu langer Dauer ist: intellektuelle Elemente, die der Zusammenbruch des „stolzen deutschen Imperialismus“ in die Arbeiterbewegung warf. Einen intellektuellen Typus, wie er ähnlich in einem größeren Schub in den neunziger Jahren in die deutsche

Sozialdemokratie kam, und, was bezeichnend ist, als Kritiker von links. Doch die Mehrzahl dieser Leute hatte sich recht bald wieder mit ihrem Mutterboden ausgesöhnt, kehrte der Arbeiterbewegung den Rücken oder wurde glühender Anhänger des Bernsteinischen Revisionismus. Hier sei nur an die Leute wie Schippel und Kampffmeyer erinnert. Doch dieser neue Trupp fand zweifelsohne bei den reformistischen Führern ein besseres Ohr, als es ihren Vorfahren in den neunziger Jahren ging. Bilden sie doch zweifelsohne ein gutes Werkzeug für die von den Reformisten geförderte und betriebene Bewegung des „Los vom Marxismus“.

Doch diese Versuche, die Arbeiterklasse dem Einfluß des revolutionären Marxismus zu entziehen, die auch die Unternehmer, von einer anderen Seite ausgehend, unternommen haben, erfolgen durchaus nicht plump und ungeschickt; muß man doch auch etwas auf die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung Rücksicht nehmen. Außerdem ist der Aktionsradius, den diese Leute besitzen, ein ziemlich großer, beherrschen sie doch die großen Verbandsschulen der freien Gewerkschaften, die Volkshochschulen und andere Arbeiter-Bildungsinstitute, die größtenteils von den Freien Gewerkschaften finanziert werden. Darum ist unsere Aufmerksamkeit und unserer Kampf gegen die Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung, der von hier aus geführt wird, doppelt wichtig.

Sehen wir uns darum die eingangs erwähnte Tagung in Tinz etwas näher an. Wir wollen bei dieser Betrachtung nur die wichtigsten Punkte berühren, beileibe nicht alles, was dort für die Revidierung des Marxismus geleistet wurde. Doch auch dies wird die Abkehr dieser „Arbeiterbildner“ vom Marxismus deutlich machen. So beschäftigte man sich am zweiten Tage der Tagung mit der Methodik des volkswirtschaftlichen Unterrichts. Hier sagte der 1. Berichtstatter, Seelbach, daß sich schon vor dem Kriege die Wirtschaftstheorie in einer Krise befand, heute aber einen Trümmerhaufen darstelle. Dadurch würden vor dem Lehrer große Schwierigkeiten stehen. Er sagt weiter: „Im übrigen ist das Ziel, daß die Schüler (Wirtschaftsschule in Düsseldorf) der differenzierten Welt gegenüber, auch selbst differenziert sein können, um auf höherer Einheit etwas Neues mitzuschaffen. Es werden die verschiedensten Wirtschaftssysteme behandelt, im Mittelpunkt und als schärfster Bildungsfaktor steht das Bildungssystem von Karl Marx.“

Schließlich betrachtet es der Referent als eine besondere Leistung seiner Schule, daß nicht alles nur vom Arbeiterstandpunkte aus behandelt wird. Soweit das Referat. Wir sehen hier ganz ab von der eigentümlichen „wissenschaftlichen“ Sprache, die sich durch den ganzen Bericht hinzieht, die auch bereits ein gewisses Schlaglicht wirft auf die Art der Bildungsarbeit, die diese Leute leisten. Fangen wir nun bei der Bemerkung des Referenten über den Trümmerhaufen der Wirtschaftstheorie an, von dem dieser „voraussetzungslose“ Wissenschaftler sprach. Mit Verlaub zu sagen, die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft ist seit den Tagen der klassischen Oekonomie von Smith und Ricardo ein Trümmerhaufen geblieben. Seit dem Tag, an dem Marx das „Kapital“, seine „Kritik der politischen Oekonomie“ der klassischen Schule und ihrer Nachläufer, das übrigens in diesem Jahre die fünfzigste Wiederkehr seines Erscheinens feierte, der Öffentlichkeit übergab, in dem er nicht nur eingehend die Bedeutung der klassischen Oekonomie würdigte, sondern darüber hinaus in seiner Kritik ihre Grenzen ab-

steckte und eine umfassende Darstellung der Triebkräfte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gab, versucht die bürgerliche Wissenschaft eine „Kritik“ des Marxismus. Hunderte und aber Hunderte „Marx-Vernichter“ sind aufgetreten und offenbarten ihre eigene Hilflosigkeit. Da dieser Vernichtungsfeldzug mißlang, der übrigen — und das ist bezeichnend — niemals von irgendeiner Seite in einer Gesamtkritik des Marxismus versucht wurde — sondern nur an einzelnen Teilen des marxistischen Lehrgebäudes, hat sich die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft überhaupt nur noch an Teilproblemen der Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung versucht. Dies allerdings charakterisiert zur Genüge den Bankrott der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, indessen der Marxismus trotz aller Vernichtungsversuche fest und unerschütterlich steht und durch die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus seine eigene Bestätigung erfahren hat. Wenn also diese Herren Bildungsarbeiter eine Begründung für die Versuche, die Arbeiterschaft vom Marxismus abzudrängen, geben wollen, dann durchaus nicht eine so plumpe, wie es in diesem Falle geschehen ist. Lehnt man allerdings den Marxismus ab, dann bleibt nichts übrig, als über einen Trümmerhaufen zu jammern und den Arbeitern in concreto diesen Trümmerhaufen vorzuführen. Dadurch wird aber aus der „voraussetzungslosen“ Wissenschaft ein haltloses und schwankendes Subjekt, dessen negative Seiten sich dem Arbeiter erschreckend offenbaren müssen, die ihn aber unfähig machen sollen, einen bewußten und wissenschaftlich begründeten Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu führen.

Der Austromarxist Braunthal, der das zweite Referat zu diesem Punkte hielt, war entsprechend der Praxis dieser Schule etwas vorsichtiger. Doch auch er spricht davon, daß man nicht sklavisch festhalten solle an der marxistischen Schule, sondern man müsse auch die neueren werttheoretischen Gesichtspunkte der Grenznutzenschule und anderer behandeln. Man dürfe auf keinen Fall dem Arbeiter, der fest gerundete Ergebnisse nach außen tragen wolle, folgen. Schließlich betont er noch, daß die Bedeutung des Marxismus in seiner Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung zusammengefaßt sei. Hier ist der Versuch der Abkehr vom Marxismus etwas verklausulierter dargestellt. Man wirft ihn nicht so einfach über Bord, erklärt ihn nicht als Trümmerhaufen, aber man will, daß der Arbeiter keine abgerundeten Ergebnisse (natürlich marxistische, Ch. W.), nach Hause trage. Damit erlischt aber jedes klassenmäßige Interesse des Arbeiters an der theoretischen Schulung. Denn wenn die Arbeiterbildung einen Zweck haben soll, so nur den, die Arbeiter mit theoretischen Waffen auszurüsten für ihren Kampf zur Befreiung vom kapitalistischen Joch. Dazu hilft ihnen aber keine Theorie, die voller Wenn und Aber, voller Zweifel ist. Der Arbeiter muß, soll er der bürgerlichen Welt selbständig gegenüberreten, ein abgeschlossenes Bild, er muß festgerundete Ergebnisse haben, Ergebnisse, die nicht mit den Bausteinen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft aufgetürmt wurden, und darum kann auch der revolutionäre Arbeiter nicht dabei stehen bleiben, wo Braunthal das Ende der Bedeutung des Marxismus sieht. Für ihn ist der Marxismus nicht nur eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern für ihn ist er eine einheitliche Weltanschauung. Gerade die Tatsache, daß Braunthal den Marxismus nur als Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung gelten lassen will und auch dies nur mit

Einschränkungen, zeigt, daß sich hier ein konsequentes Abwenden vom Marxismus vollzieht, und zwar auf einem Gebiete, auf dem sich früher schon Bernstein, zwar ohne Erfolg, versuchte. Er war es, der in den neunziger Jahren besonders die dialektische Methode und die materialistische Geschichtsauffassung kritisierte und die Dialektik als mit dem Marxismus unvereinbar bezeichnete. Damals wurde allerdings Bernstein aus dem Lager des Marxismus zur Genüge geantwortet.

Dagegen ist es natürlich von geradezu ausschlaggebender Wichtigkeit für eine ernste marxistische Bildungsarbeit innerhalb der Arbeiterklasse, daß der dialektische Materialismus von Marx als eine einheitliche Weltanschauung dargestellt wird, nach der alle Erscheinungen in der Natur sowohl wie in der Geschichte vom Standpunkt der Kausalität und der objektiven Notwendigkeit aus betrachtet werden.

Doch in der nachfolgenden Debatte sollte es sich zeigen, daß die Diskussionsredner schon entschieden weitergingen in ihren Bestrebungen, den Marxismus aus der Arbeiterbewegung zu verbannen. Dort, sagt der Berichterstatter, war man allgemein der Meinung: „Es gibt kein theoretisches System, das den Anforderungen des Arbeiters entspricht.“ Man höre die schöne Wendung: Anforderungen des Arbeiters. Doch weiter. Man gestand gnädigst zu, daß der Marxismus noch immer das geschlossenste System sei. „Als Ganzes genommen, sei es zwar keineswegs ausgebaut; es sei leider eine Täuschung gewesen, als man seinerzeit glaubte, das „Kapital“ läge völlig vor, denn der zweite und dritte Band sei von Engels offenbar voreilig (! Ch. W.) in die bestehende Form gegossen worden.“ Daß Engels, der berufene Herausgeber des Nachlasses von Marx, der seinen ganzen Lebensabend dazu verbrachte, die beiden Bände druckfertig zu machen, „voreilig“ gearbeitet habe, müssen diese Herrschaften scheinbar wissen, obwohl sie sicherlich keine Ahnung davon haben, in welcher Weise Engels diese Arbeit vollendete. Doch darüber dürfte die vom Marx-Engels-Institut vorbereitete Gesamtausgabe der Werke Marx' und Engels' einige Aufklärung auch für diese Herrschaften schaffen.

Doch auch die Mehrwertlehre, das Fundament in der marxistischen Theorie der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, jenes berühmte Steckenpferd, auf dem die bürgerliche Marxkritik oft genug erfolglos ritt, hat es ihnen angetan. „Man könne zwar, subjektiv gesehen, die Wertlehre nicht ausschalten, aber objektiv sei die kritische Lage dieser Theorie nicht zu übersehen. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft entbehre die Mehrwertlehre eine Fundierung durch eine ausgebaute Wert- und Arbeitstheorie (was ist Kopf- und Handarbeit?) . . . Quantität und Qualität der Arbeit müssen deshalb in ganz anderer Weise untersucht werden, als dies durch Marx geschah.“

Köstlich diese Bemerkung über die Kopf- und Handarbeit! Zwar läßt das marxistische System keinen Zweifel über die Kopf- und Handarbeit, soweit ihr ein wertbildender Charakter zukommt, wobei die Arbeit als psychophysischer Vorgang überhaupt nicht interessiert, denn diese Frage hat im Gebiet der Oekonomie nichts zu suchen. Dies gehört schon zu ihren Voraussetzungen. Die marxistische Differenzierung zwischen gesellschaftlicher Durchschnittsarbeitskraft und höherer, sowie seine Untersuchung, inwieweit

Kopfarbeit einen wertbildenden Charakter hat, lassen für dieses Gebiet, soweit es für die Durchforschung der Gesetze des Kapitalismus notwendig ist, keine Mißdeutung zu, noch Lücken offen. Doch vielleicht handelt es sich um die eigene „schöpferische“ Arbeit dieser Herren, die in der Theorie des Marxismus keine genügende Berücksichtigung findet, was sie nicht ruhen läßt, oder die Tatsache, daß eine Arbeit von Nutzen für die Gesellschaft sein kann, ohne wertbildenden Charakter zu besitzen. Wir für uns glauben mehr, daß es sich hier um die eigene Arbeit dieser Herren handelt.

Bleibt noch die Ablehnung der Werttheorie, weil sie „ungenügend“ sei. Es ist klar, wenn man die Richtigkeit der Werttheorie, die der Angelpunkt der ökonomischen Lehre des Marxismus ist, bestreitet, muß man den Marxismus als Ganzes ablehnen. Hier gibt es keine Konzessionen. Doch, ihr Herren, warum nicht heraus mit einer öffentlichen Kritik? Es wäre die erste nicht, die sich an diesem soliden Granit die Zähne zerbissen hätte. Weist uns nach, daß das Wertgesetz nicht zutrifft, und ihr habt den Marxismus als ökonomische Theorie erledigt. Doch darauf können wir getrost lange warten. Schließlich charakterisiert diese Art einer kritischen Stellungnahme zur Genüge die „Wissenschaftlichkeit“ dieser Arbeiterbildner.

Nun noch einige Bemerkungen zur Frage des geschichtlichen Unterrichts, dem auch einige Referate gewidmet waren. Auf diesem Gebiet hat man folgenden Kernsatz aufgestellt: „Weder darf der Unterricht zum Historizismus werden, noch kann man mit der Geschichte Rezepte geben, wie man eine Sache machen müsse . . . Eine Klasse, die die Welt erobern will, muß die Welt kennen, Geschichte ist dabei ähnlich wie Geographie, Völkerkunde usw. eine Hilfswissenschaft der proletarischen Politik.“ Diese Formulierungen aus dem Munde Jenessens, der sich auch einmal während des Krieges bis zur USP. durchmauserte, ist ihm würdig.

Doch ehe wir uns mit Jenessen beschäftigen, sei noch das Referat über die Methoden der politischen Bildungsarbeit erwähnt, das von einem Vertreter der Hochschule für Politik in Berlin, Heller, gehalten wurde. Er betont zunächst, daß im Mittelpunkt der Politik der Staat stehen müsse als aktives Handlungsziel aller politischen Aktivität. Dann gibt er seine Auffassung über den Staat wieder. Er sagt: „Der Staat ist die Resultante der gebietsgesellschaftlichen Macht, die Einheit der Entscheidung auf diesem Gebiet. Daher ist das formelle Ziel der Politik die Ausbildung des Willens zur Gestaltung eines künftigen Staates.“ Diese neue Staatstheorie ist eine gewisse Weiterbildung der Formulierungen von Cunow, die mit der marxistischen, die besagt, daß der Staat ein Instrument der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klassen ist, natürlich nichts mehr gemein hat. Er sagt weiter, daß die Kernfrage der Politik darum gehe, ob der Staat als vorläufiges Uebel anzusehen sei oder ob Politik möglich sei ohne positive Stellung zum Staat. Darauf gibt er folgende Antwort: Erhaltung des gegenwärtigen Staates zum Zweck der Fortbildung in den zukünftigen, also *U m b i l d u n g*. Das Ziel der Arbeiterbewegung kann nur sein, das gebietsgesellschaftliche Zusammenwirken im sozialistischen Sinne zu ordnen, die staatliche Machtverteilung von ihrer *V e r w i r k l i c h u n g* zu befreien nach der Eigengesetzlichkeit der Politik. Uebergehend auf die Notwendigkeit der politischen Tätigkeit sagt er weiter:

„Keine Theorie (auch nicht die des historischen Materialismus, Ch. W.) befähigt den Menschen zur Augenblicksentscheidung, und hier hat die Auffassung von Theorie und Praxis ein Loch . . . Es ist eben nicht möglich, auf der politischen Entscheidung lediglich aus rationalen ökonomischen Erwägungen heraus seine Entscheidungen zu fällen. Das Rationelle kann nur ein Faktor dabei sein.“ Damit kommt er auf das Ziel jeder Politik zu sprechen. Er sagt: „Es gibt keine Politik, die etwas Unerreichbares will, um Erreichbares durchzusetzen. Es existiert in diesem Sinne ja keine wirkliche sozialistische Literatur mehr, nicht einmal ein wirkliches Parteiprogramm, aus dem abzuleiten wäre, was man als letztes Ziel erreichen will und soll.“ Die programmatische Festlegung des sozialen Zieles gehört nach ihm ins Bereich der sozialen Phantasie, sei illusionär, und politische Bildung muß immer realistisch, nicht illusionistisch sein. Schließlich faßt er seine Gesamtauffassung in folgenden Worten zusammen:

„Wer keine positive Stellung zum eigenen Staat nimmt, begibt sich der wichtigsten Wirkung auf die Internationale (d. h. noch lange nicht, daß man nicht in Opposition zu diesem Staat stehen soll; man muß es, wenn man ihn umbilden will, aber die Opposition muß am Staat orientiert sein).“ Das Ganze krönt er mit der auf den Kopf gestellten Bernsteinschen Phrase: „Das Ziel ist alles, die Bewegung nichts.“

Nun zurück zu Jenssen. Wenn der revolutionäre Marxismus von der Arbeiterschaft das Studium der Geschichte fordert, wenn in unserer Bildungsarbeit den sozialen Kämpfen der Vergangenheit außerordentlich großer Wert beigemessen wird, so gewiß nicht darum, um zu dem Ergebnis zu gelangen, zu dem Jenssen kam, daß man mit der Geschichte keine Rezepte geben könne, wie man die Sache machen müsse. Gewiß denkt kein Mensch daran, geschichtliche Erfahrungen, die weit zurückliegen, auf andere Verhältnisse zu übertragen, um daraus die Taktik des proletarischen Kampfes der Jetztzeit abzuleiten. Aber gerade in dieser Beziehung ist die geschichtliche Erfahrung ausschlaggebend für eine richtige taktische Führung des proletarischen Klassenkampfes der Gegenwart. Wir wollen hierzu nur zwei Beispiele anführen: zuerst den Kampf, den die Pariser Arbeiterschaft 1871 führte, der Kampf um die Pariser Kommune, der eines der Ruhmesblätter der sozialen Kämpfe des Proletariats des letzten Jahrhunderts darstellt. Aus diesem Kampf hat der Marxismus eine seiner entscheidendsten taktischen Feststellungen gezogen, nämlich die, daß das Proletariat im Kampf um die Macht nicht den bürgerlichen Staatsapparat in seiner alten Gestalt verwenden kann, sondern ihn zertrümmern muß. Das ist die gewaltige Lehre, die Marx aus der Pariser Kommune gezogen hat, und insofern ist die Lehre dieser Kämpfe ein entscheidender Faktor zur Eroberung der politischen Macht des Proletariats. Hier sehen wir ein absolut klares und einwandfreies Rezept, daß uns die Geschichte gegeben hat.

Beurteilen wir noch in dieser Hinsicht die russische Revolution von 1905 und 1917. Im Kampfe des russischen Proletariats um die Staatsmacht entwickelt sich ein neuer Typus der Organisation der proletarischen Kräfte: die Sowjets. Sie sind nicht entstanden dadurch, daß sie irgend ein schlauer Theoretiker fein ausgeklügelt hätte, sondern sie wurzeln in der Erfahrung des revolutionären Kampfes selbst. Für jede proletarische Revolution auch in den anderen Ländern bilden sie eine der wichtigsten Voraussetzungen

ihres Sieges. Auch hier gab uns die Geschichte ein Rezept, das notwendig ist, um den Sieg der proletarischen Revolution zu gewährleisten.

Für den wahren Marxisten ist also Geschichte nicht eine ähnliche Hilfswissenschaft wie Geographie und Völkerkunde, deren Bedeutung wir durchaus nicht verkennen, sondern aus der Geschichte ziehen wir die Lehren für die Vorbereitung kommender Kämpfe. Aber es ist nicht von ungefähr, daß Janssen sagt, daß der Geschichtsunterricht uns keine Rezepte geben kann, wie man eine Sache gegenwärtig machen müsse. Es entspricht dies vollkommen den Wandlungen der Sozialdemokratie, wie auch der Gewerkschaftsbewegung in Theorie und Praxis. Nach der sozialdemokratischen Auffassung, die allerdings mit Marxismus nichts gemein hat, kommt es ja heute nicht mehr darauf an, den bürgerlichen Staatsapparat zu zertümmern als Voraussetzung einer wirklichen Machtbeherrschung der Gesellschaft durch das Proletariat, sondern, und damit kommen wir zu den Ausführungen von Heller, darauf an, den gegenwärtigen Staat im Interesse des zukünftigen fort- und umzubilden. Anderes hat Bernstein bei seiner Begründung des Revisionismus auch nicht gewollt. Auch er hat bereits in den 90er Jahren betont, daß die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat nicht eine verneinende, sondern eine bejahende sein müsse. Nun, auch hier zeigt uns die Geschichte, aus der man ja nach Janssen keine Rezepte ableiten kann, einige praktische Resultate. Es war gerade das Charakteristische, daß die Sozialdemokratie in jener Periode, in der der bürgerliche Staat am Zusammenbrechen war (November 1918), den bürgerlichen Staat bejahte. Und diese Staatsbejahung ging dann so weit, daß man nicht einmal mehr den Staat „umbildete“, sondern den bürgerlichen Staat in seiner alten Form wieder herstellte. Doch hier könnten die Herrschaften einwenden, daß man ja von der konstitutionellen Monarchie zur Republik geschritten sei, doch darauf ist zu betonen, daß sich an dem bürgerlichen Charakter des Staates nicht geändert hat, und daß die Bejahung des Staates in ihrem Endresultat zu einer Unterdrückung der Arbeiterklasse führte, die die minimalen Resultate des Umsturzes von 1918 längst wieder beseitigt hat.

Und so zeigt sich auch der Ausspruch von Heller „Das Ziel ist alles, die Bewegung nichts“ in seinem richtigen Lichte. Ihm ist das Ziel der Erfolg des Augenblicks in der Politik und das letzte Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ist nach ihm illusionistischer Natur und gehört in das Gebiet der sozialen Phantasie. Insoweit entspricht diese neue Theorie des Revisionismus vollkommen den Wandlungen der Sozialdemokratie und den reformistischen Führern der Gewerkschaftsbewegung. Und so wird auch sehr geschickt die gesamte Bildungsarbeit in den Dienst der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft gestellt. Dem entsprechen dann auch die meisten Schulprogramme, in deren Mittelpunkt Tarifrrecht, Betriebslehre, Organisation der Produktion, Finanzierung, Kalkulation, Technik der Buchhaltung und Bilanz usw. stehen.

Damit kommen wir auf das Wichtigste, auf die Gefahren, die hier für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats bestehen. Diese Herrschaften leisten ihre Arbeit als Wölfe im Schafpelz nicht ungeschickt. Es stehen ihnen nicht nur die wichtigsten Gewerkschaften und sonstigen Schulen zur Verfügung, die von Arbeitern besucht werden, nein, sie werden

auch unterstützt nicht nur von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sondern auch vom bürgerlichen Staat. Und hier heißt es für die Kommunisten doppelt auf der Hut zu sein. Das wichtigste dabei ist die Erweiterung unserer Einflußsphäre innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung, um vor allem die von Gewerkschaften gegründeten und von den Mitgliedern unterhaltenen Schulen in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats zu stellen. Nur auf diese Weise wird es möglich, wirksam eine „Arbeiterbildung“, die gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft gerichtet ist, zu bekämpfen.

KJAI SAMIN :

NEUE STÜRME IN INDONESIEN IM ANZUGE

Die Lage in Indonesien steht im Zeichen einer weiteren Verschärfung der Gegensätze. Der schwere Schlag, den der holländische Imperialismus der revolutionären Volksbewegung während der Aufstände und nach den Aufständen auf Java und Sumatra versetzt hat, hat es nicht vermocht, die vorwärtsdrängenden Massen zurückzuwerfen oder auch nur aufzuhalten. Die Gärung unter der Bevölkerung nimmt trotz Massenverhaftungen, Massenverurteilungen, Massenverbannungen und Todesstrafen ständig an Schärfe zu. Die grausamen Terrormaßnahmen der Regierung haben die revolutionären Arbeiter und Bauern Indonesiens nicht einzuschüchtern vermocht. Mit ihren Maßnahmen hat die Regierung gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie anstreben wollte: statt die kommunistische Bewegung, die bei den breiten Massen Indonesiens großes Ansehen genießt, zu isolieren, hat die Regierung sich selbst isoliert. Ihre Maßnahmen haben die Massen noch fester davon überzeugt, daß die holländische Regierung, die so süße und schöne Redensarten finden kann, doch eine unversöhnliche Feindin der Bevölkerung ist, der ein unerbittlicher revolutionärer Kampf, ein Kampf auf Leben und Tod angesagt werden muß. Vorbei ist die schöne, goldene Zeit, in der das holländische Kapital die geduldigen Massen ungestört und uneingeschränkt ausbeuten und unterdrücken konnte und der Indonesier glaubte, die Holländer seien aus idealistischen Gründen nach Indonesien gekommen, nämlich, um die indonesische Bevölkerung wirtschaftlich und kulturell zu heben. Der Indonesier erkennt jetzt die grob materialistischen Ziele der brutalen Eindringlinge und er greift daher zu materiellen und nicht zu geistigen Mitteln, um sie baldigst fortjagen zu können.

Die Kommunisten haben sich in dem Kampf gegen die holländischen Unterdrücker als treue und mutige Kameraden der Freiheitskämpfer erwiesen, so daß die breiten Massen fast aller Schichten der Eingeborenen zu ihnen Vertrauen haben. Die Niederlage in den Aufständen hat dem Ansehen der Kommunistischen Partei nicht geschadet. Für die Regierung aber hat die blutige Unterdrückung der Aufstände nicht den gewünschten Erfolg gehabt, sie hat die Volksbewegung nicht niederschlagen können.

Vier Monate nach der Niederschlagung des Aufstandes auf Sumatra, nachdem fast alle bekannten Kommunisten eingekerkert und verbannt worden waren, mußte der Generalgouverneur Indonesiens eingestehen, daß die kommunistische Bewegung Indonesiens noch nicht völlig unterdrückt ist. Bei der Eröffnung des Volksrates, Mitte Mai, widmete er der kommunistischen Bewegung in seiner Rede denn auch die größte Aufmerksamkeit.

Er sagte u. a.:

„Je mehr Licht auf den Vorgang (die Aufstände, K. S.) geworfen werden kann, desto angenehmer wird dies der Regierung sein, auch aus dem Grunde, weil dadurch dazu beigetragen werden kann, um in großen Kreisen die Ueberzeugung hervorzurufen, daß man sich einen leichtsinnigen und in seinen Folgen verderblichen Optimismus zu Schulden kommen ließe, wenn man aus der Tatsache, daß für den Augenblick die Gefahr für die Wiederholung der kommunistischen Anschläge ausgeschlossen scheint, folgern würde, daß eine derartige Gefahr auch für immer beseitigt ist.“

Im Volksrat steht die kommunistische Bewegung im Mittelpunkt der Diskussionen. Aus diesen Diskussionen kann man ersehen, daß sich die Lage seit der Unterdrückung der Aufstände äußerst verschärft hat. So wies das Volksratsmitglied Ranneft, ein holländischer höherer Verwaltungsbeamter, in einer Sitzung vom 15. Juni auf die in der Gesellschaft sich rasch vollziehenden Veränderungen und auf das ständige und gefährliche Zunehmen der Gegensätze hin. Er führte u. a. aus:

„Überall trifft man Gruppen an, die sich grimmiger als je zuvor gegenüberstehen. Nationalisten, Panislamiten, der Indo-europäische Verband, auch die Gruppen der Weißen in den Städten, alles dies zeigt deutlich den Antagonismus.“

Das Bedenklichste ist jedoch die Tatsache, daß die Regierung mit ihren Taten bis jetzt das Gegenteil von dem erreichte, was sie anstrebte.

Wiederholt drohen jetzt die Eingeborenen-Vereine mit dem Zurückziehen des Vertrauens, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden.“

Der Generalgouverneur hat Anfang dieses Jahres Tjokroaminoto, den Vorsitzenden des Sarekat Islam, und Dr. Sutomo, den Vorsitzenden des Suradajaer Studienklubs, zu Mitgliedern des Volksrates ernannt, zugleich mit zwei holländischen Sozialdemokraten. Die Ernennung erfolgte im Einverständnis mit den Ernannten. Die große Mehrheit des Sarekat Islam erklärte sich jedoch gegen die Annahme der Ernennung, wenn auch Tjokroaminoto persönlich so gern im Volksrat sitzen möchte. Auch Sutomo mußte nach vielen Schwankungen die Ernennung ablehnen. So ist der Versuch der Regierung, im Volksrat zwei einflußreiche Führer zu haben, um denselben bei den Massen populär zu machen, gescheitert. Und dies trotzdem der Generalgouverneur so freundlich und liebenswürdig um das Vertrauen der Bevölkerung und ihrer Führer geworben hatte. Groß war denn auch die Enttäuschung in den Regierungskreisen. Den Regierungsmännern ist es klar, daß, wenn Führer mit reformistischer Veranlagung wie Tjokroaminoto und Dr. Sutomo gezwungen werden konnten, sich nicht im Volksrat zu betätigen, dies nichts anderes bedeutet, als daß die Unzufriedenheit der breiten Massen sehr groß ist und daß sie die reformistische Kampfmethod ablehnten.

Die holländische Presse verweist auf eine weitere Verschärfung der Gegensätze, die nach ihrer Meinung mehr in der Richtung der Rassen — als der Klassegegensätze liegt. Im vorigen Jahre forderte das „Soerabaiaasch Handelsblad“, das größte Blatt Indonesiens, die Bildung einer „weißen Front“. Es prophezeite das Ausscheiden der eingeborenen Mitglieder des

PEB (Politiek-ekonomischen Bond) einer großkapitalistischen Partei, die auf dem Boden der Assoziation der Indonesier mit den Holländern aus diesem Bund steht. Diese Prophezeiung scheint sich zu erfüllen. Die Gegensätze scheinen sich derart zu verschärfen, daß auch die anderen holländischen Zeitungen zu der Ansicht des „Soer. Handelsblad“ gelangt sind. So schreibt die liberale „De Locomotif“ vom 20. Juni in einem Artikel:

„Es ist in diesem Blatte bereits darauf hingewiesen worden, daß die Zeit des Zusammengehens zwischen europäischen und eingeborenen Interessen in einem Parteiverband allmählich vorüber ist. Das Wahlrecht, demgemäß jede Rassengruppe nur die eigenen Mitglieder wählen kann, hat diese Scheidung unzweifelhaft beschleunigt. Aber diese wäre auch ohne das auf dem Rassenunterschied basierte Wahlrecht unvermeidlich. Jede Gruppe wählt jetzt die eigenen Vertreter; jeder Parteiverband, der eingeborene und europäische Mitglieder an ein Programm bindet, ist künstlich, er wird auf die Dauer hemmend und führt zu nutzlosen Konflikten. Was vor 10 Jahren möglich schien, ist jetzt bereits nicht denkbar.“

Auch Stokvis, der holländische Führer der Sozialdemokratie in Indonesien, hat wiederholt auf die stetige Verschärfung der Rassengegensätze hingewiesen.

Diese Verschärfung der Rassengegensätze ist im Wesen jedoch nichts anderes als die Aenderung der Verschärfung der Klassengegensätze. Wir haben bereits mitgeteilt, daß in Indonesien keine eingeborene Bourgeoisie existiert, mit der der Imperialismus gemeinschaftliche Interessen verteidigen könnte. Die eingeborene Kleinbourgeoisie zersetzt sich ständig. Das rapide Anwachsen des festgelegten Kapitals hat die Bauernschicht stark zersetzt und viele Bauern zu völlig besitzlosen Kulis gemacht. Die Löhne der Arbeiter, sowohl der Hand-, als auch der Kopfarbeiter, sinken infolge des stets schärfer werdenden Konkurrenzkampfes ununterbrochen. Unter den Intellektuellen nimmt die Arbeitslosigkeit, die in Indonesien früher niemals existierte, stetig an Umfang zu. Diese allgemeine Verelendung ist so offenbar, springt so ins Auge, daß sogar die rechten Elemente unter den Eingeborenen allmählich begreifen müssen, daß die kapitalistische Entwicklung der Bevölkerung nichts als Elend bringt. Infolgedessen haben auch einige dieser Elemente den PEB verlassen. So ist jetzt die Tatsache wahrzunehmen, daß die eingeborenen Schichten sich anschicken, sich in einer nationalen Front zusammenzuschließen, in einer Front, die sich der holländischen Herrschaft immer schärfer gegenüberstellt. „Java Bode“ vom 19. Juli, das Organ des obengenannten PEB, jammerte anläßlich der Mitte Juli entdeckten Verschwörungen unter den Soldaten über die sich bildende nationale Front:

„Es ist noch eine Angelegenheit, die die Aufmerksamkeit verdient, das ist die Haltung der eingeborenen Bevölkerung, der Beamten (gemeint werden hier die eingeborenen Verwaltungsbeamten. K. S.) und der anderen bonafiden Führer. Ist es jetzt nicht mehr möglich, daß, worauf früher auch bereits hingewiesen wurde, die eingeborene Bevölkerung sich selbst gegen die kommunistischen Einflüsse in einem organisatorischen Verband verteidige? Die Regierung hat seiner Zeit gesagt, daß die Initiative zu der Bildung einer Organisation zum Zwecke der Abwehr der kommunistischen Einflüsse nicht von ihr ausgehen konnte. Aber fühlten sich denn nun ihre Vertrauensmänner (der Bevölkerung, K. S.) nicht dazu berufen, die Initiative zu ergreifen? Eben weil aus eigenem Kreis Maßnahmen getroffen werden müssen, um durch Informationen in allerlei Formen die Verbreitung des kommunistischen Giftes zu verhüten.“

Daraus geht hervor, daß sich die Regierung in einer isolierten Stellung

befindet. Trotz freundlicher Gebärden und schöner Versprechungen ist es ihr offenbar nicht gelungen, bedeutende Gruppen der Eingeborenen zu ihren Bundesgenossen zu machen. Der Prozeß der Bildung einer nationalen Front mit Klasseninhalt läßt sich nicht mehr aufhalten. Groß scheint das Mißtrauen der Regierung sogar gegenüber ihren eigenen Beamten zu sein. Das holländische Blatt „Mataram“ weiß mitzuteilen, daß Wiranatakoesoema, ein hoher eingeborener Verwaltungsbeamter, der einst Mitglied des PEB war und ein rücksichtsloser Bekämpfer der kommunistischen Bewegung ist, nicht mehr das Vertrauen der Regierung hat. Obgleich sich in seinem Gebiet das Zentrum der revolutionären Gärung befindet, wurden die unter ihm dienenden Staatsbeamten nicht bewaffnet, während in den Gebieten seiner Kollegen eine solche Bewaffnung erfolgte. „Sin Po“, ein chinesisches Blatt, schreibt, daß diese Haltung der holländischen Regierung einem hohen eingeborenen Beamten gegenüber etwas noch nicht Dagewesenes sei. Es ist denn auch zu erwarten, daß diese Haltung der Regierung in den Eingeborenenkreisen eine große Mißstimmung hervorrufen und die nationalistischen Stimmungen stark anfachen wird. Die Politik der Regierung, die eingeborenen hohen Beamten dadurch fester an sich zu binden, daß sie sie einen Urlaub in Holland verbringen läßt, wird nicht imstande sein, das einmal hervorgerufene Mißtrauen aus der Welt zu schaffen.

Eine Konzentrierung der eingeborenen Schichten in einer nationalen Front ist jetzt im Gange. Eine neue Partei, die sich „Persarekatan National Indonesia“ (National-indonesische Partei) nennt, ist gegründet worden. Die in verschiedenen Städten bestehenden, von einander unabhängigen Studienklubs der Intellektuellen beabsichtigen, sich zusammenschließen. Die Partei Sarekat Islam, deren Einfluß von der Kommunistischen Partei stark zurückgedrängt wurde, zeigt jetzt Anfänge eines Wiederauflebens und äußerte sich dahin, daß sie mit allen nationalistischen Organisationen zusammenarbeiten will. Mit islamitischen Losungen sollen die Massen jetzt wieder zusammengebracht werden, aber es sind nicht mehr die passiven Massen von vor zehn Jahren, die den Mitgliederbestand des Sarekat Islam darstellten, sondern aktiv revolutionäre Massen, die den Vorsitzenden des Sarekat Islam zwingen könnten, die Ernennung zum Volksratsmitglied abzulehnen. Das Wiederaufleben des Sarekat Islam hat die europäische Presse in Angst versetzt. Das „Soerabaiasch Handelsblad“ vom 15. und 16. Juli schrieb unter der Ueberschrift „Vorausgeworfene Schatten“ über die jetzige Situation u. a.:

„Wir stehen jetzt vor dem Anfang einer Bewegung, die gefährlicher werden kann als einige andere in den vergangenen Jahrzehnten, auch wenn man die kommunistische Agitation mit in Betracht zieht.

Wir müssen durchaus damit rechnen, daß jetzt auf einen religiösen Kampf hingearbeitet wird, der durch seine Verbindung mit dem Ausland — Rußland und China — von sehr besonderer Bedeutung wird.

Aber wenn wir uns streng an die Tatsachen halten, vor dem warnen, was kommen und zu einer radikalen Aenderung in unserer kolonialen Verwaltung führen kann, so wollen wir sofort ein beruhigendes Wort hinzufügen.

Es ist ein koloniales Verhängnis (gemeint wird hier das Verhängnis jedes Landes, das Kolonien besitzt. K. S.), das uns von Zeit zu Zeit vor Zwischenfälle stellen muß; das Verhältnis zwischen Unterdrücker und Unterdrückten, zwischen Europäer und Orientalen, und besonders zwischen Christen und Mohammedanern, enthält ja die Keime zahlreicher Konflikte. Dem Tragischen dieser Gegensätze entgeht man nicht.“

Das ist wahrhaftig kein Ausdruck des Optimismus in bezug auf die dauernde Festigkeit der holländischen Herrschaft in Indonesien! In demselben Artikel wird zugegeben, daß die Regierung im November des vergangenen Jahres von dem Ausbruch des Aufstandes ganz überrascht war. Das Blatt schreibt:

„Doch die Regierung hat seit November 1926 viel gelernt; die Organisation der Machtmittel ist bedeutend besser geworden. Jeder ist auf seiner Hut und so wird ein Ueberfall auf eine unvorbereitete Behörde vermutlich (!) wohl nicht mehr möglich sein.“

Jetzt ist unser Gegner nicht ganz sicher, ob die Regierung in Zukunft auch nicht wieder einmal überrascht werden wird. An der Vorbereitung des Aufstandes im November des vorigen Jahres und Anfang Januar dieses Jahres waren Tausende Menschen beteiligt und von diesen Tausenden waren vielleicht nur einige, die sich zu Spitzeln der Regierung hergaben, weshalb ihre Informationen von der Regierung nicht ernst genommen wurden. Aus dieser Tatsache haben die holländischen Blätter den entsprechenden Schluß gezogen, daß die Massen der Bevölkerung keine Spitzeldienste für die Regierung leisten wollen. Dies kennzeichnet denn auch den scharfen Haß der Massen gegen die Regierung.

Wie sorgenvoll das „Soerabaiaasch Handelsblad“ in die Zukunft blickt, geht aus seiner folgenden Äußerung hervor:

„Sie (die Bewegung) ist es (d. h. äußerst gefährlich) im besonderen dadurch, daß zahlreiche Tatsachen auf die Möglichkeit des Zusammengehens der verschiedenen eingeborenen Parteien hinweisen, auch wenn diese noch getrennt von einander scheinen.“

Das Blatt schreibt, daß man sich gar kein Bild davon machen könnte, wie sich die Konflikte entwickeln werden. Die große Verschärfung der Lage geht aus den folgenden Zeilen des Blattes hervor:

„Er (der Generalgouverneur) steht hier vor einer Bewegung von großem Umfange und großer Tiefe, die durch die Erschütterungen, welche ganz Asien durchzittern, geboren wurde und einem Kompromiß nicht zugänglich ist. (Von dem Blatte unterstrichen.)

Derjenige, den das Schicksal bestimmt hat, in den jetzigen Zeiten auf dem Buitenzorger Thron zu sitzen, befindet sich in dem Zentrum der großen kolonialen Tragödie.“

Die holländische Presse schlägt jetzt Alarm und blickt düster in die Zukunft. Die obigen Zeilen zeigen, daß man sich in den imperialistischen Kreisen bereits auf das Schlimmste vorbereitet, nämlich auf den Sturz ihrer Herrschaft. Wenn sie bereits solche Stimmen erschallen lassen, dann steht es außer Zweifel, daß die Gärung unter den Massen in Indonesien außergewöhnlich stark sein muß und daß in der nächsten Zukunft eine mächtige Massenbewegung unvermeidlich ist.

Jetzt besteht hier die Frage, wer diese Bewegung führen muß. Es ist zu befürchten, daß jede bedeutende Massenbewegung in Indonesien auf halbem Wege stecken bleibt, wenn sie nicht von der Kommunistischen Partei oder von einer Partei, in der die Kommunisten die motorische Kraft darstellen, geführt wird. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur die Kommunisten es verstanden haben, einen konsequenten revolutionären Kampf gegen den holländischen Imperialismus zu führen. Die bisher bekannten Führer der nationalistischen Organisation können ohne Unterstützung der Kommunisten nichts Bedeutendes leisten. Sie werden nicht imstande sein, die revolutionäre Bewegung zum endgültigen Siege zu führen, weil sie die

Neigung haben, die Konflikte mit dem holländischen Imperialismus politisch d. h. auf reformistischem Wege, beizulegen. Sie erwarten die Hebung der Volkswohlfahrt von politischen Reformen. Die nationalistischen Führer haben bisher die Massen vernachlässigt, sie haben deren Kraft in der Befreiungsbewegung nicht verstanden und ihre Initiative unterschätzt. Ohne die Mitarbeit der Kommunistischen Partei wird die Befreiungsbewegung Indonesiens reformistische Verirrungen begehen.

Die Kommunistische Partei Indonesiens hat ein großes Ansehen bei den breiten Massen und fast bei allen Schichten der Eingeborenen. Daher ist auch zu erwarten, daß sie in den künftigen Kämpfen eine wichtige Rolle spielen wird. Die Kommunisten haben sich als mutige und treue Kampfgenossen der Massen erwiesen, so daß diese sich von unseren Genossen leicht in Bewegung setzen lassen. Eine wirkliche konsequente revolutionäre Massenbewegung ist jetzt in Indonesien ohne Unterstützung der Kommunistischen Partei nicht denkbar. Die Versuche einer revolutionären nationalen Konzentrierung werden scheitern, wenn sich keine Kommunisten daran beteiligen. Seit 1921 existiert in Indonesien eine Körperschaft, die sich „National Indonesisch Kongreß“ nennt. Diese Körperschaft hat bisher noch gar nichts geleistet, es ist ihr nicht gelungen, eine Konzentrierung der nationalrevolutionären Kräfte herbeizuführen. Auch die oben erwähnte Nationalindonesische Partei wird ohne die Mitarbeit der Kommunisten nicht viel zustande bringen können. Von den Kommunisten geht eine gewaltige organisatorische Kraft aus, denn wie „Het Indische Volk“, das Organ der holländischen Sozialdemokratie in Indonesien am 30. Januar selbst zugeben mußte, verfügen die nichtkommunistischen Volksführer nicht über den strategischen Blick, der mit unwiderleglicher Richtigkeit zu ermessem weiß, wo sich die meist verletzbarsten Stellen des Feindes befinden. Sogar die bürgerliche Presse muß die organisatorische Kraft, die von unserer Partei ausgeht, anerkennen. So schreibt die liberale „Nieuwe Rotterdamse Courant“ in einer Korrespondenz vom 21. März das Folgende:

„Von der Eingeborenenbewegung in Indonesien ist die von Java auch jetzt die wichtigste. Dort ist sie am weitesten differenziert, ihre Formen sind am klarsten zu ersehen. Eine Bewegung zu entfalten, die das gesamte Indonesien umfaßt, ist keiner einzigen Gruppe gelungen. Die Kommunisten haben dies nur ausschließlich dadurch erreicht, daß ihre Aktion von einem Zentrum außerhalb Indonesien geführt wurde.“

Wie zerrissen die Volksbewegung nach der Unterdrückung der Kommunistischen Partei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen ist, geht aus derselben Korrespondenz hervor:

„Der groß-indonesische Gedanke bleibt . . . nur ein Gedanke. Er vereinigt eine Zahl Studierender auf Java. Der Sarekat Islam hat Abteilungen außerhalb Javas; Mangel an Führern bewirkt jedoch, daß die Bewegung dort, wo die Hauptführer zufällig nicht da sind, wiederholt zusammenbricht. Die Organisation des „Allindonesienkongresses“ verteilt in National-Sumatra-Kongreß, National-Borneo, National-Celebes, National-Java-Kongreß und alle vereinigt in einem allgemein National-Indonesischen Kongreß, von Tjokroaminoto nach britisch-indischem Muster von einigen Jahren her entworfen, blieb ein Knochengestell ohne Leben.“

Die Verschärfung der Lage macht die Rolle der Kommunistischen Partei in der Befreiungsbewegung Indonesiens nicht geringer, sondern noch wichtiger, denn nur sie allein versteht es, die ökonomischen Kämpfe zu führen. Und gerade die Kämpfe auf dem ökonomischen Gebiete werden von der

Regierung am meisten gefürchtet. Daher ist es zu erklären, daß die Regierung die Kommunisten rücksichtslos bekämpft, daß sie sogar jugendliche Kommunisten nach den wildesten Orten Indonesiens verbannt, denn diese Jungkommunisten sind viel gefährlicher, als die aufrichtigsten revolutionären Nationalisten, weil diese eine andere Ideologie, als die breiten Massen haben, eine Ideologie, die die Massen als einen Machtfaktor nicht genügend berücksichtigt.

In den künftigen Kämpfen ist die Kommunistische Partei noch mehr berufen, eine wichtige Rolle zu spielen. Ihr Einfluß auf die Massen ist unbestreitbar. Sogar die Regierung anerkennt dies. In ihrer Antwortnote im Volksrat über die kommunistische Bewegung sagte die Regierung:

„Auf dem Boden der kommunistischen Agitation wird man immer wieder den forcierten Entwicklungsprozeß in Betracht ziehen müssen, einen Entwicklungsprozeß, den diese Länder nun einmal durchmachen. Die Gärung der letzten Jahre ist eine Folge der ökonomischen, intellektuellen und sozialen Evolution.“

In der Tat eine ganz richtige Bemerkung! Es ist die ganze rapide wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens, die den kommunistischen Einfluß auf die Massenbewegung Indonesiens für die holländische Herrschaft so drohend gestaltet hat.

Es gibt aber eine große Gefahr für die Partei — auf einem anderen Gebiete. Die Partei hat zuviel erfahrene Genossen durch die Verurteilungen und Verbannungen verloren. Die scharfen Verfolgungen haben die theoretische Erziehung der Kaders erheblich beeinträchtigt. Obgleich die Kommunistische Partei Indonesiens eine bolschewistische Partei ist in dem Sinne, daß sie die Mehrheit der Massen hinter sich zu sammeln versteht, ist sie doch noch keine leninistische Partei im wahrsten Sinne des Wortes. Unsere Partei führt seit Jahren und auch heute immer noch eine isolierte Existenz. Von einer Verbindung mit den anderen Bruderparteien ist wenig die Rede. Die Isoliertheit unserer Partei verursacht, daß sie die Erfahrungen der anderen Bruderparteien nicht vollauf ausnützen kann. Unsere Genossen sind auf sich selbst angewiesen, sie müssen selbst die Kampfprobleme lösen. Dadurch sind Fehler unvermeidlich, Fehler, die unserer Partei viele Opfer gekostet haben und noch kosten werden. Gewiß, der revolutionäre Kampf hat in unseren Reihen mutige und ergebene Kämpfer herangebildet, aber Mut und Ergebenheit allein genügen nicht, um einen wirklichen, dauernden Sieg zu erringen und zu sichern. Denn, wie Lenin sagte, ohne revolutionäre Theorie ist keine revolutionäre Bewegung möglich.

Große Massenbewegungen stehen in Indonesien bevor, Bewegungen, deren Gefährlichkeit für den holländischen Imperialismus davon abhängt, wieweit unsere Partei sie beeinflussen kann. Der Ausgang dieser Bewegungen ist wieder davon abhängig, wie geschickt und richtig unsere Partei die taktischen Aufgaben zu lösen vermag.

Die Lage in Indonesien hat sich so zugespitzt, daß die indonesische Regierung dem Genossen de Visser, Mitglied des holländischen Parlamentes, nicht erlauben wollte, nach Indonesien zu gehen. Das bloße Erscheinen dieses Genossen in Indonesien scheint für die Herrschaft des holländischen Imperialismus schon sehr gefährlich zu sein. Die zugespitzte Lage kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Regierung sich jetzt beeilt, dem Volksrat und dem holländischen Parlament einen „Reform-Entwurf“ vorzulegen.

Diese „Reform“ besteht darin, daß im Volksrat eine Eingeborenenmehrheit in Aussicht gestellt wird. Es ist ein Versuch der Regierung, die nach links schwenkenden nationalistischen, intellektuellen Führer wieder für sich zu gewinnen.

Die erste Aufgabe unserer Genossen in dieser ersten Zeit ist jetzt, schleunigst eine starke bolschewistische Führung wieder aufzubauen, denn ohne diese ist eine einheitliche Massenbewegung nicht möglich.

Weiter muß mit aller Energie danach gestrebt werden, daß unsere Partei aus ihrer jetzigen Isoliertheit befreit wird, damit sie von allen Seiten Hilfe erfahren kann.

Nur auf diese Weise wird unsere Partei den schweren Aufgaben des Kampfes gerecht. Diese Aufgaben sind:

1. Die Konzentrierung und Mobilisierung der proletarischen und national-revolutionären Kräfte,
2. Die Niederwerfung der Herrschaft des holländischen Imperialismus.

J. KITAIGORODSKI:

DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE IN DER TÜRKEI

1. Allgemeine Bemerkungen

Die politische und wirtschaftliche Konsolidierung der jungen einheimischen nationalen Bourgeoisie ist das Resultat des nationalen Krieges um die Unabhängigkeit der Türkei. Sie allein hat sich die Früchte des Sieges über den Imperialismus zunutze gemacht, für sie allein haben die werktätigen Klassen Anatoliens die Kastanien aus dem Feuer geholt. Die Bauernschaft, und insbesondere das Stadtproletariat hat in sozial-wirtschaftlicher und politischer Beziehung von der siegreichen national-bürgerlichen Revolution wenig gehabt.

Von der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung der nationalen Bourgeoisie, die durch die „Volkspartei“ („Chalk Fyrkassy“) die Geschicke der türkischen Gesellschaft leitet, sticht in scharfem Kontrast die politische Rechtlosigkeit, die Unorganisiertheit, Zersplitterung und das haarsträubende materielle Elend der türkischen Arbeiterklasse ab.

Die geringe zahlenmäßige Stärke und die Schwäche des Proletariats Anatoliens ausnützend, versucht die junge türkische Bourgeoisie, auch der rebellisch gewordenen Bauernschaft Herr zu werden, sie ihrem Einfluß zu unterwerfen, indem sie diese elementare Bewegung in das Bett einer rein national-bürgerlichen Revolution ablenkte.

Infolge seiner Schwäche konnte das Proletariat Anatoliens in den Jahren 1919 bis 1923 auf die Bauernschaft keinen entsprechenden Einfluß ausüben, um sie auf die Bahn der sozialen Revolution zu bringen. Dieser Umstand kam der anatolischen Bourgeoisie sehr zustatten. Während sie in ihren zahlreichen Deklarationen versprach, die Lage der türkischen Bauernschaft zu

erleichtern, für alle Werktätigen „mit Allahs Hilfe“ das Reich der Gleichheit und Gerechtigkeit zu bringen, die Lage der Arbeiter im Sinne des Schutzes ihrer Arbeit zu verbessern, hat sie, zur Macht gelangt, selbstverständlich nicht ein einziges dieser Versprechen gehalten.

Indem wir uns die Schilderung der Lage der Bauernschaft in der neugebildeten türkischen Republik für ein anderes Mal vorbehalten, wollen wir uns in dem vorliegenden Aufsätze ausschließlich auf die Schilderung der Lage des türkischen Proletariats beschränken, das am politischen Horizont der Türkei deutlich hervortreten beginnt.

2. Die wirtschaftliche Lage der türkischen Arbeiterklasse

Das Wachstum des türkischen Proletariats hat sich in den letzten Jahren merklich gesteigert. Zu den Arbeitern der Eisenbahn, Straßenbahn, der Textil-, Tabak- und anderen, durch das ausländische Kapital errichteten Fabriken kommen die Arbeiter der in den letzten Jahren durch das einheimische Kapital geschaffenen Fabriken, Werke und Werkstätten. Es wurden beispielsweise von 1920 bis 1926 in der Türkei aus Mitteln des einheimischen Kapitals 626 kleinere Fabriken mit Motoren von mehr als 5 PS errichtet, 69 Industriegesellschaften mit einem Kapital von 22 Millionen türkischer Lire gegründet, 223 große Mühlen, 116 Holzsägewerke, 61 Textilfabriken (mit Motoren von 25—50 PS) aufgebaut. Allein im Jahre 1925 wurden 9 Textilfabriken mit insgesamt 70 000 Spindeln errichtet. Außerdem wurden gegen 50 Seifensiedereien und 2 Zuckerfabriken, eine in Alpulu, unweit Konstantinopel, die andere in Uschak, östlich von Smyrna, in Betrieb gesetzt, und gegen 423 Kilometer Eisenbahngleis ausschließlich mit Hilfe des einheimischen Kapitals gelegt.

Wir können leider keine genauen Angaben über die zahlenmäßige Stärke der in der Industrie des ausländischen, des gemischten und rein nationalen Kapitals beschäftigten türkischen Arbeiterklasse machen. Eine genaue Statistik gibt es in der Türkei nicht: es ist bis auf den heutigen Tag selbst schwer, die Einwohnerzahl der Neuen Türkei festzustellen. (Manche schätzen die Bevölkerung auf 7 Millionen, andere auf 14 Millionen). Die Ziffer von 200 000 Personen städtischer Lohnempfänger dürfte wohl die Höchstziffer sein, während die Zahl der in rein industriellen Unternehmungen (im europäischen Sinne dieses Wortes) beschäftigten Arbeiter zweifellos mehr als 30 000 beträgt. Mit jedem Jahre nimmt die Zahl der Industriearbeiter in der Türkei trotz des im letzten Jahre beträchtlich verminderten Tempos der „Industrialisierung“ der Türkei zu.

Die Agrarpolitik der kemalistischen Regierung (Bevorzugung des Großbauern, Einräumung von Darlehen und Kredit durch die Landbanken ausschließlich an kreditfähige Bauern, deren es im türkischen Dorf überaus wenig gibt; die Steuerpolitik) begünstigt die Beschleunigung des Differenzierungsprozesses des türkischen Dorfes, aus dem eine ungeheure Masse verarmter Bauern hinausgedrängt wird, um den Arbeitsmarkt zu überschwemmen. In noch höherem Grade als das Dorf, proletarisieren sich die kleinen und mittleren Klassen der städtischen Bevölkerung, auf denen der Steuerdruck noch mehr lastet, als auf dem Dorf. Die Reihen des türkischen Proletariats

werden somit einmal aus dem ländlichen Reservoir und andererseits in noch höherem Maße durch die Kleinbourgeoisie und zum Teile auch mittlere Bourgeoisie aufgefüllt, die durch die Finanz- und Steuerpolitik der regierenden Partei ruiniert wird.

Wenn wir uns das Staatsbudget der letzten vier Jahre näher ansehen, so werden wir einmal das Wachstum der indirekten Steuern und Monopole, unter denen der türkische städtische Verbraucher seufzt, und zweitens, die deutliche Tendenz zur Herabsetzung aller direkten Steuern der Landwirtschaft gewahr. So betragen die direkten Steuern in Prozenten der gesamten Steuereinnahmen im Jahre 1924 33,5 Prozent, im Jahre 1927 22,3 Prozent, während die direkten Steuern für die Landwirtschaft im Jahre 1924 prozentual 28,8, und im Jahre 1927 14,2 betragen. Was die Einnahmen aus dem Tabak-, Zündholz-, Zucker- und Naphtha-Monopol betrifft, so betragen sie in Prozenten der Gesamteinnahmen im Jahre 1924 12,7, und im Jahre 1927 23 Prozent.

Am meisten leidet der Arbeiter-Verbraucher, der neben den allgemeinen Steuern, den Verbrauchs-, Schul- und sonstigen Steuern auch noch eine Lohnsteuer zu entrichten hat. Bei der herrschenden Teuerung ist es geradezu unverständlich, wie ein Arbeiter mit Familie sein Leben fristet, wenn der Staat ihn in Form direkter und indirekter Besteuerung seines Lohnes um einen großen Prozentsatz seines Einkommens bringt.

Selbst die kemalistische Presse ist gezwungen, auf die Tatsache der unzureichenden Ernährung des türkischen Arbeiters hinzuweisen. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit ist das Leben um das vierzehnfache teurer geworden, während der Arbeitslohn sich insgesamt um das dreifache erhöht hat. Der Verdienst des türkischen Arbeiters liegt unter dem Existenzminimum. Der Arbeitstag beträgt auf einigen Arbeitsgebieten, wie bei der Straßenbahn, bis 15 Stunden. Die Arbeitszeit ist überhaupt nicht geregelt. In Militärwerkstätten ist der neunstündige Arbeitstag die Regel, ebenso bei der Eisenbahn (die Mittags- und Frühstückspausen sind hierbei nicht einbegriffen). Dafür beträgt der Arbeitstag in den Textil- und Tabakunternehmen 11 bis 12 Stunden.

Am besten werden die Eisenbahnarbeiter bezahlt (der Durchschnittslohn des qualifizierten Arbeiters beträgt hier 2 Lire 50 Piaster), am schlechtesten die Tabakarbeiter (der qualifizierte Arbeiter erhält im Durchschnitt 2 Lire, der nichtqualifizierte 80 Piaster. Die türkische Lire beträgt ungefähr 2 Reichsmark und zählt 100 Piaster).

Betrachten wir nun als Beispiel den Durchschnittsverdienst eines wenig qualifizierten Eisenbahners, der 55 Lire monatlich ausmacht. Von diesem Betrage werden ihm 5 Lire in Form einer speziellen Lohnsteuer abgezogen. Außerdem muß er 2 Lire 50 Piaster monatlich für Schul-, Trottoir- und Krankensteuer bezahlen; für sein Zimmer muß er 10 bis 12 Lire im Monat ausgeben. Es verbleiben ihm somit noch $37\frac{1}{2}$ Lire. Wenn er unverheiratet ist, so reichen diese gerade knapp zum Leben. Die tägliche Nahrung kostet ihn 75 Piaster. Sein Frühstück besteht aus Brot und Käse, das Mittagessen aus Bohnen- oder Erbsensuppe, und nur an Freitagen erlaubt er sich, zu Mittag auch Fleisch zu essen; das kostet ihn im Monat 22 Lire 50 Piaster. Wenn er aber Mitglied einer Hilfskasse ist, so muß er noch 1 Lire im Monat für diese hergeben. Außerdem besteht eine

ganz besondere Zwangssteuer zugunsten der Eisenbahn-Gesellschaft; wir haben da jene Strafen, denen die Arbeiter so oft unterzogen werden, im Auge. Es ist berechnet worden, daß der Arbeiter an Strafen monatlich 3 bis 8 Lire zahlt. Die französischen und englischen Kompagnien (die Mehrzahl der türkischen Eisenbahnen gehört dem englisch-französischen Kapital) beuten den türkischen Arbeiter, dem ein staatlicher Arbeitsschutz nicht bekannt ist, in der skrupellosesten Weise aus. Wenn wir selbst eine Durchschnittsziffer der Strafen von 4 Lire annehmen, so verbleiben unserem Eisenbahner (wir müssen bedenken, daß es sich hier um einen unverheirateten Arbeiter handelt) für Abendbrot, Rasieren, Zeitung, Bad, Kleidung, Fußbekleidung, Kino und sonstiges im ganzen 10 Lire. Es ist ganz klar, daß der Arbeiter bei der bestehenden Teuerung damit nur unter großen Entbehrungen auskommt. Wie muß aber dann die Lage eines Arbeiters sein, der Familie besitzt? Es ist wahrlich nicht verwunderlich, daß der größte Prozentsatz der Sterblichkeit durch Tuberkulose gerade die Arbeiter betrifft und die Kindersterblichkeit in den Arbeitervierteln eine ungeheure Zahl aufweist.

Wir haben dabei eine relativ „gut“ bezahlte Arbeiterkategorie herausgegriffen. Andere Arbeiterkategorien, wie z. B. die Textil- und Tabakarbeiter, beziehen 26 bzw. 30 bis 35 Lire im Monat. Ein Straßenbahnangestellter in Smyrna oder Konstantinopel erhält 1 Lire 25 Piaster für einen 15 stündigen Arbeitstag.

Es ist keineswegs verwunderlich, daß unter den Arbeitermassen große Unzufriedenheit, ja Empörung über ihre Lage herrscht. Ganz spontan brechen bald hier bald dort Streiks auf wirtschaftlicher Grundlage aus, die manchmal mit einem Teilerfolg endigen, wie es z. B. im Mai bei den Tabakarbeitern oder bei den Eisenbahnern in Adana der Fall war, wovon noch später die Rede sein wird.

3. Die Streikbewegung

Uebersaus interessant verlief der Streik der Tabakarbeiter Konstantinopels anfangs Mai dieses Jahres. Der Streik entstand auf wirtschaftlicher Basis. Die Mehrzahl der Arbeiter waren türkische Flüchtlinge aus Thrakien, die unter dem Einfluß der bulgarischen revolutionären Organisation gestanden hatten. Für den rückständigen türkischen Arbeiter ist die Hartnäckigkeit charakteristisch, die die Streikenden im Kampfe an den Tag legten. Der Streik fand mitten in der Saison statt und die Unternehmer waren nach einer achttägigen Dauer des Streiks gezwungen, nachzugeben und gewisse Lohnzulagen zu bewilligen. In das Streikkomitee wurde eine türkische Arbeiterin gewählt. Sie zeigte großen Heroismus und ermutigte durch ihr Auftreten die streikenden Arbeiter. Man zählte 3000 Streikende — für die rückständige türkische Arbeiterbewegung eine imponierende Ziffer. Die kemalistische Regierung mußte „gute Miene zum bösen Spiel“ machen (der Streik betraf ein ausländisches Unternehmen) und sich in den Streik zwecks „friedlicher“ Liquidierung desselben einmengen. Die Streikenden zeigten eine „dreiste“ Haltung. Sie gingen von Fabrik zu Fabrik, stellten Streikposten auf, entfernten die Arbeitswilligen und schlugen die Streikbrecher blutig. Angesichts der Hartnäckigkeit der Streikenden befürchtete die Regierung, der Streik könnte auch die staatlichen Unternehmen erfassen (in

Konstantinopel arbeiten darin 12 000 Tabakarbeiter), und beschloß deshalb, dem Streik ein Ende zu machen, indem sie die Unternehmer zu Zugeständnissen bewegte. Anstatt 150 Piaster pro Tag wurden den mittelqualifizierten Arbeitern 170 Piaster bewilligt.

Besonders merkwürdig war der Streik auf der Adaner Eisenbahn, auf der Nebenlinie Jenidse-Nussebin, an der 800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind.

Die Adana-Eisenbahn gehört dem französischen Kapital. Diese Linie verläuft durch den fruchtbarsten Landstrich der Türkei, auf dem in der Hauptsache Baumwollplantagen liegen. Adana ist ein großes Arbeiterzentrum im Süden der Türkei, wo zahlreiche Textil-, Baumwollreinigungs- und Tabakfabriken konzentriert sind. In einigen Fabriken arbeiten in der Hochsaison 2000 und mehr Arbeiter.

Die Arbeitsbedingungen sind hier überaus schwer, besonders im Sommer, wo die Temperatur bis auf 60 Grad über Null steigt. Es bedarf wohl nicht der Erwähnung, daß in sanitär-hygienischer Beziehung sowohl die Eisenbahnwerkstätten wie auch die anderen Fabriken überaus schlecht ausgestattet sind, trotzdem in einigen Fabriken eine stark rationalisierte Maschinenteknik angewandt wird.

Die Regel ist, daß die Eisenbahner für Feiertage keinerlei Entgelt erhalten. Bei Verstümmelungen wird der Arbeiter im Eisenbahn-Krankenhaus wohl unentgeltlich behandelt, die verlorene Zeit wird ihm aber nicht bezahlt. Ein Urlaub von zwei Wochen wird wohl gewährt, doch erhält der Arbeiter für diese Zeit keinerlei Entgelt. Bei der furchtbaren Armut der Arbeitermassen macht natürlich selten jemand von solchem Urlaub Gebrauch. Ueberstunden werden nicht immer bezahlt. Die Willkür der älteren Meister und das Strafsystem pressen den Arbeiter aus. Eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter ist schwer auszudenken. So ist denn auch im Juni d. J. den Eisenbahnern die Geduld gerissen; der Streik brach aus. Die Obrigkeit in der Person des „Wali“ (Gouverneur) begab sich eiligst auf den Bahnhof und begann den Streikenden zuzureden, die Arbeit aufzunehmen. Einer der Arbeiter, der Vorsitzende des Streikkomitees, hielt nun eine leidenschaftliche Rede, in der er der nationalen Regierung die Begünstigung des Auslandskapitals vorwarf, das sich durch Ausbeutung der türkischen Arbeitskraft mäste. Die durch den Genossen X. dem Gouverneur gegebene leidenschaftliche Abfuhr machte auf die Streikenden einen zündenden Eindruck. Höchst erregt schworen sie, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis ihre durch das Streikkomitee ausgearbeiteten 30 Forderungen von der Eisenbahngesellschaft angenommen seien. Von besonderer Bedeutung war der Anschluß der von der Gesellschaft in gemeinster Weise ausgebeuteten türkischen Angestellten an den Streik. Nach einem bestehenden besonderen Abkommen zwischen der türkischen Regierung und der Verwaltung der Anatolischen Eisenbahnen (die Vereinbarung wurde nach der Lausanner Konferenz im Jahre 1923 getroffen), darf die Gesellschaft nur eine äußerst begrenzte Zahl von ausländischen Angestellten einstellen. Dieses Abkommen wird jedoch nicht befolgt. Das Ehrgefühl des türkischen Angestellten ist zudem sehr gekränkt, da Ausländer für die gleiche Arbeit einen doppelten Lohn erhalten. Dieser Umstand bringt Angestellte und Arbeiter einander näher, da sie als Türken von der Rechtlosigkeit in gleicher Weise betroffen werden. Das war auch der

Grund, weshalb auch das höhere Angestelltenpersonal der Eisenbahnlinie Jenidse-Nussabin sich dem Streik anschloß.

Die Behörden übten nun auf die Gesellschaft einen Druck aus; diese hat sich eine Bedenkzeit von einem Monat aus. Das Streikkomitee mußte alle seine Kräfte aufbieten, um die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen. Der Monat verging und die Gesellschaft machte bekannt, daß sie nicht gewillt sei, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu bewilligen. Die Empörung unter den Arbeitern war unbeschreiblich. Das in der ganzen Zeit illegal bestehende Streikkomitee gab den Befehl, auf der ganzen Linie, einer Strecke von 250 Kilometer, den Streik zu erklären. Die Züge standen still, im Depot herrschte Arbeitsruhe. Es gelang der Gesellschaft mit Hilfe von Streikbrechern, einen Zug in Bewegung zu setzen. Die Arbeiter legten sich nun in großen Massen auf den Schienenweg, um eine Fortbewegung des Zuges zu verhindern. Darauf wurde Polizei und Gendarmerie mobilisiert, die auf die auf den Schienen lagernden Streikenden eine Salve abgaben. Das für das türkische Leben ungewöhnliche Ereignis hatte offenbar auch auf die Schießenden eingewirkt, denn die Mehrzahl von ihnen schoß nur mit Platzpatronen. Dadurch erklärt sich auch die unbedeutende Zahl von Verwundeten (Tote gab es überhaupt nicht).

Alle Kreise der türkischen Gesellschaft waren über das Verhalten der Behörden empört. Es war um die Zeit der Wahlkampagne. Den Kemalisten war dies keineswegs recht: es stand ihnen als einer „nationalen“ Gewalt ja nicht gut an, auf türkische Arbeiter, die vom ausländischen Kapital ausgebeutet wurden, schießen zu lassen.

Leider besitzen wir noch keine genauen Angaben über das Ergebnis dieses Streiks. Es ist jedoch bekannt geworden, daß die Gesellschaft sich zu guter Letzt zu einigen Zugeständnissen verstanden hat.

Dieser Streik hat klar bewiesen, daß der türkische Arbeiter keine in sein Schicksal ergebene Kreatur ist. Der türkische Arbeiter befreit sich allmählich von der nationalistischen Ideologie, in der er bis jetzt befangen war. Er sieht klar, daß er auch von der nationalistischen Regierung ebenso wenig Rettung zu erwarten hat, wie seinerzeit von der Regierung der Sultane. Das Bewußtsein der Notwendigkeit eines selbständigen Klassenkampfes gewinnt allmählich den Weg zur breiten Arbeitermasse. Das hat besonders klar der Streik bei der Adaner Eisenbahn gezeigt. Not, verzweifelte Armut der Massen, die schonungslose Ausbeutung, das Hungerleben, die Ungewißheit über den morgigen Tag — all das sind machtvolle Faktoren für das Erwachen des Klassenbewußtseins der türkischen Arbeiter.

4. Die Gewerkschaftsbewegung

Eine Gewerkschaftsbewegung in unserem Sinne ist in der Türkei nicht vorhanden. Am meisten entwickelt sind Gesellschaften für gegenseitige Hilfe, Unterstützungskassen von mittelalterlichem Typus. Nach den noch aus den Zeiten Abdul Hamids stammenden Gesetzen haben schon 10 Menschen das Recht, eine eigene Gesellschaft für gegenseitige Hilfe zu gründen. In Konstantinopel, Smyrna, Adana, Angora und anderen Städten bestehen schon längst solche Organisationen. In der Munitionsfabrik in Angora, wo unter anderem einige hundert Arbeiterinnen beschäftigt sind, sind diese alle

Mitglieder der Unterstützungskasse. In jedem Arbeitszweige, in der Tabak-, Textil- und anderen Industrien gibt es „mehrere solcher Verbände“, die untereinander nicht vereinigt sind. Das Verdienst der fortgeschrittenen Konstantinopeler „Union der Verbände“ („Amele — Teali — Djumchuriet“) besteht darin, daß sie sich die Modernisierung der bestehenden Gesellschaften zum Ziele gemacht hat, indem sie einen systematischen Kampf für die Umwandlung derselben in richtige Gewerkschaften und für deren Vereinigung zu einem allgemeinen Gewerkschaftsbund im Maßstabe des ganzen Landes führt.

Der „Teali“ umfaßt im ganzen gegen 300 bis 350 Arbeiter, doch ist sein Einfluß bedeutend größer. Das zeigte beispielsweise der Streik am 1. Mai, an dem 200 Arbeiter von Konstantinopel teilnahmen. Im Festtagsgewande, mit roten Bändchen im Knopfloch, begaben sich die Arbeiter in die Räume des „Teali“, wo sie im Chor die Arbeitshymne sangen. Der „Teali“ ist das Zentrum der Vereinigung der Arbeiter Konstantinopels geworden. Bei dieser Arbeitervereinigung ist ein Klub sowie Abendkurse gegründet worden — eine für die Türkei ungewöhnliche Erscheinung.

Die regierende Kemalisten-Partei ist unausgesetzt bemüht, die Arbeiterbewegung zu bevormunden, doch gelingt ihr dies nicht immer. Sie hat bisher nicht einmal Zeit gefunden, im Medjlis den Entwurf eines Arbeitsgesetzes zu diskutieren. Die regierende Partei denkt am allerwenigsten an die Interessen der Arbeitermassen. Der „Medjlis“ hat in vier Jahren bedeutende Reformen auf dem Gebiet des täglichen Lebens sowie des öffentlichen politischen Lebens eingeführt, doch hat er auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung auch nicht eine einzige Reform ins Leben gerufen.

Der von der Medjlis-Kommission erörterte und gebilligte Entwurf eines Arbeitergesetzes verschlimmert die Lage der Arbeiter noch weiter (an Stelle des neunstündigen Arbeitstages in den Militärwerkstätten wird der zehnstündige eingeführt). Der aufgelöste Medjlis übertrug den Gesetzentwurf auf den neuen Medjlis, der erst im Oktober des laufenden Jahres einberufen wird. Die nationale Bourgeoisie, deren Vertreter im Medjlis überwiegen, führt alle politischen Reformen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Klasseninteressen durch.

Die Arbeiterklasse der Türkei wird auch weiter in voller Rechtlosigkeit hinvegetieren müssen. Eine Regelung der Arbeitszeit gibt es nicht, ebenso wenig eine Fabrikinspektion. Bei Auseinandersetzungen mit den Unternehmern stellen sich Gesetz, Polizei und Gericht auf deren Seite. Eine Sozialversicherung existiert ebensowenig, wie eine Arbeitsbörse. Ein frühzeitiges Massensterben der Arbeiter läßt sich überall beobachten. Selbst die kemalistische Presse schlug Alarm, indem sie auf die furchtbare Sterblichkeitsziffer durch Schwindsucht, Skorbut und andere Krankheiten, die in den Arbeitervierteln wüten, hinwies.

Noch unerfreulicher ist die Lage der Arbeiter der nationalen Minderheiten, die sich infolge der Politik der Kemalisten noch verschlechtert hat. Die griechischen, jüdischen und armenischen Arbeiter haben einmal kein Recht der Uebersiedlung aus einem Gouvernement in das andere und selbst nicht aus einer Stadt in die andere; zweitens werden sie in staatlichen Unternehmen nicht eingestellt. Sie sind gewissermaßen die Parias unter den

türkischen Proletariern. Allein die Gesellschaft „Teali“, die unter dem Einfluß der fortgeschrittenen türkischen Arbeiter steht, führt gegenüber allen Proletariern der Stadt Konstantinopel eine Politik internationaler Solidarität durch, indem sie gern jeden Arbeiter, unabhängig von Rasse und Konfession, aufnimmt. In den anderen Gesellschaften bestehen die nationalen Beschränkungen. Die Kemalisten sind bestrebt, sich die überaus empfindsame nationale Saite der türkischen Arbeitermassen zunutze zu machen.

Und doch „bewegt sie sich“. Allmählich entlarvt sich die nationalistische Regierung selbst, indem sie durch ihre blutigen Akte, durch Terror und durch das politische Monopol, das nur der Bourgeoisie eingeräumt wird, den Klassenhaß der Arbeitermassen wachruft. Der letzte Streik auf der Adaner Eisenbahn ist der beste Beweis für das Erwachen der türkischen Massen aus der Lethargie, der beste Beweis der Befreiung vom orientalischen Fatalismus, der beste Beweis für das Betreten des Weges eines selbständigen Klassenkampfes.

A. SCHAMI:

DIE POLITISCHE LAGE IN AEGYPTEN

Der Druck Englands

Der letzte allbekannte englische Ansturm auf die ägyptische Unabhängigkeit im Mai/Juni d. J. war hauptsächlich durch Englands Wunsch hervorgerufen, sich bei Vorbereitung seines Krieges in den arabischen Ländern Ruhe zu sichern. Gleichzeitig mit der Absendung des Ultimatus an Aegypten wurde auch ein entsprechender Druck auf die Regierung des Irak ausgeübt. In Aegypten ging es, ebenso wie im Irak und in Indien, um die Verringerung der einheimischen („nationalen“) Armee und um die Sicherstellung ihrer Leitung durch englisches Kommando. Als Vorwand zu den Noten der englischen Regierung an Aegypten (begleitet von der Absendung von Dreadnoughts) diente der Wunsch (!) der Militärkommission des ägyptischen Parlaments nach Erweiterung der ägyptischen Armee, ihrer Neuausrüstung und Abschaffung des Postens des Sirdar.

Die Drohungen der englischen Regierung führten zur vollkommenen Kapitulation des ägyptischen Parlaments und seiner Regierung, die in allen strittigen Punkten nachgaben.

Die Kapitulation der ägyptischen Regierung in der Frage der Armee bedingte ihre Nachgiebigkeit auch in anderen Fragen, wie z. B. der Erneuerung der Verträge mit den englischen Beamten, dem Regime der Kapitulationen usw. Die ägyptischen Nationalisten waren eingeschüchtert. Es gewann in ihrer Mitte die Stimmung für endgültige „Regulierung“ der strittigen Fragen an Boden, — um so mehr, als auch die entsprechende internationale Lage diese Stimmung begünstigte.

Die übrigen imperialistischen Mächte, die im Nahen Osten mit England im Wettbewerb stehen, unterstützen dieses in Aegypten, indem

sie die „Berechtigung“ der britischen Interessen in Aegypten stillschweigend anerkennen. Die „Tugend“ der imperialistischen Räuber ist auch hier, wie überall, ein Kind der „Not“: der Erkenntnis nämlich, daß die englischen Imperialisten ihre Herrschaft über Aegypten mit niemand teilen werden. Andererseits trägt diese Stärkung der englischen Herrschaft in Aegypten die einmütige Anerkennung derselben seitens der ganzen kapitalistischen Welt zur uneingeschränkten Aufrechterhaltung — seitens Englands — des Regimes der Kapitulationen gegenüber allen Kapitulationsmächten in Aegypten bei.

Nirgends trat diese Politik der Anerkennung Englands als Vertreter der Interessen aller „Kultur“-Staaten so grell hervor als in der Politik Frankreichs. Während Frankreich im gesamten Nahen Osten hartnäckig gegen England intrigiert, hat es dennoch England in der Zeit des letzten Konfliktes unterstützt, und die französische Presse hat sich im besten Falle darauf beschränkt, den Aegyptern Ratschläge über die Notwendigkeit der Nachgiebigkeit gegenüber den Engländern zu erteilen. Diese Politik Frankreichs (welche in bedeutendem Maße durch die zeitweilige Einstellung der Intrigen Englands in Syrien und dessen Hilfe bei der Unterdrückung des syrischen Aufstandes hervorgerufen war) kam vollständig unerwartet für die ägyptischen Nationalisten, welche bis dahin ihre ganze Rechnung vor allem auf die Zwietracht unter den Imperialisten und in erster Reihe auf die Hilfe des „demokratischen“ Frankreich gegründet hatten*.

In gleichem Maße solidarisierte sich auch Italien mit England. Die italienische Unterstützung war freilich nur eine offizielle. Die faschistischen Organisationen in Aegypten selbst (als „Unverantwortliche“) sprachen öffentlich ihre „Sympathie“ mit der ägyptischen nationalen Freiheitsbewegung aus.

Hingegen trat Amerika vollkommen offen gegen England auf. Der Vertreter dieser „großen Demokratie“ in Kairo, der Gesandte Dr. Morton Howell, trat während des Konfliktes mit „antiimperialistischen“ Interviews und Reden hervor, in denen er England der Unterdrückung Aegyptens und aller Todsünden, „würdig der Verurteilung vor Gott und den Menschen“ beschuldigte. Nicht umsonst begann die ganze imperialistische englische Presse gegen diesen „Intriganten“ eine Kampagne, worin seine Abberufung gefordert wurde.

Die Reise des Königs Fuad

Diese Reise, die lange Zeit hindurch verschoben worden war, fiel mit der Liquidierung des letzten Konfliktes zusammen. Es ging ihr eine lange Kampagne zwecks Vorbereitung der ägyptischen öffentlichen Meinung voraus. In der englischen Presse wurde eine ganze Reihe von Vorschlägen für die Regulierung der anglo-ägyptischen Beziehungen zur Diskussion gestellt, wie z. B. der Einschluß Aegyptens in das britische Imperium mit den Rechten eines Dominion, der Abschluß eines Bündnisvertrages usw. Auch Drohungen wurden losgelassen (z. B. die bekannten Artikel des Mitglieds des Unterhauses Wedgwood von der Arbeiterpartei, betreffend Erteilung einem Mandats über Aegypten an Italien). Alle Vorschläge der Engländer gingen auf

* Die ägyptischen Nationalisten rechnen um so mehr auf die Hilfe Frankreichs, als dieses im Außenhandel Aegyptens die dritte Stelle einnimmt und die ägyptische Nationalbank mit dem französischen Bankkapital verbunden ist.

die ägyptische Anerkennung der bekannten vier Punkte zurück, welche sie bei ihrer Proklamation der Unabhängigkeit Aegyptens im Jahre 1922 für sich vorbehalten hatten: 1. Die Sicherung der Verkehrsstraßen des Imperiums, d. h. des Suezkanals; 2. der Schutz Aegyptens vor auswärtiger Einmischung; 3. die Verteidigung der Interessen der Ausländer, und 4. die englische Verwaltung im Sudan.

Die ägyptischen Nationalisten (Zaglul-Pascha) waren einverstanden, mit England ein Militärbündnis zur Verteidigung Aegyptens durch England und zur Hilfeleistung Aegyptens für England im Kriegsfall zu schließen, doch forderten sie die Verlegung der englischen Truppen von Aegypten an das asiatische Ufer des Suezkanals, die Abschaffung des Regimes der Kapitulationen, die Anerkennung des Rechtes zur Ernennung der sudanesischen Beamten für Aegypten und die tatsächliche Kontrolle Aegyptens über die Nilbewässerung.

Die Engländer waren davon überzeugt, daß unter den bestehenden Verhältnissen König Fuad sich entschließen werde, ohne Parlament in London einen Vertrag auf der Grundlage der vier Punkte abzuschließen. Aber im Gegensatz zu englischen Meldungen (Daily Herald, Observer usw.), welche von der Erzielung eines vollkommenen Einverständnisses zwischen dem den König begleitenden ägyptischen Premierminister Saruat-Pascha und Chamberlain berichteten, behaupten die sonst wohlinformierten „Al-Achram“, „Beljah“, „Sij-Jassa“ und andere ägyptische Zeitungen, daß die wesentlichsten Fragen ungelöst geblieben sind und daß die Unterredungen Saruat-Paschas mit Chamberlain nur zu dem einen Resultat geführt haben, den Boden für neue Verhandlungen vorzubereiten, welche im Herbst, diesmal schon in Kairo, stattfinden sollen.

Die Unnachgiebigkeit der ägyptischen Delegation erklärt sich aus dem einmütigen Widerstand, auf welchen die Verhandlungen bei der gesamten ägyptischen Oeffentlichkeit gestoßen sind. Offensichtlich wagte Fuad nicht, den Vertrag schon jetzt zu unterzeichnen, weil er das Parlament fürchtet, und jetzt wird eine neue Attacke gegen dieses vorbereitet. Die ägyptische Presse schreibt davon, daß König Fuad beabsichtige, das Parlament im Herbst neuerlich auseinanderzujagen, die reaktionären Elemente (die Ittichad-Partei) zur Regierung zu berufen, um den Vertrag mit England zu unterschreiben. Nicht ohne Grund hat Zaglul in seiner letzten Rede vor seinem Tode — bei Schließung der Parlamentssession — mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, „das Parlament zu behüten“.

In seiner Politik des Lavierens zwischen den Forderungen Englands und jenen des ägyptischen Parlaments setzt König Fuad besondere Hoffnungen auf die Hilfe Italiens. Damit steht auch sein ausgedehnter Aufenthalt in Rom in Verbindung (in Frankreich hat er offensichtlich keinerlei ernste politische Verhandlungen geführt). Nach einer Meldung des römischen Korrespondenten der „Westminster Gazette“ (1. August) bildete bei den Verhandlungen mit Mussolini die Abschaffung des Regimes der Kapitulationen die Hauptfrage: als Lohn für die italienische Unterstützung Aegyptens in dieser Frage verpflichtete Fuad sich, den Italienern eine Reihe hoher Posten in der ägyptischen Verwaltung — an Stelle von zu entlassenden Engländern — zu überlassen.

Es muß hinzugefügt werden, daß nach Mitteilungen der ägyptischen

Presse die Italiener auch eine neue Ausdehnung der Grenzen des italienischen Gebiets in Tripolis auf Kosten der Nomadenstämme der Senussi sowie die Auslieferung der Führer der aufständischen Stämme, welche sich jetzt in Ägypten aufhalten, fordern.

Was die italienischen imperialistischen Kreise von diesen Verhandlungen erhoffen, ist aus dem Artikel zu ersehen, welchen die „Tribuna“ bei Ausbruch des anglo-ägyptischen Konfliktes brachte: „Unsere italienischen Interessen in Ägypten sind sehr bedeutende, die Italiener in Ägypten bilden den Stolz der Heimat. Sie haben sich dort eine feste Position erkämpft und können als Basis einer neuen italienischen Politik dienen. Wenn die ägyptischen Nationalisten einen neuen Konflikt provozieren, wird es Italiens Pflicht sein, darauf zu achten, daß seine Interessen in Ägypten nicht leiden . . .“

In Verbindung mit dem verstärkten Einfluß Italiens in Ägypten und dem Bestreben der reaktionären ägyptischen Kreise, mit diesem zu einem Einverständnis zu gelangen, ist auch die Meinung jüngst in einem Interview, die König Fuad über den Faschismus äußerte, von Interesse: „Ich bewundere Mussolini, der drei Prinzipien zur Grundlage des Faschismus gemacht hat: die Achtung der Dynastie, die Religion und den Patriotismus. Ich wünsche, diese drei Prinzipien der weiteren Entwicklung Ägyptens zugrunde zu legen und gleichzeitig freundschaftlichere Verbindungen mit Italien anzuknüpfen.“

Die Parteigruppierung und Fuads Reise

Die scharf reaktionäre Partei des Großgrundbesitzes „Ittichad“ erblickte in der Reise Fuads einen günstigen Anlaß zu neuen Intrigen gegen das Parlament. Ihr Führer, Hassan Naschat-Pascha, begab sich nach London, wo er in einem Interview äußerte, daß der König Fuad doch seine persönlichen Berater habe und daher für seine Verhandlungen mit dem englischen König die Ratschläge Saruat-Paschas, des Ministerpräsidenten, nicht benötige, dessen Londoner Reise sonach vollkommen vergeblich gewesen sei.

Die Liberal-Konstitutionalisten (Aldisten), die tatsächlichen Führer der Regierung, begnügten sich damit, daß es ihnen gelungen war, den König Fuad nach London zu begleiten. Die Aldisten wünschen ein Abkommen mit den Engländern und forderten daher von den Zaglulisten, daß das Parlament sich in den Gang der Verhandlungen nicht einmische (die Nichtzulassung irgendwelcher „taktloser“ Debatten und Anfragen im Parlament war eine der Hauptbedingungen ihres Eintritts in die Koalitionsregierung mit den Zaglulisten). Saruat-Pascha versuchte im Laufe der Verhandlungen, eine Milderung der englischen Bedingungen zu erreichen, die Engländer aber blieben offenbar in solchem Maße unnachgiebig, daß Saruat-Pascha, in Anbetracht der Stimmung in Ägypten sich nicht entschließen konnte, den Vertrag zu unterzeichnen. Die Verhandlungen wurden auf den Herbst vertagt.

Unter den Wafdisten, welche die überwiegende Majorität im Parlament und die Mehrheit in der Regierung besitzen, trat gerade zur Zeit des letzten anglo-ägyptischen Konfliktes — und besonders in Verbindung mit der Reise Fuads — eine schon längst merkbare Differenzierung deutlicher zutage. Die Mehrheit der Zaglulisten, getreu der Losung Zagluls: „Behütet das Parlament“, vermied jederlei scharfe Anfragen oder Aktionen (bei jeder „un-

passenden“ Anfrage der radikalen Nationalisten schnitt Zaglul als Präsident des Parlaments die Debatte ab), in der Hoffnung, außerhalb des Parlaments auf die aldistischen Mitglieder der Regierung und Saruat-Pascha — und durch sie auf die Engländer — Einfluß zu gewinnen und so eine günstigere Entwicklung der Verhandlungen zu erzielen. Umgekehrt näherte sich die radikaler gesinnte wafdistische Minderheit in letzter Zeit den Watanisten und trat im Parlament und Presse gemeinsam mit diesen hervor.

Die Watanisten (Chezb-el-Wotak-Nationalpartei), welche im Parlament nur über einige Sitze verfügen und schwach organisiert sind, spielten in letzter Zeit dennoch eine sehr große Rolle und ihre Popularität wuchs, dank ihrer Angriffe auf die opportunistische Linie, bedeutend. Unter ihren letzten Parlamentsaktionen sind einige Interpellationen an die Regierung aus Anlaß der Verhandlungen mit England am interessantesten. In diesen Interpellationen forderten sie Aufklärung über die Rolle Saruat-Pascha bei den Verhandlungen, den Abschluß irgendwelcher Verträge lediglich durch das Parlament, eine offizielle Antwort der Regierung aus Anlaß der einen Eingriff in die Unabhängigkeit Aegyptens darstellenden Reden des Königs Georg und Fuads. Auf dem Festbankett hatte König Georg in seiner Rede betont, daß England „am Wohlergehen und der Verteidigung Aegyptens besonders interessiert ist“. Andererseits betonte Fuad, von der Unabhängigkeit Aegyptens sprechend, daß „das Protektorat Großbritanniens die Entwicklung Aegyptens begünstigt habe“.

Die Watanisten stimmten auch, zusammen mit vielen radikalen Zaglulisten, gegen den Kredit für die Reise Fuads. Die watanistische wie auch die links-zaglulistische Presse sprach sich scharf gegen die geheimen Verhandlungen, welche Saruat-Pascha führt, aus, und forderte eine Kontrolle dieser Verhandlungen durch das Parlament und die zaglulistischen Kabinettsmitglieder.

Zagluls Tod

Dieser Todesfall kann in nächster Zeit großen Einfluß auf die weitere Entwicklung der innerparteilichen Verhältnisse ausüben.

In den Nekrologen für Zaglul unterstreicht die englische imperialistische Presse vollkommen richtig, daß Zagluls Tod die Situation der Engländer in Aegypten sehr erschwert. So sagt zum Beispiel die „Morning-Post“, daß Zaglul wohl ein Feind Großbritanniens war, daß sein Tod aber in englischen Kreisen keineswegs als eine Erleichterung der politischen Situation empfunden werde, denn, obwohl seinen Intrigen ein großer Anteil an allen revolutionären Aktionen in Aegypten zuzuschreiben war, war es dennoch möglich, durch seine Vermittlung beim ägyptischen Parlament und der Öffentlichkeit mehr zu erzielen, als durch Truppenmobilisierung oder Vorbeugungsmaßnahmen. In der letzten Zeit wirkte Zaglul als gemäßigter Oppositionsführer, der auf seine temperamentvolleren Anhänger in der Wafdistenpartei mäßigenden Einfluß ausübte.

Die ungewöhnliche Autorität, welche Zaglul genoß, behütete die Wafdapartei vor allen inneren Konflikten. Sein Tod kann dahin führen, daß der linke Flügel der Wafdisten sich den Watanisten, deren Einfluß zweifellos wächst, noch mehr nähert.

Andererseits erscheint auch eine engere Annäherung der rechten Flügel

der Wafdisten an die Liberal-Konstitutionalisten, welche über eine Reihe von im Lande populären Führern verfügen, möglich.

Die Verschärfung der innerparlamentarischen Reibungen, das Fehlen des allseits anerkannten Führers Zaglul, die Vertragsverhandlungen, mit denen die Engländer im Herbst wieder beginnen wollen, all diese, zusammen mit der gespannten internationalen Lage und der ökonomischen Krise, die Aegypten durchlebt, verstärkt die Wahrscheinlichkeit einer Politik der „starken Hand“ Englands in Aegypten und ebenso der Auseinanderjagung des ägyptischen Parlaments.

P. K.: TURKEY

by Arnold J. Taynbee (London 1926, 329 S.).

Es wäre selbstverständlich lächerlich, von einem englischen, bourgeoisen Professor eine wissenschaftlich-objektive Analyse der Geschichte des Entstehens der kemalistischen Türkei zu fordern. Die ganze „Philosophie der Geschichte“ der vorkemalistischen Türkei wird vom Autor im Geiste der gewöhnlichen bourgeoisen Geschichts-„Idealisten“ ausgelegt, welche den historischen Prozeß als das Resultat der aktiv-schöpferischen Rolle großer Persönlichkeiten betrachten.

Genau so wird auch die neuere Geschichte der Türkei, die national-revolutionäre Bewegung 1919—1923, die mit dem vollständigen Siege der jungen national-anatolischen Bourgeoisie über den Imperialismus und den türkischen Feudalismus ihre Vollendung fand, vom Autor als Resultat der „Schöpfung“ der starken Persönlichkeit, des „Heros“ Mustapha Kemal Pascha erklärt.

Obwohl die Geschichte der modernen Türkei ebenso wie die Geschichte des nationalen Befreiungskampfes Anatoliens gegen den Imperialismus und seine Sultanagenten und die Hafengeboursie noch wenig verarbeitet ist, so gestatten dennoch die Materialien, welche der Oeffentlichkeit bereits zugänglich geworden sind, ein mehr oder weniger klares Bild von den bewegenden Kräften der türkischen nationalen Revolution zusammenzustellen. So wissen wir schon mit Sicherheit, daß an der Wiege der jungen anatolischen Bourgeoisie das deutsche Finanzkapital Gevatter stand. Das deutsche Kapital, das am türkischen Horizont erst nach dem englischen und französischen Imperialismus erschien, war benötigt, als Gegengewicht gegen seine europäischen Konkurrenten, die sich auf die „fremdstämmige“ Bourgeoisie der Türkei orientierten — die griechische, armenische und europäische —, sich mit der bodenständigen „nationalen“ Bourgeoisie, die noch in den Anfängen steckte, zu verbinden.

Der Krieg von 1914—1918 trug, wiederum mit Hilfe des deutschen Kapitals, wesentlich zum Wachstum und zur Entwicklung der anatolischen Bourgeoisie bei, welche durch Kriegslieferungen und Submissionen gestärkt wurde. Die Niederlage Deutschlands und der Vasallen-„Friedensvertrag“, den die Ententesieger der Türkei diktierten, bedrohte die junge anatolische Bourgeoisie mit der vollkommenen Zurückwerfung in den „Ur“-Zustand. Die anatolische Bourgeoisie griff zu den Waffen, die Unzufriedenheit und Empörung der durch den Krieg ruinierten breiten Schichten der türkischen Bauernschaft ausnützend. Nachdem das türkische Proletariat noch schwach und infolge der Entente-Okkupation vom Sern Anatoliens abgeschnitten war, konnte es natürlich keine wesentliche Rolle im Befreiungskampfe spielen. Die anatolische Bourgeoisie erschien als der Führer der Revolution, der Träger des Willens der Nation.

Als Ausdruck der Interessen der anatolischen Bourgeoisie gilt die politische kemalistische Gruppe, welche den Sieg der Revolution organisierte. Dies ist ungefähr die schematische Darstellung des Bildes der bewegenden Kräfte der nationalen türkischen Revolution.

Im rezensierten Buche finden wir auch nicht eine einzige Zeile über die Lage der türkischen Bauernschaft, über die Bodenfrage. Im großen und ganzen stellt diese ganze Arbeit eine mehr oder minder vollständige in chronologischer Reihenfolge angeordnete Beschreibung der Ereignisse dar, welche sich in den letzten Jahren in der Türkei abspielten.

Es ist charakteristisch, daß der Autor die vielfachen Grausamkeiten, Erschießungen, Massenmorde, welche die englischen Behörden in den Tagen ihrer Konstantinopeler Okkupation an den Türken verübten, milde darstellt, stellenweise völlig verschweigt. Bei Be-

schreibung der Verhaftung der nationalistischen Deputierten in der Nacht zum 15. März 1920 in Konstantinopel verschweigt der „leidenschaftslose“ Historiker der türkischen Revolution vollständig die Verhöhnung und Verprügelung angesehener Deputierter des Medschilis, welche nach ihrer Verprügelung an Händen und Füßen gefesselt, buchstäblich in den führte. Diese rohen Mißhandlungen türkischer Nationalisten durch die Entente-Behörden haben den Willen der Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit nicht geschwächt. Sie haben umgekehrt die nationalen Elemente der Türkei zum Kampfe mit der imperialistischen Tyrannei noch mehr entflammt und begeistert. Der Imperialismus mußte vor dem unerschütterlichen Willen der jungen Türkei kapitulieren, welche den Kampf für die nationale Freiheit siegreich zu Ende führte.

f: NOCH EIN LINKER PAZIFIST

Beim Teufel zur Beichte. Eine Antwort auf das Internationale Manifest gegen die Wehrpflicht von B. de Ligt. (Verlag „Der Syndikalist“, Berlin 1927.)

Das Auftreten von Trotzki und Wujowitsch auf dem letzten Plenum des EKKI hat die Aufmerksamkeit auf die anarcho-syndikalistischen Elemente in der Arbeiterbewegung gelenkt, die nach der Meinung dieser Genossen dazu berufen sind, im Kampfe gegen den kommenden Krieg eine gewisse Rolle zu spielen. Aus diesem Grunde ist es wohl nicht unangebracht, einer Meinungsäußerung von Anarchosyndikalisten zur Frage der Wehrpflicht in ihrem neuen Gewande Aufmerksamkeit zu schenken.

Die vorliegende Broschüre ist ein Pamphlet gegen das Manifest gegen die Wehrpflicht, das im August vorigen Jahres an den Völkerbund gerichtet wurde und eine Reihe von sehr gewichtigen Unterschriften trug. Vom österreichischen Jesuiten Ignaz Seipel über alle möglichen Pazifisten aller Schattierungen bis zu den Sozialdemokraten, von Löbe bis Lansbury und sogar Henri Barbusse, waren die klingendsten Namen der pazifistischen Welt unter diesem Manifest unterzeichnet. In der Auseinandersetzung mit diesem Manifest erklärt der syndikalistische Verfasser zunächst, daß die Gründe des Krieges in den „unsittlichen ökonomischen Verhältnissen der Völker untereinander“, „dem geheimen Treiben der Rüstungsfabrikanten“ und der „Geistesverfassung eines großen Teiles der Völker“ zu suchen sind. Sich an den Völkerbund um Abschaffung der Wehrpflicht zu wenden, erklärt er wegen des imperialistischen Charakters des Völkerbundes für utopisch. Er stellt aber weiterhin fest, daß die Hauptfrage im kommenden Kriege nicht nur die Verhinderung des Kriegsdienstes sei, sondern auch die Verhinderung der Arbeit in den Kriegsbetrieben. „Die einzige Methode — sagt er — um neue Kriege mehr und mehr unmöglich zu machen, ist die, daß man sich nicht an die blutigen Priester des Imperialismus, sondern an ihre Schlachtopfer wendet . . . Der chemische und elektrotechnische Krieg ist nur möglich, wenn die gesamte bürgerliche Bevölkerung hinter der Front mitarbeitet in den Fabriken, in den Transportbetrieben, Bergwerken usw. Im Volk selbst muß also die Aktion gegen den Krieg beginnen, indem man den Kriegsdienst verweigert nicht nur als Soldat, sondern auch als Arbeiter.“ (S. 12.)

Das sind im wesentlichen die Vorschläge, die das „internationale antimilitaristische Büro“, ein Grüppchen englischer und holländischer Kriegsdienstverweigerer, für den kommenden Krieg aufstellt. Es ist eine Uebertragung der starren Auffassung der Kriegsdienstverweigerer während des Krieges und schließlich und endlich nichts anderes als „die heroische Dummheit“ Hervés, die bereits auf dem Stuttgarter Kongreß von Lenin und Luxemburg verurteilt wurde. Im kommenden Kriege aber, wo nicht nur zwei imperialistische Mächte, sondern nur eine imperialistische Macht und der proletarische Staat einander gegenüberstehen können, wird die „heroische Dummheit“ zur unmittelbaren Hilfe der Konterrevolution. Der Satz in diesem Pamphlet: „Es versteht sich von selbst, daß konsequente Kriegsbekämpfer den Militarismus und die Dienstpflicht auch innerhalb Bewegungen mit revolutionären Tendenzen angreifen, daß sie sich z. B. auch dem Militärzwang in Rußland widersetzen“ zeigt, daß ein Anarchist, auch wenn er nicht in das allgemeine Geheule der Hetze gegen die Sowjetunion einstimmt, dem Kapitalismus Handlangerdienste leistet.

Die prinzipiellen „Kriegsdienstverweigerer“ sind ohne Zweifel nicht die Unsympatischsten unter den verschiedenen Anarchisten. Unter ihnen gibt es sicher Elemente, die einen Kampf gegen den Krieg im Sinne haben. Aber ihre dogmatische Grundeinstellung, die Bekämpfung des Krieges an sich, macht sie im Bürgerkriege und im Abwehrkampf des proletarischen Staates zu Helfern der Konterrevolution.